

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Insertatenpreise:** Die 7spaltige Kolonellselle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonellselle 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Vor der großen Koalition in Preußen.

### Umfall der preußischen Landtagsfraktion.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat gestern nach langen bewegten Auseinandersetzungen mit 46 gegen 41 Stimmen ihre Unterhändler zu Verhandlungen auf der Grundlage der großen Koalition ermächtigt. Folgende Grundzüge wurden für die Regierungsbildung vorläufig aufgestellt.

1. Zur Sicherung der Staatsordnung genügt nicht das selbstverständliche rein formale Bekenntnis der Beamtenschaft zur Beachtung der Verfassung. Die Beamten sind vielmehr unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung im übrigen verpflichtet, die Verfassung gegen Jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen Freistaates und die verfassungsmäßige Regierung einzutreten. Ihre Zuverlässigkeit in dieser Hinsicht ist eine der Voraussetzungen für die Besetzung derartiger Posten, bei der auf die persönlichen Eigenschaften sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Bewerber in erster Linie Gewicht zu legen ist. Für die Schutzpolizei in Preußen gelten die vorstehenden Grundzüge entsprechend den besonderen Verpflichtungen dieser Beamten.
2. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.
3. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Stadt und Gemeinden unter Wahrung der staatlichen Notwendigkeiten.
4. Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.
5. Förderung einer durchgreifenden Justizreform.
6. Eine größere Selbständigkeit des preußischen Finanzministeriums ist anzustreben.
7. Abschlussergebnisse der Verhandlungen von Preußen sind nicht zu unterlassen.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten erklärte die Deutsche Volkspartei, daß etwaige Absichten, die Staatbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln und diese Aktien in den Börsenverkehr zu bringen, nicht vorhanden seien. Ueber die Auseinandersetzung des preußischen Staates mit dem Hause Hohenzollern war ein Einverständnis unter den Parteien bisher nicht zu erzielen. Der Vorwärts meint, es sei noch nicht gewiß, ob die Verhandlungen, die auf dieser Grundlage geführt werden, zu einem positiven Abschluß gelangen werden. Die Deutsche Volkspartei habe sich aber zu erheblichen Zugeständnissen bereit erklärt.

Die Verhandlungen müssen schon ziemlich weit gediehen sein, denn die Fraktionsvorsitzenden sind sich bereits über eine Ministerliste einig geworden, die folgendermaßen aussieht:

- Ministerpräsident: Reinert, Sozialdemokrat;
- Minister des Innern: Severing, Sozialdemokrat;
- Minister für Handel und Gewerbe: Otto Braun, Sozialdemokrat;
- Justizminister: Am Jenthoff (Zentrum);
- Wohlfahrtsminister: Stegerwald (?), (Zentrum);
- Landwirtschaft: Bendorff (Demokrat);
- Kultusministerium: Dr. v. Campe oder v. Boeckh (Deutsche Volkspartei);
- Finanzminister: Dr. v. Richter oder Dr. Leidig (Deutsche Volkspartei).

Der Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist ein glatter Umfall. Am Donnerstag erklärten sie einstimmig, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unmöglich sei, am Freitag ist sie zu Verhandlungen über ein Kabinett bereit, mit Einschluß der Deutschen Volkspartei bereit. Die Freiheit meint, damit sei der Rekord in der Schnelligkeit des Gewinnwechsels aufgestellt worden, der sich nicht leicht übertreffen läßt. Die Freiheit schreibt dann weiter: auch wir sehen an sich lieber einen Severing im Ministerium des Innern als einen Dominicus. Aber so wünschenswert die Erreichung dieses Zweckes erscheinen mag, so ist sie doch nicht wichtig genug, um jeden Preis für sie zu zahlen, und vor allem lagen die Dinge so, daß der Erfolg wesentlich billiger zu haben war. Die Koalition mit Demokraten und Zentrum hätte genügt, das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei war nicht notwendig. Die Beschlüsse der demokratischen und Zentrumsfraction ließen deutlich erkennen, daß diese Gruppen zweifellos auch für die alte Koalition zu haben wären. Die Rechtssozialisten hätten nur ein wenig Mühe zu haben brauchen und die Mitwirkung der Volkspartei wäre nicht mehr in Frage gekommen. Sie könnte es um so mehr nach der Erklärung der Unabhängigen, die leicht erfüllbare Bedingungen für ihre Unterstützung der Regierung aufstellten. Die Deutsche Volkspartei triumphierte, ihr Erfolg werde sich auch im Reich auswirken.

Inzwischen versuchen Zentrum und Deutsche Volkspartei noch immer, für das Präsidium Herrn Stegerwald wieder durchzusetzen, an dem vor allem das Zentrum festhalten möchte. Vielleicht wird

auch der eine oder andere Name noch ausgetauscht. Auf jeden Fall scheint so viel festzustehen, daß die Sozialdemokraten neben dem Präsidium, falls es ihnen endgültig überlassen wird, zwei Sitze erhalten, Zentrum und Deutsche Volkspartei ebenfalls je zwei Sitze und die Demokraten einen Sitz. Heute abend 8 Uhr wird die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen.

### Die Kreditaktion der Industriellen.

Opposition der Schwerindustrie?

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Beratungen des Präsidiums des Reichsverbandes der Industrie über die geplante Kreditaktion erfährt der Lokal-Anzeiger von besonnenen Kreisen, daß die große Mehrheit des Präsidiums nach wie vor für das Zustandekommen des Angebots sei. In der heutigen Tagung des Plenums des Reichsverbandes muß mit lebhaften Erörterungen gerechnet werden. Die Kreise, die sich in der Opposition befinden, seien durchaus nicht gewillt, beim Zustandekommen der Kreditaktion mitzuarbeiten. Es sei sogar nicht ausgeschlossen, daß sie dann einen Abänderungsvorschlag einbringen, der ihren ersten Willen zeigt, sich an der Mitarbeit zu beteiligen.

### Aus Verchenfeld-Bayern.

#### 50 Revolvergeschäfte der Hakenkreuzler.

München, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Versammlung der hakenkreuzlerischen Nationalsozialisten kam es zu einer wilden blutigen Auseinandersetzung. Der Referent Hitler schimpfte wie üblich auf die Revolution, die anwesenden Sozialisten ließen sich das nicht gefallen und gaben ihrer gegenteiligen Meinung durch Zwischenrufe Ausdruck. Darüber kam es zu einer erst bayrischen Auseinandersetzung mit Hakenkreuzern und Hakenkreuzern. Die Nationalsozialisten arbeiteten mit Gummiknüeten und Revolvern. Sie schossen wie die Wüden in die Versammlung. Im ganzen fielen ungefähr 50 Schüsse. Auf vier Versammlungsteilnehmer, die von den Nationalsozialisten in eine Ecke zusammengeedrängt waren, wurde direkt geschossen. Die Polizei benahm sich so, daß man den Eindruck gewinnen mußte, daß sie die Nationalsozialisten unterstütze. Schließlich löste die Landespolizei die Versammlung auf. Inwiefern Versammlungsteilnehmer zu Schaden gekommen sind, ließ sich bis jetzt nicht einwandfrei feststellen.

### Die Münchener U. S. P. zu den Bezeugungsfestlichkeiten.

München, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Unser Münchener Parteiorgan, die Münchener Morgenpost, erläßt folgende Warnung an die Arbeiterschaft:

„Aus den verschiedensten Nachrichten und den von der monarchistischen Reaktion aus Anlaß der Bezeugungsfestlichkeiten für den verstorbenen Erlkönig getroffenen Maßnahmen geht hervor, daß es bestimmte rechtskünstliche Kreise der Reaktion auf eine Provokation der Arbeiterschaft und der demokratischen republikanischen Bevölkerungsschichten angelegt haben. Man will die Arbeiter zu Unbesonnenheiten aufreizen, um einen Vorwand für die Unterdrückungsmassnahmen derjenigen Behörden zu finden, die durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes überflüssig geworden sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man auch weitergehende Ziele im Auge hat. Die Arbeiterschaft durchschaut das provokatorische Spiel jener Leute, die noch nicht genug Blut vergossen haben und die immer wieder den Anfang einer wirtschaftlichen Wiedergeburt zerstören. Wir warnen daher die Arbeiter, sich zu provokatorischen Zwecken der Monarchisten mißbrauchen zu lassen, und fordern sie auf, die reaktionären Herrschaften bei ihrem Totentanz unter sich zu lassen und größte Zurückhaltung zu bewirken.“

### Bayrische Justiz.

München, 5. November. Das Volksgericht München verurteilte den am Gelsenkondomord im Mai 1919 beteiligten ehemaligen Susaren Latosi wegen schweren Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus. Während die Schuldfrage bezüglich Totschlag mangels schlüssiger Beweise verneint wurde. Latosi war am 6. Mai in den Keller eingedrungen, wo sich die gefangenen Gefellenvereinsmitglieder befanden, hatte mit einem Revolver auf die jungen Leute geschossen, mit einem Dolch auf sie eingeschlagen und den Leichen verschiedene Wertgegenstände abgenommen.

### Die Halleischen Arbeiter gegen Vellow-Vorbeck.

Halle a. S., 5. November. (U.) Da auf Veranlassung des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes General Vellow-Vorbeck hier einen Vortrag halten soll, rufen die Kommunisten, Unabhängigen und Mehrheitssozialisten für Sonntag vormittags auf dem Marktplatz eine Massenprotestkundgebung gegen den Kriegsverbrecher ein. Gleichzeitig soll gegen die Teuerung protestiert werden.

## Die Flut steigt.

Höher und höher schwillt die Flut, die die bürgerliche Gesellschaft wegzuschwemmen droht, indes sind die kapitalistischen Haisfische eifrig dabei, von den Trümmern noch so viel zu erkrassen als sie vermögen. Die Spekulation hat es nun glücklich dahin gebracht, daß der Dollar 240 deutsche Papiermark gilt. Die Reichsregierung ist in Not und macht verzweifelte Anstrengungen, die Zahlungsmittel zu beschaffen, die sie für die nächsten Annuitäten braucht. Da kommt die Spekulation und lauft sie ihr vor der Nase weg, hinterher darf sie dann die durch die wahnsinnige Spekulation hochgetriebenen Kurse zahlen. Welche Summen dann herauskommen werden, das vermag heute noch kein Mensch zu sagen. Wenn es so kommt, wie kürzlich ein bürgerlicher Finanzpolitiker mittelste, daß die Beschaffung der Zahlungsmittel für die Goldmilliarde im August der deutschen Reichsregierung 53 Papiermilliarden gekostet hat, dann kann man sich auf nette Summen gefaßt machen. Schon seit Wochen wird mitgeteilt, daß sich die Industrie bemühe, der Reichsregierung diesmal die ausländischen Zahlungsmittel beschaffen zu helfen. Natürlich nur gegen entsprechend hohe Gewinne, denn Patriotismus ist nur Geschäft.

Die Spekulation hat es aber auch zuwege gebracht, daß die Teuerungswelle sprunghaft steigt und daß die Reichsregierung, die Staatsregierungen und die Gemeinden kaum nachkommen, um die durch die Teuerungswelle hervorgerufenen Forderungen zu erfüllen. Mit der Hilfe, die die Industrie dem Reiche in Aussicht gestellt hat, scheint es aber noch gute Wege zu haben. In den Kreisen der Industrie bestehen starke Strömungen gegen diese Reichshilfe. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich am Freitag in Berlin verammelt, um den Bericht der Finanzgruppen entgegenzunehmen, die mit den ausländischen Finanzgruppen verhandelt haben. Was über das Ergebnis bekannt geworden ist, ist sehr mager. Nur so viel scheint herausgekommen zu sein, daß ausländische Finanzkongerze Kredit zu gewähren bereit sind; über die Höhe und die Bedingungen verläuft noch nichts. Der Hakenbergische Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsrates wird von den Gegnern der „Hilfsaktion“ scharf bekämpft, weil sie in ihm eine Art Zwangsanleihe und sogar einen Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung sehen. Während sich die Fertigungsindustrie für die „Hilfsaktion“ einsetzt, sind es gerade die Bergwerksmagnaten, die dieser scharfen Widerstand entgegensetzen. Die Gründe sind wirtschaftlicher und politischer Natur. Es verläuft aber auch, daß Großhandelsdirektoren Gegner dieser Hilfsaktion seien. Natürlich nur aus rein ideellen Gründen. Die Aussicht für diese „Hilfsaktion“ ist also nicht allzu groß. Aber selbst, wenn sich die beiden Richtungen über die Bedingungen, unter denen der Regierung die Kredite beschafft werden sollen, einigen, so wäre damit noch keineswegs die Hauptschwierigkeit überwunden, die darin besteht, daß das Kapital dafür den entsprechenden Einfluß in der Reichsregierung erhält. Stinnes und Hugenberg werden nicht umsonst als Hauptgegner der Kredithilfe genannt. Wenn das deutsche Kapital mit Hilfe des Auslandes der Regierung Kredit verschafft, dann nur unter der Voraussetzung, daß es in der Regierung entscheidenden Einfluß bekommt, damit nicht nur seine politische Macht festgebügelt wird, sondern auch die Gewinne sichergestellt werden, die es von dieser Transaktion erhofft.

Derweil steigt die Flut höher und höher und die Zahlen, die der neue Reichsfinanzler Hermes in der gestrigen Sitzung des Reichstages gab, zeigen, daß wir nicht mehr allzuweit vom Ende sind. Was wollen 43 Milliarden Mark mehr Steuern, die durch die neuen fünfzehn Gesetze herbeigeholt werden, gegenüber der Tatsache besagen, daß allein die letzte Teuerungswelle eine Lohn- und Gehaltsforderung von mehr als der genannten Summe allein für das Reich gebracht hat. Alle Schätzungen sind hinfällig, denn die Teuerung und die durch die wahnsinnige Spekulation entwertete deutsche Valuta machen jede Schätzung zunichte. Das Defizit für den ordentlichen Haushalt gab Hermes auf 53 Milliarden an. Daß diese Summe zu niedrig ist, hat er dann gleich selbst ausgeführt. Aber angenommen, sie wäre richtig, so ist sie durch die neueste Entwertung der Mark und durch die dadurch verursachte gestiegene Teuerung längst überholt. Noch schlimmer als mit dem ordentlichen steht es mit dem außerordentlichen Etat, da hierbei die Zahlung der Reparationschulden in Frage kommt. Selbst Hermes bemerkt, daß da nur mit großen Vorbehalten geschätzt werden kann, um dann fortzufahren:

„Dieser Haushalt weist neben den zwei Goldmilliarden Annuitäten noch die veränderliche Größe von 26 Prozent Ausfuhrabgabe auf. Ist beim Ausgleichsverfahren schon die auf Gold eingestellte Grundsumme variabel, so wird der Voranschlag noch mehr erschwert durch die Geldentwertung. Der Betrag, der an Devisen ins Ausland abgeführt werden muß, steht unter dem gewaltigen Druck der Valutaschwankungen, der überhaupt nicht vorauszurechnen ist. Bei der eben mitgeteilten Berechnung ist eine Goldleistung von 3,3 Milliarden Mark und ein durchschnittlicher Entwertungsfaktor von 20 angenommen. Dabei würde sich ein Gesamtbeitrag im Kontributionshaushalt 1922 von 60,9 Milliarden Mark ergeben. Bei einem Entwertungsfaktor von 30 würde der

**Reichsbeitrag 200 Millionen Mark**, bei einem Entwertungsfaktor von 40, der etwa dem jetzigen Dollarkurs entspricht, 120,9 Millionen Mark ausmachen.

Auf dem Wege, auf dem die Regierung bisher verfuhr, die durch den Krieg völlig verrottete Reichsfinanzwirtschaft zu sanieren, kann sie nicht in Ordnung gebracht werden. Wenn man einen Anhalt dafür gewinnen will, wie Deutschland in das Chaos gekommen ist, und wie man heraus zu kommen verfuhr, so muß man sich folgende Tatsachen vergegenwärtigen. Im Frühjahr 1919 verfuhr Erzberger mit einer sogenannten Finanzreform den Anfang zu einer Sanierung zu machen. Die Reichseinkommensteuer und das Reichsnotopfer bildeten in dem Steuerbüffel die schönsten Blüten. Daneben war aber noch eine Anzahl indirekter Steuern vorgezogen. Sowohl die Reichseinkommensteuer als das Reichsnotopfer sind bis heute, nach beinahe drei Jahren, unausgeführt. Zur Reichseinkommensteuer sind schon drei neue Novellen verabschiedet worden, und zum Reichsnotopfer liegt jetzt eine solche vor. Nur Arbeiter, Angestellte und Beamte haben bis jetzt Einkommensteuern bezahlt und zwar schon weit mehr, als in der Vorlage von 1919 überhaupt an Steuern geschätzt wurden. Und mit dem Reichsnotopfer, über das die Besitzenden Klassen leinertzt jämmerliche Klageklagen angestellt haben, nun würden ihnen 80 Prozent des Vermögens genommen, steht es noch schlimmer. Auch davon ist so gut wie nichts eingekommen und das neue Gesetz schiebt die Herausziehung des Besitzes gar bis 1923 hinaus. Allerdings, so hat Herrmes in seiner Rede gesagt, könne man nicht solange warten, sondern es müsse wenigstens ein Teil des Notopfers vorher schon bei den Erwerbsgesellschaften eingehoben werden. Bis zum Jahre 1923 haben die Besitzenden aber immer noch soviel Zeit, um ihr Vermögen zu verwässern und, wenn nötig, ins Ausland zu schaffen.

Allzu viel Hoffnung auf seine Steuerprojekte hat Herrmes ja auch selbst nicht und er klammert sich nun aufs neue an die Hilfe, die die Industrie verschaffen hat. Er sagt darüber: „Eine wirksame Unterstützung erhoffen wir von dem Ergebnis der Verhandlungen mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft wegen einer Kredithilfe. Ich habe das feste Vertrauen zu den beteiligten Kreisen, daß sie sich der unerhörten Not des Vaterlandes nicht beizugehen und bald Entschlüsse fassen werden, die nicht nur dem Auslande die Opferwilligkeit aller Wirtschaftskreise beweisen, sondern auch innerpolitisch den notwendigen Ausgleich herbeiführen.“ Sowohl die neuen Steuerprojekte, als diese Kreditkassen halten aber den Bankrott nicht mehr auf. Diese Überzeugung wird der Bevölkerung immer mehr eingeprägt, und schon heute ist es allgemeine Auffassung, daß wir mit immer rasenderer Geschwindigkeit dem Abgrunde zutreiben. Es wird aber die Auffassung in der Bevölkerung doch wesentlich fördern, wenn sie sich erfährt, daß die Kapitalisten in diesem Augenblick nur dann zu helfen bereit sind, wenn sie neben dem entsprechenden Gewinn auch die entscheidende politische Macht bekommen.

Nicht erst seit heute, sondern schon beim Erzbergerischen Finanzprogramm hat unsere Partei ein vollständiges Finanz- und Steuerprogramm vorgelegt und nachdrücklich vertreten. Damals glaubte man es als nebensächlich behandelt und uns als Phantasten abtun zu können. Die jetzigen Verhältnisse zeigen, wie genau wir vorausgesehen und die Dinge richtig erkannt hatten. Unser Programm damals und heute besteht darin, daß, wenn schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft mit der Sanierung erfolgreich begonnen werden soll, dies nur durch die Sozialisierung geschehen kann. Daneben haben wir die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, und zwar in andern Fassungen als den bisher vorgeschlagenen stümperhaften vorgelegt und vertreten. Es muß aber auch damit begonnen werden, die Steuern an der Quelle, nämlich den Produktionswerkstätten, zu erfassen und die Regierung muß ihre ganze Gewalt einsetzen, damit die Steuerprojekte nicht auf dem Papier bleiben. Nur auf diesem Wege, auf keinem andern ist der Beginn einer Sanierung und eine solche letzten Endes überhaupt möglich. Wer der Bevölkerung etwas anderes sagt, ist politischer Quacksalber, der das Uebel mit seinem Pflasterchen verschlimmert statt heilt. Die Steuerdebatten, die am kommenden Montag und Dienstag im Reichstag gepflogen werden, werden auf diesen Grundlinien geführt werden müssen, wenn sie nicht in allgemeine Redensarten oder sonst geistlose Schwärmereien ausarten sollen. Zeit zu langen Reformen gibt es aber nicht mehr, es heißt sie beginnen.

### Dr. Leidig und Veinert. Vor Beginn der Stinneskoalition.

Die Probe auf das Exempel von Görlich ist gemacht. Die preußische Landtagsaktion der Rechtssozialisten hat, nach langem jungferlichem Spreizen und Jögern, den politischen Fehltritt getan und ist dem Werden der Stinneskoalition unterlegen. Damit hat die SPD. den Kublon, wie Heilmann schreibt, den Grenzstein, der bisher noch das Hindernis für die Koalition mit der monarchistisch gestimmten Partei des Großkapitals bildete, überschritten. Noch ist der Watt nicht befreit. Heute abend wird die Entscheidung gefällt, ob die SPD. gewillt ist, Hunderttausenden von deutschen Arbeitern diesen Faustschlag ins Gesicht zu versetzen. Stinnes ist ein Prinzip, die Klassenpartei des Großkapitals in Reinkultur. Karl Marx würde sich im Grabe umdrehen, wenn er hören könnte, welcher Verlogenheit die Bürokratie einer Arbeiterpartei fähig ist. Die SPD. verbrennt mit diesem Bündnis nicht nur „die Manifeste von vor der Revolution“, sondern ihre gesamte Vergangenheit auf dem Scheiterhaufen, der ihr von Stinnes und Stresemann errichtet wurde.

Allem Anschein nach sind die Stinnesleute bereit, den SPD. Leuten als Trostpflasterchen den Ministerpräsidentenposten zu überlassen. Jedoch Heilmann hat recht, wenn er befristet, daß sich der sozialdemokratische Einfluß, trotz der drei ausgestandenen Minister, nicht genügend wird durchsetzen können. Die SPD. Leute reichen Stinnes, wenn auch widerstrebend, den kleinen Finger, aber wir werden es erleben, daß er bald ihre ganze Hand umklammert wird, um durch Scheinpositionen allmählich aber sicher die Partei der Müller und Weis mehr und mehr in den Abgrund kapitalistischer Verderbens zu ziehen. Im Bunde mit Stinnes gibt es kein Halten mehr. Die Brücke zu Herzog ist damit von selbst geschlagen. Oder glauben die SPD. Politikanten, mit ihren dürftigen Bedingungen den Geist des Monarchismus bannen zu können? Die Stresemänner unterschreiben alles. Sie wissen nur allzu genau, daß die Logik der Entwicklung diese passiven Besprechungen ganz von selbst zur Seite schieben wird, und nur allzu bald werden sich die Veinert und Severing in die Rolle des Zauberlehrlings verkehrt fühlen. Dann werden alle Beschwörungsformeln den Dämonen verfallen: In die Erde, Feien, Feien! Jedes Stinnes wird sich nicht bannen lassen. Der großkapitalistische Geist Stinnes' auf den Ministerposten wird wachsen wie ein Hydra und der nächste SPD. Parteitag — vielleicht in Jena — wird zu erdrückender Mehrheit haben, ob nicht auch die Deutschnationalen blüdenfähig seien, da sich andererseits erneut die Möglichkeit ergeben könnte, „ausgeschaltet“ zu werden.

Am vergangenen Montag noch erklärte Stresemann in einer Rede in Karlsruhe: „Seine Partei bleibe monarchistisch, wie sie es immer war.“ Was helfen gegenüber einem letzten Bekenntnis die Versicherungen, daß sie zugleich auch auf dem Boden der Weimarer Verfassung stünde? Der monarchistische Geist der Stresemänner wird sich durchsetzen. Dafür werden die Bundesräder von rechts gehörig Sorge tragen. Die Volkspartei wird, trotz schöner Versprechungen, die Justizreform verhindern, die Reinigung des Beamtenkörpers hintertreiben. Dr. Leidig als Finanzminister wird sein Möglichstes tun, um der Republik den Strick zu drehen. So wird die SPD., die sich in Görlich demonstrativ mit schwarz-rot-goldenen Farben schmückte, durch ihr Bündnis mit der monarchistischen Stinnespartei der Totengräber der Republik.

Oder wie denken sich die Veinert und Müller das zukünftige Verhältnis zwischen der republikanischen Regierung im Reich und der monarchistisch-republikanischen Koalition in Preußen? Der Beschluß der SPD. Fraktion hat nicht nur staatsrechtliche Wirkungen, er ist vielmehr von eminent wirtschaftlicher Bedeutung. Im Reichstage stehen die Steuerkämpfe vor der Tür. Die jungen Leute von Stinnes werden die Preisfester für die Interessen der gesamten Klasse der Besitzenden sein. Von der Besteuerung der Sachwerte hängt heute das gesamte wirtschaftliche und politische Schicksal des deutschen Volkes ab. Die SPD. hat sich noch in Görlich für die Besteuerung der Sachwerte eingesetzt. Wie sie diese zur Durchführung bringen will mit dem Knüttel der Stinnespartei zwischen den Fingern der preussischen Regierung, das ist ihr besonderes Geheimnis. Entweder geht die breite Koalition in Preußen binnen kurzem wieder in die Brüche, oder aber der Triumph der Stinnespartei wird ein vollständiger. Die Sachwerte bleiben unterteilt. Dann aber werden die rechtssozialistischen Bürokraten nicht nur zum Totengräber der Republik, sondern sie nageln dem deutschen Arbeiter den Sarg, in den der Reich, nun nur noch eingeschleift zu werden braucht.

Was werden die deutschen Arbeiter, was werden die Arbeitermitglieder der SPD. zu dieser Preisbestimmung von Görlich sagen? Die Opposition in der rechtssozialistischen Partei ist gegen den Görlich Beschluß Sturm gelaufen und auch im Fraktionszimmer im preussischen Landtag scheint es harte Auseinandersetzungen gegeben zu haben. Heilmann hat recht, wenn er über die notwendigen Folgen dieses Beschlusses schreibt:

Auf der andern Seite wird durch die Regierungsbildung der Kampf zwischen SPD. und USPD. wahrscheinlich verschärft. Das wäre um so bedauerlicher, als eine Verständigungsaktion zwischen London und der Wiener Internationale im Gange ist, die unter Umständen auch zur Einigung im Lande rufen könnte. Die Liste dieser Bedenken ließe sich mühelos verlängern.

Gewiß wird notwendigerweise eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen beiden Parteien die Folge sein. Der Reichstag wird aber nur zwischen der Parteibürokratie der SPD., die durch ihren Ueberrumpfungstreich in Görlich diesen Beschluß erzwang, nicht gegenüber den Arbeitermitgliedern der SPD. Wir können nicht glauben, daß die SPD. Arbeiter ihre Zustimmung zu dem Pakt mit Stinnes geben werden. Die Not der Arbeiterklasse ist zu groß, die Zeit drängt, wir stehen unmittelbar vor dem Sturz in den Abgrund.

Davor kann uns nur noch die geschlossene Front des Proletariats retten. Wir haben keine Zeit mehr dazu, so gewagte Experimente zu machen. Hier geht es nicht mehr um das Sein oder Nichtsein einer Partei, hier geht es um die Existenz der Arbeiterklasse!

### Ein Vorschlag.

Von Karl Marchionni.

Die Zustände auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sind unahbar. Die freie Wirtschaft hat jämmerlich versagt. Sie wurde ja auch nur zugelassen, damit sich Produzenten und Großhandel die weiten Täler füllen konnten. Wenn wir Sozialisten die sozialistische Bedarfswirtschaft, die Organisation der Produktion nach dem Bedarf und die planmäßige Verteilung der Produkte auf dem kürzesten Wege verlangen, dafür sofort der ganze bürgerliche Chor, daß das nicht angehe, daß das eine Utopie wäre, die nicht verwirklicht werden könnte.

Da erinnern wir an den Krieg. Die Nahrungsmittelversorgung lief bereits im zweiten Kriegsjahre viel zu wünschen übrig. Da wurde im Frühjahr 1916 im Reichstage unter anderem von der Regierung verlangt:

1. sobald einen allgemeinen, die gesamte Volksernährung und Volksernährung umfassenden Generalwirtschaftsplan für das Erntejahr 1916 und das Produktionsjahr 1917 aufzustellen und diesen dem Reichstag vor der dritten Lesung des Reichshaushaltsetats zur Kenntnisnahme zu unterbreiten;
2. sofort eine mit genügenden Vollmachten ausgestattete Zentralstelle für Lebensmittelversorgung und Bedürfnisse des täglichen Bedarfs zu errichten und dieser einen aus Mitgliedern des Reichstages bestehenden Beirat beizugeben.

Nur das kommende Erntejahr ist ein Wirtschaftsplan bereits im Juni aufzustellen. Zur Erreichung einer organischen und systematischen Durchführung der Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln muß eine zusammenfassende Zentralstelle geschaffen werden, die dafür zu sorgen hat, daß die zu erzielenden Mäzregeln nach im voraus festgelegten einheitlichen Grundzügen durchgeführt werden. Zweck Durchführung der Verteilung und zur Ausschaltung eines unnötigen und der Nahrungsmittel- und Verbrauchsgegenstände unbedeutend verteuern den Zwischenhandel sind gemäß Beschluß des Reichstages vom 14. Januar 1916 in den einzelnen Kommunalverbänden die Kleinhändler und entsprechende Absatzorganisationen zu einer Kriegsbewirtschaftungsvereinigung aufzunehmen, die unter Aufsicht des Kommunalverbandes Verteilung und Absatz nach Maßgabe der gegebenen Bestimmungen und unter Ausschluß jedes übermäßigen Gewinnes herbeiführen haben. Unter Erhaltung der Einrichtungen, die sich bewährt haben, und deren systematische Weiterarbeit ist dafür zu sorgen, daß der Bevölkerung eine unbedingt notwendige Bedarfsmenge (Existenzminimum) zugeführt wird. Nach Feststellung des Bedarfs sind die Kartoffeln durch Lieferungsverträge unter Heranziehung der Kommunalverbände den Bedarfszentren in vorher festgelegten Zeitabständen sicherzustellen und zuzuführen.

Man wird vielleicht glauben, daß es sich hier um sozialdemokratische Anträge handelt. Bewahre! Der erste Antrag wurde vom Zentrum und der zweite von den Konfessionslosen, den heutigen Deutschnationalen, gestellt. Jeder wird zugeben, daß die Durchführung dieser Vorschläge gegenüber dem heutigen Zustand eine wesentliche Verbesserung bedeuten würde. Die sozialistischen Parteien sollten die Anträge dem Reichstage unterbreiten, und man könnte ja dann sehen, wie das Zentrum und insbesondere die Deutschnationalen zu ihren eigenen Anträgen stehen würden. Die beiden Parteien können sich nicht damit ausreden, daß wir nicht mehr Arter haben und daß die englische Blockade nicht mehr besteht. Der niedrige Stand unserer Marktgestaltet nicht die Einfuhr größerer Mengen Lebensmittel; und beim Getreide, das wir eingeführt haben, hat ja eine Verbilligungsaktion durch das Reich erfolgen müssen. Sonst hätte die ärmere Bevölkerung nicht einmal mit dem geringen Quantum Brot auf Märkten vorlag werden können.

Die Blockade besteht im wesentlichen weiter, und sie wird verschärft durch den Hungerkrieg, den die deutschen Agrarier gegen die deutsche Bevölkerung führen.

Sehen wir uns den deutschnationalen Antrag näher an. 1. Er will einen Wirtschaftsplan aufstellen und eine Zentrale zur organischen und systematischen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln schaffen. Einverstanden. 2. Der Antrag will den unnötigen Zwischenhandel ausschalten. Wiederrum einverstanden! 3. Zur Vermeidung jedes übermäßigen Gewinns sollen

Abbau und Verteilung unter die Aufsicht der Kommunalverbände gestellt werden. Wiederrum einverstanden! Die Deutschnationalen die ja gegen jeden übermäßigen Gewinn sind, werden natürlich nichts dagegen haben, daß auch die Produzenten unter diese Aufsicht gestellt werden und daß deshalb für das ganze Wirtschaftsgebiet bestimmte Preise festgesetzt werden, damit die Kommunalverbände einheitlich vorgehen können. 4. Der Antrag erstreckt weiter die Zulassung der unbedingt notwendigen Bedarfsmenge für die Bevölkerung. Auch damit sind wir einverstanden. Damit jeder sein Existenzminimum erhält, sind Bestimmungen über den Anbau von Feldfrüchten und über die Ableitung der Produkte zu erlassen und zu befolgen. Wenn die Deutschnationalen mit dabei sind, solche Bestimmungen herauszugeben, kann man auch erwarten, daß sie in ihren Kreisen für die Durchführung sorgen werden. Denn diese ist ja die Hauptfrage. 5. Sollen die Kartoffeln (und diese sind ja in dieser Zeit ein wesentliches Streikobjekt!) unter Heranziehung der Kommunalverbände den Bedarfszentren, das heißt, den Verbrauchern in den Städten sicher gestellt und zugeführt werden. Wiederrum ganz damit einverstanden! Die Verbraucher waren bereits auf Zuführung der Kartoffeln. Diese ist nicht erfolgt, weil sie zurückgehalten worden sind. Da die Deutschnationalen gegen jeden übermäßigen Gewinn eintreten, so werden sie höchstwillig für die Durchführung ihres eigenen Antrags eintreten, denn sonst könnte der Verbrauch laut werden, die Kartoffeln würden nur zur Erzielung übermäßigen Gewinns zurückgehalten.

Wenn Zentrum und Deutschnationalen in ihrer Apollation gegen den Sozialismus darauf hinwirken sollten, ein planmäßiger Aufbau der Wirtschaft sei nicht möglich, so verweise man sie auf ihre Anträge, die den Generalwirtschaftsplan und die Zentralstelle für die Lebensmittelversorgung erstreben. Von diesen Organisationsplänen aus wird auch die sozialistische Bedarfswirtschaft ihren Anfang nehmen müssen. Doch das nur nebenbei! Die Hauptfrage ist jetzt die schleunige Durchführung der deutschnationalen Anträge vom Jahre 1916.

Das Wort haben also jetzt das Zentrum und vor allem — die Deutschnationalen.

### Gegen die Auslieferung der Attentäter auf Dato.

Ueber die Auslieferung der beiden in Berlin verhafteten Attentäter entspann sich ein scharfer Meinungsstreit. „Wie wir erfahren, wird dem Erlauchen der spanischen Regierung, die in Berlin verhafteten Wörder Dato auszuliefern von der deutschen Regierung entprochen werden.“ Also schließlich die gesamte reaktionäre Presse eine Notiz über die Verhaftung der beiden spanischen Kommunisten Lulo Kozka Fort und Lucia Jonquina Concepcion durch die Berliner Polizei. Zweifellos ist hier der Wunsch der reaktionären Wörder der Vater des Generalen, daß die beiden Verhafteten den spanischen Helfern überliefert werden sollen. Doch über die deutsche Regierung sollte sie sich, dem Verlangen der deutschen Reaktion folgen, sich eines Verbrechens schuldig machen würde, unterliegt keinem Zweifel. Denn der zwischen Deutschland und Spanien abgeschlossene Auslieferungsvertrag vom 2. Mai 1878 schließt ausdrücklich, daß zwar wegen Mordes und Totschlags ausgeliefert werden muß, daß aber diese Bestimmung keine Anwendung findet auf Personen, die sich eines politischen Verbrechens schuldig gemacht haben, abgesehen es handle sich um den Souverän oder den Chef eines fremden Staates. Nun ist aber Dato weder Souverän (Kaiser) noch Chef (Präsident), sondern nur Minister. Und daß es sich bei seiner Verhaftung um ein politisches Verbrechen handelt, bedarf keiner weiteren Erörterung. Am übrigen nimmt es sich höchst sonderbar aus, wenn jetzt die Rechtspreffe der Auslieferung der beiden verhafteten Spanier das Wort redet, nachdem sie kürzlich sich die Finger wundgeschrien, daß die Erzbergermörder, falls sie das Ausland erreicht haben, nicht ausgeliefert werden können, weil es sich um einen politischen Mord handle.

Ja, wenn es sich um die Beseitigung eines den reaktionären Kreisen unangenehmen Mannes handelt, dann ist Mord und Mord natürlich zu werten!

Die Ergriffung der Wörder erhält noch einen besonderen Reizschmack durch den Tiefstand unserer Baluta. Die spanische Regierung hatte für die Erpressung der beiden Attentäter eine Koprpämie ausgesetzt. Nach dem gegenwärtigen Stande der Baluta beträgt dieselbe, in der deutsche Währung umgerechnet, mehr als 25 Millionen Mark.

Balutagewinne liberall.

### Der Reichswirtschaftsrat gegen die Zerstückelung der Deutschen Werke.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der er gegen die Zerstückelung der Werke auf Stillelegung der Deutschen Werke entschiedenen Einspruch erhebt und die Regierung auffordert, den Bestrebungen der Entente mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Reichswirtschaftsminister Bauer wies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die bei der mit Zustimmung der Völkshastertkonferenz erfolgten Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe, die im Herbst 1918 280.000 Menschen beschäftigten, zu überwinden waren. Die Note des Generals Nollet stelle alles in Frage, was im Einverständnis mit der internationalen Militärkommission geschaffen worden sei. Alle Gründe der Vernunft sprächen gegen die Zerstückelung der Werke. Die Ursache sei entweder eine ungläubliche Hyfterie oder ein unbegrenzter Zerstörungswille. Die Wirkung der Unordnung sei die Lahmlegung der Arbeitskraft von vielen tausend Arbeitswilligen und Vergrößerung des schon bestehenden Elends. Die Existenzfähigkeit der Gemeinden werde bedroht; das Reich büße erhebliche Steuereinnahmen ein und müsse Millionen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben. Und alles das komme drei Jahre nach Beendigung des Krieges in einem Augenblick, wo das deutsche Volk bereit sei, sich das Blut unter den Fingern hervorzuwischen, um die Anforderungen der Entente zu erfüllen. — Ein Antrag auf Hilfe für die durch den Marktzug in überaus schwierige Lage geratenen deutschen Balutaheldner wurde debattelos dem Finanzausschuß überwiesen.

### Der 9. November.

Das neue sozialistische Ministerium hat die Arbeitsruhe am Revolutionsfeiertag amtlich angeordnet. Sie veröffentlicht einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

Am 9. November fährt sich zum dritten Male der Tag der volksbefreienden Revolution! Mitten in der ungeheuren Niederlage, die das kaiserliche Deutschland nach unglücklichen Kämpfen, Mühen und Opfern erlitten hatte, erhob sich das Banner der neuen deutschen Republik, das vom werktätigen Volke aufgerichtet wurde auf den Trümmern einer anrüchlich dahingegangenen Monarchie.

Ein schöner Trost in all der Not unseres Vaterlandes, die vom Volke unvergessen getragen werden muß, und ihm nach jedem Tag neue schwere Folgen des unseligen Krieges aufbürdet, eine feste Hoffnung bleibt, die Arbeit am Aufbau von Land und Volk Thüringen. 9. November und 1. Mai werden immer bedeutungsvolle Tage für unser Land bleiben, Feiertage, die nicht überkommen sind aus vergangenen Zeiten harter Knechtschaft und geistiger Verdoornung, sondern entsprungen und errungen sind durch den Willen und die Arbeit eines freigewordenen, sich selbst regierenden Volkes.

Das Thüringische Staatsministerium.  
Gen.: Fräulein Hermann, Hartmann, v. Branden, Klein, Greil, Kennert, Brill, Bieleff.

Dazu erläßt der Innenminister Genosse Hermann folgende Verordnung, die wir auszugswiese zur Kenntnis bringen:  
1. Alle Verwaltungs-, Gerichts- und Schulbehörden werden

angewiesen, am 9. November sämtliche Verwaltungs-, Gerichts- und Schulgebäude in republikanischen (thüringischen und schwarz-rot-goldenen) Farben zu beflaggen. Die Verwendung schwarz-rot-goldener Farben, die zum Wahrzeichen antirepublikanischer, rotschwarzer und staatsfeindlicher Bestrebungen geworden sind, ist selbstverständlich ausgeschlossen.

2. Der Dienst aller Behörden regelt sich am 9. November wie an allen übrigen gesetzlichen Sonn- und Feiertagen. Die Gerichte haben Arbeitsruhe einzutreten zu lassen. Die Schulen bleiben geschlossen. An der Landesuniversität finden Vorlesungen nicht statt.

3. In allen Klassen öffentlicher Unterrichtsanstalten, deren Schüler in regelmäßigen Aufstößen ein- bis zweimal von 12 Jahren und mehr haben, ist in der letzten Unterrichtsstunde am 8. November der weltgeschichtlichen Tragweite des 9. November zu gedenken.

4. Die unterstellten Verwaltungsbehörden haben darauf hinzuwirken, daß in allen Teilen des Landes würdige und feierliche Feiern des Gedächtnistages der Revolution und der Ausrufung der Republik stattfinden, die nicht einseitig-parteilich-politisch, sondern allgemein-republikanischen Charakter tragen sollen.

### Der Aufmarsch der Reaktion.

Es war zu erwarten, daß die gesamte Reaktion in Thüringen gegen diese entschlossene Tat des jungen sozialistischen Ministeriums mit allen Mitteln Sturm laufen werde. Sie sehen ihre Felle daran schwimmen, handelt es sich auch vorläufig um einen lumpigen Feiertag, indes es steht Gefahr im Anzuge, daß die neuen Minister die Art an die Fundamente der kapitalistischen Klasse legen könnten, soweit das in der Kompetenz eines Einzelstaates liegt. Das wollen sie unter allen Umständen unterbinden. Sie fordern zunächst die sofortige Einberufung des Landtags. Darüber wird gemeldet:

Weimar, 5. November. (U.) Entsprechend der Anschauung, daß die thüringische Regierung gegen die thüringische Verfassung verstoßen hat, indem sie die Aufhebung des Reformationsfestes und die Erhebung des 9. November zum gesetzlichen Feiertag anordnete, haben 10 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, des Landbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei an den Präsidenten des thüringischen Landtags das Verlangen auf sofortige Einberufung des Landtags gestellt.

### Die Entthronung der Habsburger.

Budapest, 3. November. (U.) Die Sitzungen der Nationalversammlung finden unter großen Vorsichtsmaßregeln statt. Das Parlamentgebäude ist in weitem Umkreise vom Militär abgesperrt. Gleich bei Einbringung des Gesetzentwurfs über die Entthronung der Habsburger kam es zu heftigen Szenen, da die Christlich-nationalen mitternachts Eisenhufe auf den König ausbrachen, was die Reinen Landwirte mit Obstruktionen für Horsthy beantworteten. Trotz der ursprünglichen Erklärung der Parteien ist an eine reibungslose Verabreichung des Entthronungsgesetzes nicht mehr zu denken. Vielmehr entspann sich gleich am ersten Tage der Beratung eine sehr bewegte Debatte. Stephan Friedrich, der soeben aus der Haft entlassen worden ist, griff als erster Redner die Regierung überaus scharf an. Er verwahrte sich gegen die Verletzung seiner Immunität und bezeichnete das Horsthy-Regime als ungerechtes Bolschewismus. Horsthy wußte sich nur auf die Detachements, die aus Kämpfern und Wädern bestanden. In Westungarn führten Raubmörder das große Wort. Das bestehende Regime werde zu seinen eigenen Gränden zugrunde gehen. Lebhaftige Zwischenrufe der Linken des Hauses machten Friedrich darauf aufmerksam, daß er ja selbst das letzte Regime ins Leben gerufen habe.

Budapest, 4. November. Die Nationalversammlung behandelte heute den Gesetzentwurf über das Verbot der Herrscherrechte des Königs Karl und des Erbfolgerechts des Hauses Habsburg. Nachdem der Referent des konstitutionellen Ausschusses, Prof. Kubina, den Gesetzentwurf besprochen und zur Annahme empfohlen hatte, erklärte Ministerpräsident Graf Bethlen, der Gesetzentwurf sei keine Konsequenz der Entwicklung des normalen konstitutionellen Lebens, sondern die Folge der Ereignisse der letzten zwei Wochen. Bei dieser Gelegenheit mußte er gleich im Namen der ungarischen Regierung und der ungarischen Nation feierliche Verwahrung gegen jede ausländische Einmischung erheben. (Lebhafte Zustimmung.) Die ungarische Regierung habe alles, was sie getan habe, aus eigenem Antriebe getan. Feierliche Verwahrung müsse auch dagegen erhoben werden, daß viel weitergehende, gegen den Vertrag von Trianon verstoßende Forderungen gestellt worden seien. Bezüglich der Forderungen, deren Folge der vorliegende Gesetzentwurf sei, betonte der Minister, die ungarische Nation müsse den friedlichen Weg wählen. Die Erklärung liegt darin, daß Ungarn nicht aufgehört habe, seine Anziehungskraft auf alle im Karpatenbecken wohnenden Völker auszuüben. Der Minister betonte schließlich, Ungarn halte am Friedensvertrage fest. Darauf protestierte Graf Apponyi gegen die Verletzung des Friedensvertrages von Trianon durch Androhen bewaffneter Einmischungen und die Forderung der Reinen Entente bezüglich ihrer Teilnahme an der Einwirkung. In Belpredung der Forderung der Reinen Entente nach Thronentsetzung der Habsburger betonte er, die Frage der Staatsform sei eine innere Angelegenheit Ungarns. Als die Regierung die Rückkehr des Königs mit bewaffneter Hand nachdrückte, hätten die Nachbarn über dies mit Besorgnis zur Kenntnis nehmen müssen. Sie hätten sich jedoch damit nicht begnügt. Nachdem Apponyi erklärt hatte, die Entthronungsvorlage greife die Einrichtung des ungarischen Nationalparlamentes in ihren Grundlagen an, was dem Reichsempfinden widerspreche, verließ er mit zwölf Abgeordneten den Sitzungssaal.

### Rücktritt der Regierung?

Budapest, 4. November. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird mit Rücksicht darauf, daß die von der Entente geforderte Frist für die Entthronung der Habsburger am Montag abläuft, die Nationalversammlung am Sonntag eine Sitzung abhalten. Nach Erledigung der Vorlesung wird die Regierung zurücktreten.

### Ausschluß aller Habsburger.

Paris, 5. November. Die Völkerversammlung wird binnen kurzem die ungarische Regierung wissen lassen, daß sie sich gegen die ungarische Nationalversammlung die Unwählbarkeit zum Thron für alle Mitglieder des Hauses Habsburg in bestimmter Form ausspreche. Der von dieser beschlossene Wortlaut proklamierte nur den Thronverzicht des Exkönigs Karl, ohne dessen Unwählbarkeit irgendwie zu erwähnen.

### Die Begliffen an der Arbeit.

Budapest, 3. November. (U.) Die legitimistischen Kreise wahren keineswegs die Hoffnung auf Durchführung ihrer Pläne aufzugeben, sondern entsaften bereits wieder eine sehr rührige Tätigkeit. Ihr neugewählter Führer, Graf Apponyi, plant eine Zusammenfassung aller legitimistischen geklärten politischen Gruppen zu einer einheitlichen Partei. Mit den Anhängern Stephan Friedrichs sind bereits Verhandlungen begonnen, um einen Eintritt dieser Gruppe in die christlich-nationale Partei zu Stande zu bringen.

### Madeira als Aufenthaltort Karls.

Zürich, 5. November. In Bern wird bestätigt, daß dem Exkönig Karl und seiner Frau Madira endgültig als Aufenthalt angewiesen sei. Das in der Schweiz zurückgebliebene Gefolge des Exkönigs verläßt in diesen Tagen Herzogenau und begibt sich nach Luxemburg, nachdem, wie die Basler-Nachrichten melden, Deutschland zuerst die Durchreise abgelehnt, sie nun aber gruppenweise gestattet hat.

### Deutsche Waffenlieferungen nach Irland?

Feststellungen Lord Georges.

In seiner Unterhausrede über die irische Frage hatte Lord George am 1. November unter anderem die Wendung gebraucht: Wir hatten den Beweis dafür erhalten, nicht daß Waffen in Irland gelandet worden sind, aber daß Vorbereitungen im Gange waren, Waffen nach Irland zu bringen. Ein Teil dieses Beweismaterials ist der Tätigkeit (Action) der deutschen Regierung zuzuschreiben, und es ist nur in Ordnung, daß das vor diesem Hause festgestellt wird. Daran knüpft die Deutsche Tageszeitung die Bemerkung, das deutsche Volk habe ein Recht, zu erfahren, welche Bewandnis es mit dieser angeblichen Denunziation der deutschen Regierung hat und schreibt weiter, daß alle anständig empfindenden Deutschen eine solche Denunziation verurteilen müßten. — Nun, wenn eine Denunziation vorliegt, so braucht man über die Denunzianten nicht im Zweifel zu sein. Denn sie gehören dann zu dem gleichen Geschlecht, das während des Krieges Roger Casement zur Bildung einer irischen Legion unter den in Deutschland gefangenen Iren veranlaßt hat, und dann, als Casement jenen abenteuerlichen Zug nach Irland machte, der englischen Regierung Mitteilung davon machte, so daß er abgefaßt und später hingerichtet werden konnte.

Die Vorgänge, die zu den Feststellungen Lord Georges führten, sind noch in tiefem Dunkel gehüllt. Als Fingerzeig möge eine Meldung dienen, die unlängst die Runde machte, der aber infolge ihrer unklaren Tendenz keinerlei Bedeutung beigemessen wurde. Aus dieser Mitteilung ging hervor, daß im Hamburger Hafen unlängst ein Kutter überholt worden sei. Bei der Kontrolle der Ladung habe man festgestellt, daß sie im wesentlichen aus Waffen bestand und die nach besonderen Merkmalen zur Lieferung für Irland bestimmt gewesen seien.

Außer der deutschen Regierung wird es sein, zu diesen dunklen Andeutungen Lord Georges entsprechende Klärungen zu geben.

### Eine verunglückte Staatsaktion.

Als im Jahre 1919 die Angestellten der Versicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin streikten, wurde ihnen eines Tages bekannt, daß im Keller des Geschäftsgebäudes am „Schute des Hauses“ Maschinengewehre und Gewehre untergebracht worden waren. In begrifflicher Empörung darüber drangen Angestellte in den Keller ein, schleppten die untergebrachten Maschinengewehre und Gewehre in den Hof und zerstörten sie. Deshalb war jetzt gegen zehn an dem Vorgang beteiligte Angestellte Anklage wegen Landfriedensbruches erhoben worden. Wie die Berliner Blätter berichten, hat die große Staatsaktion aber mit einer Niederlage der Staatsanwaltschaft geendet. Der Staatsanwalt mußte selbst die Anklage wegen Landfriedensbruches fallen lassen und das Gericht sprach die Angeklagten auch von der Beschuldigung der vorläufigen Sachbeschädigung frei.

### England und die Sowjetregierung.

London, 3. November. Die britische Regierung hat gestern eine längere Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewisten bereit erklärten, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau geschickt. Die britische Regierung ersuchte um Klärung zahlreicher Punkte. Die russische Note nahm z. B. Bezug auf die Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähnte aber nicht die riesigen Forderungen aus Staatsanleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt sei.

London, 4. November. Im Unterhause leitete Lord George mit, die britische Regierung bereite eine neue Note an Rußland vor, in der sie von neuem darlegen werde, daß die britischen Beschwerden über das Weiterbestehen der bolschewistischen Propaganda und antibrüderliche Anträge in Mittel- und Kleinasien und andern Gegenden unter Verletzung des englisch-russischen Handelsabkommens durchaus begründet seien. Das künftige Verhalten Englands bezüglich des englisch-russischen Handelsabkommens werde von der Art und Weise abhängen, in der die Sowjetregierung auf Proteste und Beschwerden, die Rußland erhebe, antworten werde.

### Fremdlische Friedensangebote und Vertrauensabstufungen.

Die Nationalversammlung in Anzora beschloß, nach Frankreich, England und Italien eine Mission zu entsenden, die die Friedensbedingungen der Regierung von Anzora mitteilen soll. Außerdem wird eine Mission unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Nationalversammlung im Laufe dieser Woche nach den Vereinigten Staaten abreisen, um die Verhandlungen, die in Amerika wegen des Abschlusses einer Anleihe im Austausch gegen wirtschaftliche Vorteile aufgenommen wurden, zu beenden. — Der Führer der fremdlischen Delegation, die nach Teheran abgeordnet wurde, legte die türkisch-perische Entente feierlich an. Das Abkommen wurde von der Delegation beider Parteien unterzeichnet. — Im englischen Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß die französische Regierung den Wortlaut des französisch-türkischen Abkommens der britischen Regierung mitgeteilt hat. Beide Regierungen stehen in einem Meinungsaustausch über diese Frage.

### Der amerikanische Justizmord.

Wie die Justiz auf die Proteste reagiert.

Washington, 2. November. Das Justizdepartement hat eine Untersuchung wegen der von den Extremisten in der Angelegenheit Sacco und Vanzetti geäußerten Drohung angeordnet. Paris, 2. November. Nach einer Havas-Meldung aus Lissabon wurde im amerikanischen Konsulat eine Bombe entdeckt, die in dem Augenblick explodierte, als der Konsul das Gebäude verließ. Sie richtete nur Sachschaden an. Auf einem Zettel bei der Bombe wurde erklärt, es handle sich um einen Protest gegen die Verurteilung der Kommunisten Sacco und Vanzetti.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Wien, 4. November. Die Reuter aus Tokio meldet, wurde der Premierminister Hara durch einen Dolmetsch lebensgefährlich verletzt. — Das Staatsdepartement in Washington hat die amtliche Mitteilung erhalten, daß der japanische Premierminister Hara am Freitagabend gestorben ist.

### Die Kreditlinie für Oesterreich.

Im englischen Oberhause erklärte Crawford, daß die Regierungen aller Länder, die Forderungen an Oesterreich haben, sich bereit erklärten, auf ihre Generalsignaturen zu verzichten, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Holland. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat aber erklärt, daß sie dem Kreditplan des Völkerverbundes wohlwollend gegenübersteht. Die holländische Regierung erwägt die Angelegenheit noch und die englische Regierung dringe auf eine baldige günstige Entscheidung.

### Angoras Friedensbedingungen.

Die Große Nationalversammlung in Anzora hat folgende den Frieden zwischen der Türkei und den Mächten betreffende Entschlüsse angenommen. Die türkische Nationalversammlung erklärt, daß sie zum Frieden mit allen Mächten unter Ausschluß Griechenlands unter nachfolgenden Bedingungen bereit ist: 1. Unbedingte Neutralität in der griechisch-türkischen Auseinandersetzung. 2. Anerkennung der vollständigen türkischen Unabhängigkeit. 3. Ratifizierung der Bestimmungen über die Aufhebung der Kapitulationen. 4. Entfernung der griechischen Flotte aus dem neutralen Gebiet.

### Heftige Kämpfe in Marokko.

In der spanischen Kammer teilte der Kriegminister mit, daß die ausländischen Truppen in Marokko mehrere spanische Väter konzentrisch eingeschlossen haben. Herrlos wurde befreit. Spanische Hilfe ist bereits abgegangen. Bei Ganaman sind heftige Kämpfe im Gange. — General Berenguer hat mitgeteilt, daß die spanischen Verluste in den letzten Kämpfen in Marokko sehr groß sind.

### Rußland und die Mongolei.

Die Moskauer Presse läßt sich aus Tschita melden, in der Mongolei herrsche völlige Ordnung, nur im Osten würden noch die letzten weißen Abteilungen haudiert. Die Bevölkerung wolle in keinem Falle die Wiederherstellung der chinesischen Herrschaft in der Mongolei dulden und sehe ein enges Bündnis mit Sowjetrußland vor. Man fürchte, daß die Evakuierung der Sowjettruppen aus der Mongolei eine gegenrevolutionäre Bewegung unter Führung der Fürsten und Geiseln auslösen könnte. Allem Anschein nach beabsichtigt Sowjetrußland nicht, seine Truppen aus der Mongolei zurückzuziehen.

### Liquidierung des ausländischen Grundbesitzes in Lettland.

Das lettische Landwirtschaftsministerium hat einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach im Anschluß an die Agrarreform, auch der ausländische Grundbesitz in Lettland innerhalb von drei Jahren liquidiert werden muß. Die Besitzer können ihr Land freihändig verkaufen; falls der Besitz bereits enteignet ist, wird er dem früheren Besitzer auf seinen Wunsch teilweise zurückgelassen, um ihn innerhalb der gesetzlichen drei Jahre zu liquidieren.

### Sowjetwahlen in Petersburg.

In den Petersburgern Sowjet sind nach den endgültigen Wahlergebnissen 853 Kommunisten und 216 Parteiloze gewählt worden. Hierzu bemerkt die bolschewistische Krasnaja Gaieta, daß Petersburg demnach die Stadt der Revolution geblieben sei: Kommunisten seien sogar von Betrieben gewählt worden, in denen früher die Menschewisten und Sozialrevolutionäre die Oberhand gehabt hätten.

### Bolschewismus in Portugal.

Der Matin meldet aus Lissabon: In den portugiesischen Hafenstädten macht der Bolschewismus Fortschritte. In den Garnisonsstädten haben sich Soldatenräte gebildet. Auf sämtlichen Schiffen der portugiesischen Marine wurde die rote Fahne gehißt.

### Die Japaner bleiben in Sachalin.

Nach einer Meldung des Newyork Herald aus Washington wird von amerikanischer Seite mitgeteilt, Japan habe die Vereinigten Staaten wissen lassen, es sei nicht bereit, seine Besatzungstruppen aus der Nordhälfte von Sachalin zurückzuziehen.

### Eröffnung des Parlaments von Malta.

Am 1. November hat die feierliche Eröffnung des ersten Malteser Parlaments durch den Prinzen von Wales stattgefunden.

### Unruhen in Jerusalem.

Nach einer Havas-Meldung aus Kairo ist es in Jerusalem bei einem Aufstand der Araber im Judenviertel zu Überfällen und zu Schießereien gekommen; es wurde auch eine Bombe geworfen. Vier Juden und ein Araber wurden getötet und 13 Personen verwundet.

### Kommunistenverhaftungen in Finnland.

Nach einer Meldung aus Helsinki ist die Polizei einer kommunistischen Verschwörung auf die Spur gekommen. In Wibora sind 30 Personen verhaftet worden.

### Der Stand der Baluta.

Es kosteten in Berlin	März		
	1.7.14	3.11.21	4.11.21
1 amerikanischer Dollar	4.12	204.70	229.77
1 englisches Pfund Sterling	20.43	804.15	914.05
100 holländische Gulden	109.00	4993. —	7092. —
100 schwedische Kronen	112.50	4695.30	5319.65
100 Schweizer Franken	81.00	3796.80	4320.65
100 französische Franken	81.00	1513.95	1798.25
100 belgische Franken	81.00	1473.50	1648.35
100 italienische Lire	81.00	839.15	939.05
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	7.83	8.18
100 tschech-slowakische Kronen	—	200.75	241.75
100 ungarische Kronen	—	23.47	23.97

### Von Nah und Fern.

Sturmchäden in Skandinavien. Stockholm, 2. November. Ein furchtbarer Sturm hat in ganz Schweden schwere Schäden angerichtet. In Helsingborg wurden die neuen Hafenanlagen teilweise zerstört. Der Dampf der Stockholm-Wisbo konnte in den Wisbörner Hafen nicht einlaufen, sondern mußte nach Stockholm zurückkehren. In Norrbotten hat man seit Wochenlang nicht einen solchen Schneesturm erlebt. Bei Nalmsberget liegt 3 Meter tiefer Schnee. Der Schneeeis aus Karmit ist bei einer norwegischen Station stehen geblieben. Kopenhagen, 3. November. (U.) Die gewaltigen Stürme der letzten Tage haben in Dänemark gewaltigen Schaden angerichtet. Aus allen Provinzen laufen Meldungen über Sturmfluten ein. Der bekannte Kurort Marstal hat besonders schweren Schaden erlitten. Viele Bäume wurden vom Sturm vernichtet oder beschädigt und viele Häuser drohen einzusinken. An der Küste sind die Wellenbrecher und Landungsboote vernichtet worden. Es werden auch zahlreiche Schiffbrüche von der Küste gemeldet. Darunter befindet sich auch ein dreimastiger Schwoner, der laut. Von den zehn Leuten der Besatzung fehlt jede Spur. Auch in Kopenhagen und auf der Insel Bornholm sind die Schäden sehr beträchtlich.

### 13 Personen bei einem Automobilunfall getötet.

Wien, 4. November. Aus Wienemerkung wird gemeldet: Gestern abend trafen mit der Bahn vom Umland zurückkehrende Reichwehrladanten ein, die mit einem Lastauto nach Kirchschlag beordert werden sollten. Unterwegs fürste das Auto über eine Böschung und begrub die Insassen unter sich. Bis jetzt sind dreizehn Tote geborgen worden.

DA. Halle, 3. November. In Halle ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine Falschmünzwerkstätte aufzudecken, in der 3000 Reichsbanknoten hergestellt wurden. Für den Vertrieb der Falschmünzen waren bereits auswärtige Interessenten gefunden worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil: Friedrich Bille, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipzig: Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

### Sind Lungenschmerzen heilbar?

Selbst Asthma, Lungen- u. Kehlkopfentzündung, Schwindsucht, Lungenentzündung, Tuberkulose, Veratetom Husten, Vorschulung, lang bestehende Heiserkeit lösen sich durch die Anwendung des Puhmann'schen Heilmittels. Dr. med. Gutmann, Chefarzt der Pflanzkuranstalt, zeigt darin in vollverständlicher Weise, natürlichen Wege zur Beseitigung dieser schweren Leiden. Jeder Kranke erhält diese Broschüre auf Wunsch vollständig umsonst. Man schreibt nur eine Postkarte an: Puhmann & Co., Berlin 449, Prenzlauerstraße 25a.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

# Öffentliche Wählerversammlungen

**L.-Lindenau.** Goldner Adler, Ungerstraße. Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ihre Bedeutung für die Volksschulen. Referent: Stadtverordneter W. Freytag.

**Liebertwolkwitz.** Gasthof zum Sambrinus. Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr: Die Aufgaben der U.S.P.-Gemeindevorsteher. Ref.: Landtagsabg. Dennyhardl.

**Zwenkau.** Goldener Adler. Sonnabend, den 5. November, abends 8 Uhr: Die politische Lage. Referent: Genosse Stadtverordneter Karl Schrörs, Leipzig.

**Bodelwitz u. Umg.** Gasthof. Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr: Die politische Lage und die Gemeinderatswahl. Referent: Reichstagsabg. Arno Bruchardl.

**L.-Lößnitz.** Aula der 7. Volksschule. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter-Kandidat Kaufmann Paul Plötke.

**L.-Sellerhausen.** Schützenhaus. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtk.-Kandidat Heinrich Gleißner.

**Stünz.** Gasthof. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter Karl Krüger.

**Prödel.** Gasthof. Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr: Die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahlen. Referent: Genosse Rud. Kühn.

Kopf- und Handarbeiter von Leipzig! Erkennt die Bedeutung dieser Wahl! Kommt in die Versammlungen, um unsere Wege und Ziele kennen zu lernen.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

## USPD. Groß-Leipzig

**Döllig-Dösen.** Heute Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr, Dringende Versammlung im Park Döllig.

### Der neue Volkszeitungs-Eisenbahn-Fahrplan

ist erschienen und durch unsere Filialen und Austräger zu beziehen. Preis für Abonnenten d. Volkszeitung

1.00 Mark.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

### Soeben erschien in verbesserter und erweiterter Auflage

#### Lischke, Schaltlehre

Anleitung zur Ausmittlung von Schaltungen elektrischer Einrichtungen mit 100 Schalttafeln, 87 Figuren und 3 Tafeln. . . . . Mk. 16.50

#### Lindner, Schaltungsbuch

Wick-Ersatz, Hilfsbuch für Elektropraktiker Starkstrom . . . . . Mk. 15.40  
do. Schwachstrom . . . . . Mk. 15.40

Franz Ohme, Buchhandlung für techn. Literatur, Leipzig, Universitätsstraße 3-5.

## Zigaretten

zum alten Preis Mk. 230 per 1000 mit Goldgelben oriental. Tabak liefert prompt GLASER, Zigaretten-Großhandlung Neumarkt 12 u. Katharinenstraße 17.

### Partiewarenhaus Plagwitz

Karl-Holne-Straße 83  
Billiger Verkauf von Anzug- und Kostümstoffen, Weißwaren, Trikotagen, fertige Hosen. Besonderes Angebot in schwarzem und blauem Cheviot, Manchester, Bettbezüge bunt u. weiß, fertige Wäsche, Barchent, Handtücher und Wischlücher.

## Loinger.

Moderne und geschmackvolle  
**Drucksachen**  
für jeden vorzunehmenden Bedarf werden schnellstens geliefert. Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Massenauflagen.

Leipziger Buchdruckerei  
Aktiengesellschaft  
Taufhaferstraße 19/21  
Telefon 4596

**Gummi-Klose** Spezial-Haus für modernen sanitären Bedarf  
Leipzig  
Hainstraße 17/19

## Verband der Gemeinde-u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig  
Volkshaus (Saalgebäude). Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Montag, den 7. November, 7/8 Uhr abends, im Volkshaus  
**Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der städtischen und gemeindlichen Betriebe.**  
Wichtige Tagesordnung! Erscheinen jedes einzelnen Pflicht! Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte.

Dienstag, den 8. November, 7/8 Uhr abends, im Palmengarten, Eingang Frankfurter Straße  
**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeiterverband. 2. Verschiedenes.  
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte!  
Die Vertrauensleute haben rechtzeitig zur Saalkontrolle zu erscheinen!

## Deutscher Eisenbahner-Verband

Dienstag, den 8. November 1921, abends 6 Uhr  
finden im Gasthof Neustadt, L.-Volk., Kirchstr., und Birkenhölzchen, Wahren:

### Mitglieder-Versammlungen

hat. - Tagesordnung in beiden Versammlungen:  
1. Unsere Lohn- und Gehaltsbewegung  
2. Gewerkschaftliches.

Berichterstatter Kollege Porth, Bezirksleiter, Halle, und Kollege Hermann Richter, Leipzig.  
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!  
Zutritt haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches auch alle freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner.  
Vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

**JUNGBORN**  
KORNKAFFEE  
**RUMA**  
MALZKAFFEE  
**RUMA**  
FELDFRUCHTKAFFEE  
GENERALVERTRIEB UND LAGER:  
Richard Schlösser  
Leipzig, Scheffelstraße 28. Tel. 35865.

### ASTHMA

kann gebillt werden. Sprechstunden in Leipzig, Mittelstraße 15a, 1. jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr.

Dr. med. Alberts  
Spezialarzt, Berlin SW. 11

Zahn-Praxis  
**G. Leo**  
Grimmalsche Str. 27  
Erstklass. Ausführung  
Schonende Behandlung  
Billige Preise. Tel. 9830.

### Siedlung!

Vereine und Genossenschaften werden zwecks Zusammenschluß ersucht, ihre Adressen bis 10. November an Paul Lesch in Großpösna, Post Liebertwolkwitz, Siedlung Oberholz, einzureichen.

**Familien-Nachrichten**  
Artur Sparfeld  
Lina Sparfeld  
geb. Dietzmann  
geben ihre Vermählung bekannt und danken gleichzeitig für dargobachte Glückwünsche u. Geschenke.  
Stötteritz, Eichstädterstraße 12-14, 30. Oktober 1921

Gestern nachm. verschied nach gut überstandener Operation im Krankenhaus St. Georg mein innigstgeliebter Mann, unser treuerster Vater, lieber Sohn, Schwiegerohn und Bruder, der Kaufmann  
**Paul Eichler**  
Inhaber des Eisernen Kreuzes II.  
nach erst vollendetem 41. Lebensjahre.  
Leipzig, Dölchstr. 1, Gera, den 4. Nov. 1921.  
In tiefstem Schmerze  
Frieda Eichler geb. Orlamünder  
nebst Kindern und Angehörigen.  
Beerdigung Montag, den 7. Nov., 1/2 Uhr, von der Kapelle des Sellaer Friedhofes.

Am 3. November entschlief nach schwerem Leiden im 86. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwager  
**Wilhelm Seifarth**  
L.-Lindenau, Klopffeldstr. 8.  
In tiefer Trauer  
Marie Seifarth  
im Namen der Hinterbliebenen.  
Beerdigung findet Montag, vorm. 10 Uhr, vom Lindenauer Friedhofe aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Schwägerin, die gute Mutter unseres Kindes, Frau  
**Luise Kunath geb. Ebischbach**  
nach kurzem Krankenlager Freitagvormittag 10 Uhr verstorben ist. In tiefstem Weh  
Leipzig, Köhlerstr. 17, I., 5. Nov. 1921  
Max Kunath und Angehörige.  
Die Beerdigung findet Montag, nachm. 2 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Heute verschied nach qualvollem Leiden meine treu-sorgende Frau, die liebevolle Mutter ihrer 3 Kinder, unsere unvergessliche Schwester, Schwägerin und Tante  
**Luise Windberg geb. Richter**  
im Alter von 44 Jahren.  
Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz empfinden. Ihr Leben war Liebe.  
L.-Plagwitz, Schmeibstr. 15.  
In tiefer Trauer  
Robert Windberg nebst Kindern und die übrigen Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Montag, den 7. November, mittags 1 Uhr, statt.

Am Donnerstag verschied nach kurzem Leiden unser Mitarbeiter, der Plagwitzer  
**Bernhard Janicke**  
\*Ehre seinem Andenken!  
L.-Connwitz, den 5. November 1921.  
Die Gesamtverwaltung und das Personal des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz u. Umg.  
E. G. m. b. H. Abt. Fleischerh., L.-Connwitz.

Nach längerem Leiden verschied am 3. November unsere liebe Mitarbeiterin,  
**Fr. Elisabeth Profe**  
Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Fa. C. W. Loo Nachf., Plagwitz.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser guter Vater, der Steinmetz  
**Karl Rennert**  
am Freitag früh 7/8 Uhr an seiner Berufsfrankheit sanft entschlafen ist.  
Die Hinterbliebenen Gattin nebst Kindern.  
Beerdigung findet Montag 7/2 Uhr vom Sellaer Friedhofe aus statt.

Statt Karten. Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen,  
**Frau Edeline Schlott**  
sagen wir allen denen, welche sie noch im Tode ehrten, unseren herzlichsten Dank.  
L.-Reuditz, den 4. November 1921.  
Karl Schlott und Kinder.

Zurückgeführt vom Sarge unserer geliebten  
**Margarete Theile**  
sprechen wir hierdurch allen Verwandten, Bekannten, Hausbewohnern und der Hauswirtin für die aufrichtigen Beweise der Liebe und Anteilnahme unseren herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank auch den Arbeitskollegen der Firma Lamm & Sperling sowie Herrn Geschäftsführer Schau und Herrn Redner Mayer für die zu Herzen gehenden Worte am Sarge. Dies alles war uns ein Trost bei dem allzufrühen Hinscheiden der teuren Entschlafenen.  
Lindenau, 4. 11. 21. Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgeführt vom Grabe unseres geliebten Vaters  
**Hermann Sachse**  
sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihm das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gaben, unseren herzlichsten Dank.  
L.-Gohlis, den 5. November 1921.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankagung!** Zurückgeführt von der Ruhestätte unseres lieben Entschlafenen  
**Bruno Görlitz**  
der von seinem langen schweren, mit Gebuld ertragenem Leiden erlöst ist; sagen wir hierdurch allen für die letzten Erörungen und für das uns erwiesene Beileid herzlichsten Dank.  
L.-Lößnitz, am Tage der Beisetzung.  
Frau Sophie verw. Görlitz geb. Gottschling nebst Kindern und Hinterbliebenen.

**Dr. Jacobi, Arzt, Nordplatz 2**  
(Behandlung von Unterleibsbrüchen ohne Operation) hält Sprechst. werktags 3-5, außer Mittwochs. Tel. 723.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. November.

Die Partei ruft!

Die Propaganda für die sozialistischen Ideen ist die höchste Pflicht jedes Parteigenossen. Der Kampf um die Macht in der Gemeinde erfordert die Anspannung aller Kräfte des Proletariats. Heute abend ist Flugblattverbreitung. Stelle jedes Parteimitglied sich zur Verfügung. In einer Stunde muß ganz Leipzig mit Flugblättern übersät sein! Genossen, zeigt der Reaktion, daß die alte Schlagkraft der Partei noch lebt. Stellt den bezahlten Handlangerdiensten des Bürgerturns die opferwillige Tatbereitschaft des Proletariats gegenüber.

Tragt heute Flugblätter!

Parteiangelegenheiten.

Westen I, Mit-Leipzig. Alle Funktionäre und arbeitsfreudige Mitglieder treffen sich heute abend 6 Uhr im Restaurant Morgentrotz, Hauptmannstraße.

Eintritt. Alle Funktionäre, Betriebsräte, Wahlhelfer und Jugendgenossen beteiligen sich an der Flugblattverbreitung. Ausgabe erfolgt Sonnabend von 4 Uhr ab und Sonntagvormittag in der Zeitungsfiliale.

Eintritt. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Frauen-Diskussionsabend. Referent: Genosse Strelcher.

Gesitz. Montag, den 7. November, abends 8 Uhr: Frauen-Diskussionsabend im Aidau-Auskant, Eschestraste.

Moskau. Der Frauen-Diskussionsabend fällt am Montag aus zugunsten der am Donnerstag in der Schulaula stattfindenden öffentlichen Versammlung. Die Genossinnen treffen sich alle dort.

Moskau. Die Bibliothek ist wieder geöffnet, und zwar jeden Sonntag vormittag von 11 bis 12 Uhr im Restaurant Lindenhof. Alle neuen Leser müssen eine Kautions von 2 M. hinterlegen.

Achtung! Connewitz! Sonnabend, den 5. November: Flugblattverbreitung. Ausgabe nachmittags 4 Uhr in der Bibliothek, Wölfer Straße 18. Erscheinen aller Genossen ist unbedingte Pflicht.

Ortsverein Connewitz. Unser Frauenabend findet erst nächsten Montag, den 14. November, statt.

Wohnig. Montag, 8 Uhr: Frauen-Diskussionsabend im Stern.

Schneefeld. Heute, Sonnabend, ab 5 Uhr, Ausgabe der Flugblätter in der Bibliothek. — Montag, abends 7/8 Uhr, in der Wölfe, Steintorstraße, Funktionärstreffen. Alle Genossinnen und Genossen, welche sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, müssen in dieser Sitzung erscheinen.

Stätterig. Ausgabe der Flugblätter heute abend 6 Uhr in der Bibliothek. Erscheinen der Beisitzer erforderlich, da wichtige Besprechung. Um starke Beteiligung, auch seitens der Genossinnen, wird erlucht.

Markranstädt. Heute, Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr, Sitzung sämtlicher Partei-Betriebsobleute und Funktionäre in der Turnhalle, Kraufauer Str. 9. Wichtige Angelegenheit.

Achtung, Gewerkschaftsgegenstände! Die Kontrollheime müssen sofort bei den Gewerkschaften entnommen werden. Gewerkschaftsamt Leipzig.

Gewerbegerichts-, Kaufmannsgerichts- und Schlichtungsausschussbesitz! Montag, den 7. November, abends 7/8 Uhr: Zusammenkunft mit Vortrag im Volkshaus.

Die Revolutionsfeier in Leipzig.

Am 3. November haben wir den Aufruf veröffentlicht, in dem die beteiligten Arbeiterorganisationen zur Feier des 9. November durch Arbeitsruhe auffordern. Nach den Vereinbarungen, die mit dem Gewerkschaftsamt und der USP, der SPD. und der KPD. getroffen worden sind, finden am Mittwoch, dem 9. November, nachmittags 2 Uhr, sieben große öffentliche Versammlungen in folgenden Lokalen statt: Drei Listen, Kristallpalast (Theateraal), Zentraltheater, Pantheon, Zoologischer Garten, Volkshaus und Sanssouci.

Im Anschluß an die Versammlungen ist eine große Demonstration auf dem Augustusplatz geplant, die für 1/4 Uhr angelegt ist. In den Versammlungen wird von den Rednern der beteiligten Organisationen die Bedeutung des 9. November gewürdigt, auf dem Augustusplatz werden dann nur noch kurze Ansprachen gehalten. Die Verteilung der Redner ist von den beteiligten Organisationen vereinbart.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte! Rüstet zur Revolutionsfeier! Gestaltet die Feier zu einer wichtigen Kundgebung!

Das Leipziger Afa-Ortsamt zur Feier des 9. November.

Auf Grund einer vom Landessekretariat Sachsen des Afa-Bundes ergangenen Aufforderung läßt auch der Vorstand des Afa-Ortsamts Leipzig an die hiesige Angelegenheit die Aufforderung ergehen, sich an der Feier des Gewerkschaftsartells für den 9. November zu beteiligen. Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken.

Großstadtbilder.

Ein Novembertag, nassal und unfreundlich liegen die Straßen. Der graue Himmel vervollständigt das trübe Bild. Aber es paßt für die Großstadt. Denn grau und trüb ist all das, was man zu schauen bekommt.

Geht nur mit kritischem Blick durch unsere Straßen — vor allen Dingen der inneren Stadt —, und euer Haß gegen diese unsinnige Wirtschaft wird immer aufs neue befestigt.

„Damen“, mit Pelzen, die ein Vermögen kosten, „Herren“, mit Zigarren im Mund, so daß wie ein Bierfalschenhals, wofür sich der werkschaffende Arbeiter eine Stunde mühen muß; Autos,

die Hunderttausende von Mark kosten, raffiniert ausgestattet, rufen durch die Straßen, damit sein Bestes ja zur rechten Zeit dorthin kommt, wo er Ruhe und Erholung von seiner — Arbeit findet. In Bars, Dienen und Kabarets. Das Lutherwort: „Wer nicht liebt Weib, Wein und Gesang, der ist und bleibt ein Narr sein Leben lang“, befolgen sie so recht innig auf Kosten der Arbeiter.

Aber — es gibt auch andre Bilder. Menschen, denen die Not und das Elend aus den Augen schauen, die nicht spielen haben, daß sie sich sattessen können, schleichen mit ärmlichen Hüften bedeckt durch die Straßen. Der Lohn reicht ja kaum zum Leben. Von was soll man da die andern notwendigen Bedürfnisse, Kleidung usw., befriedigen? Nicht daran zu denken. — Ein Teil des Proletariats verzagt, verelendet und verkommt durch diese Wirtschaftsweise, wo nicht der Mensch, sondern nur der heilige Profit zu seinem Rechte kommen darf.

Am Wühl! In der Mittagstunde; ein Mädchen, ungefähr 11 Jahr alt, ärmlich gekleidet, die Unterernährung auf seinem Wangen.

Barfüßig! Die Füße sind blau durch die Kälte. Das Kind geht — betteln. Betteln, barfüßig im November! Geben Sie mir ein paar Mark usw. redet es ein paar Herren an. „Geben Sie ihr kein Geld,“ sagt der jüdische Rauchwarenhändler zu seinem Nachbar, einem Amerikaner. „Kaufen Sie ihr ein Paar Schuhe.“ Gesagt, getan. Ein amerikanischer Staatsangehöriger kauft einem deutschen Proletariatskind Schuhe und Strümpfe.

Habt ihr noch Scham im Leibe, ihr deutschen Kapitalisten?! — dann schämt euch! Bezahlt die Arbeiterschaft so, daß ihre Kinder nicht betteln gehen müssen, barfuß — im November!

Achtung, Mieter!

Die bürgerlichen Parteien wollen die Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Das bedeutet Gewaltige Steigerung der Wohnungsmieten, Gewaltige Bereicherung des privaten Unternehmertums, Enorme Ausbeutung und Rechtsmachtung der Mieter, Beseitigung jedes Mieterschutzes.

Wer seine Interessen als Mieter wahren will, wählt nur die Liste Seger-Nüchtern

Ihr wollt nicht; ihr wollt nicht Lohnaufbau, sondern Abbau. Trotz blühender Steigerung aller Lebensgegenstände. — Nun, dann habt ihr unsern Kampf. Kampf bis zum Weißbluten. Kämpfend werden wir ausharren bis der Tag kommt, von dem der Dichter sagt: — es kommt ein Tag, da wird die Sonne leuchtend schön auch über unsern Hütten stehn und nie mehr, nie mehr untergeh'n. Drum laßt uns adern, laßt uns ja'n!

Dann gibt es keine Bettelkinder mehr. He. Ha.

Aus der Kommunalpolitik.

Die Finanz- und Steuerpolitik. Das Rückgrat der Gemeinden sind die Finanzen. Der Krieg hat auch die Gemeinden wirtschaftlich bankrott werden lassen. Während des Krieges wurden den Gemeinden vom Reich Lasten auferlegt, die die Tragfähigkeit der Gemeinden weit überschritt. Die Gemeinden gerieten in Schulden, gegenüber den ungeheuer gestiegenen Anforderungen verlagten ihre Einnahmequellen. Schon während des Krieges warnte die USP, vor der verhängnisvollen Bankrottwirtschaft. Wir verlangen, die Gemeinden sollten sich gegen die Auferlegung immer neuer Lasten durch das Reich wehren. Ohne die freiwillige Übernahme der großen Kriegslasten durch die Gemeinden hätte das Reich den Krieg nicht bis zum Weißbluten führen können. Aber das Bürgerturn, das die Gemeinden damals noch beherrschte als jetzt, wollte ja den Krieg bis zum „steigenden Ende“ führen. Die Herrschaften hofften auf die große Kriegsenttäuschung, die den Feinden auferlegt und aus der nachher auch die Schulden der Gemeinden gedeckt werden sollten. Als dann das Ende mit Schreden kam, erhielten die Gemeinden nicht nur keine Deckung ihrer Schulden, das Reich nahm ihnen vielmehr die Haupteinnahmequelle, die Einkommensteuer, weg und überließ ihnen nur einige indirekte Steuern, darunter die Gewerbe- und Grundsteuer.

Die vom Reich den Gemeinden zugewiesenen Anteile aus der Reichseinkommensteuer reichen bei weitem nicht aus, die dringendsten Bedürfnisse der Gemeinden zu decken. Daher sind die Gemeinden gezwungen, nach neuen Steuerquellen zu suchen, wenn

sie nicht einen großen Teil ihrer Aufgaben unerledigt lassen wollen. Aus den Anteilen der Reichseinkommensteuer müssen die Gemeinden zunächst die Ausgaben bestreiten, die ihnen gesetzlich auferlegt sind. Da kommen zuerst in Frage die Ausgaben für die Verwaltung, für die Polizei usw., die Zahlung der Beamtengehälter, die ja auch durch das Reich geregelt und vorgeschrieben ist. Erst wenn die Ausgaben für diese Zwecke erledigt sind, können die Gemeinden an Ausgaben für kulturelle Zwecke, für soziale Einrichtungen, für Hygiene, für Krankenhäuser, für Schutz der Schwachen und Hilfsbedürftigen usw. denken. Die sozialen Einrichtungen der Gemeinden kommen also erst in zweiter oder dritter Linie.

Durch die allgemeine Verelendung, die der Krieg mit sich gebracht hat, sind gerade die ärmsten Gemeindeglieder an der Erhaltung der sozialen Einrichtungen und an ihrem weiteren Ausbau interessiert. Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderfürsorge usw. liegen besonders im Interesse der Arbeiterschaft. Wenn diese Einrichtungen verfallen, so werden davon in erster Linie die Ärmsten getroffen, während die Reichen mit ihren großen Geldbeuteln immer Gelegenheit haben, sich in Privatsanatorien und Badeorten kurlen zu lassen.

Da die vom Reich den Gemeinden überlassenen Mittel aus der Reichseinkommensteuer für die sozialen Aufgaben der Gemeinden nicht ausreichen, da ferner durch Reichsgesetz die Erhebung von direkten Einkommensteuern durch die Gemeinden verboten ist, so sind die sozialistischen Gemeindevorsteher in der Zwangslage, entweder die sozialen Einrichtungen verfallen zu lassen, oder solchen Steuern zuzustimmen, die das Reich den Gemeinden überlassen hat. In dieser Zwangslage ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob sie einer Steuer zustimmen können. Als Prüfstein gilt das Interesse des Proletariats. Es wird dabei erstens zu prüfen sein: der Verwendungszweck der Steuer und zweitens: wer die Steuer zu tragen hat, und ob sie auf die Mindestbemittelten abgewälzt werden können. Nach diesen Grundsätzen hat die USP. im Leipziger Stadtparlament ihre Steuerpolitik orientiert.

In dem Bestreben, die ärmere Bevölkerung vor neuer Steuerbelastung nach Möglichkeit zu schonen, stellte die USP. im vergangenen Jahre bei der Beratung der Zusatzsteuer Anträge, die leider abgelehnt wurden. Der Rat wollte in seiner Vorlage die Lebzigen mit einem Einkommen von 5000 M. und die Verheirateten von 10000 M. an zur Zusatzsteuer heranziehen. Die USP. beantragte, für Verheiratete mit Kindern eine steuerfreie Grenze von 15000 M., für Verheiratete ohne Kinder 12000 M. und für Ledige 10000 M.

Da die USP. für diese Anträge im Stadtverordnetenkollegium keine Mehrheit fand, wurden sie abgelehnt. Die Ausschüsse beschloßen dann, die steuerfreie Grenze für Ledige auf 8000 M. (USP. 10000 M.) und für Verheiratete auf 12000 M. (USP. 15000 M.) festzusetzen.

Bei der Beratung der Mietsteuer traten die Unabhängigen selber vergeblich dafür ein, daß die Wohnungen bis zum Mietpreis von 1000 M. von der Steuer frei sein sollten.

Die Unabhängigen erklärten sich entschieden dagegen, daß durch Besteuerung von Gas und Elektrizität eine versteckte indirekte Besteuerung der Bevölkerung vorgenommen wird.

Die Unabhängigen traten für die Gewerbesteuer ein, nachdem auf ihr Drängen die Konsumvereine und die kleinen Gewerbetreibenden von der Steuer freigelassen worden waren.

Im neuen Stadtverordnetenkollegium sind neue, umfangreiche Steuerentwürfe zu erwarten. Die Wähler haben am 13. November zu entscheiden, ob bei diesen Steuerentwürfen die Schultern der Mindestbemittelten im Sinne der USP. entlastet, oder nach den Wünschen des bürgerlichen Mehrschichtenblocks belastet werden. Werbt darum für die Liste Seger-Nüchtern!

Die Leipziger Schulen im Haushaltplan 1921/22.

Zur Unterhaltung der Schülerbüchereien gewährt die Stadt jeder höheren Knabenschule einen Beitrag von 400 M., jeder Volksschule einen Beitrag von 800 M. Insgesamt werden für Volksschulen aufgewandt 60300 M. und 16000 M. Verwaltungskosten für jeden Volksschüler also 78 Pfennig ohne und 99 Pfennig mit Verwaltungskosten. Zählt man sogar die Ausgaben von 24160 M. für 19 Kinderlesezimmer hinzu, so entfallen auf jedes Volksschulkind nur 1.30 M. Da die höheren Schüler einen Büchereibetrag von 6 M. zu leisten haben, der städtische Zuschuß aber 77 Pfennig für jeden von ihnen beträgt, so wird für einen Volksschüler gerade 1 Pfennig mehr für Bücher aufgewandt als der Zuschuß für die höheren Schüler beträgt! Der Gesamtbetrag für Bücher allein macht bei einem höheren Schüler 6.77 M., bei einem Volksschüler 1.30 M. aus. Die Stadt kommt also ihrer Pflicht, dem Volksschüler durch Einrichtung entsprechender Büchereien die Möglichkeit zu geben, durch Privatlektüre den Unterricht zu ergänzen, nur sehr mangelhaft nach.

Am tragesten tritt das Mißverhältnis zwischen den beiden Schularten bei den Lehrmitteln zutage. Da werden an ordentlichen und außerordentlichen Beträgen für allerlei Lehrmittel und für die Lehrerbücherei für die 6003 höheren Schüler 253000 M., das sind 37.03 M. für jeden, für die 77060 Volksschüler aber nur 223717 M., das sind 2.90 M. für jeden in den Haushaltplan eingeleitet.

Ähnlich verhält es sich mit dem Werkunterricht. Für die höheren Schüler werden 40380 M. für Material und 13000 M. für Ausbildung der Lehrer, für die Volksschulen insgesamt 105190 M. ausgeworfen. Es entfallen also auf einen höheren Schüler 8.87 M., auf einen Volksschüler 1.36 M. — Nur dadurch, daß der Rat sich endlich einmal dazu aufgeschwungen hat, nicht mehr nach Gutdünken der einzelnen Lehrerkollegien Werkräume einzurichten, sondern zur gleichmäßigen Einrichtung solcher Werkstätten an 53 Volksschulen außerordentliche Mittel in Höhe von 623000 M. einzusetzen, steigen in diesem Jahre die Ausgaben für Werkunterricht auf insgesamt 13.35 M. für einen Volksschüler. Rechnet man die Ausgaben für Lehrmittel und Werkunterricht, die zweifellos zueinander gehören, zusammen, so beträgt die Summe bei einem höheren Schüler 37.93+8.87=46.80 M., bei einem Volksschüler aber nur 2.90+1.35=4.25 M.

Das Beispiel mit den Werkräumen zeigt aber zugleich, wie das schreiende Mißverhältnis zwischen den Aufwendungen für höhere und Volksschulen beseitigt werden kann. Die Leistungsfähigkeit oder höheren Schulen darf auf keinen Fall herabgedrückt werden. Wohl aber muß unbedingt gefordert werden, daß die Bildungsmöglichkeit in der Volksschule gesteigert wird durch bewußten planmäßigen Ausbau aller Schulen, durch Bereitstellung von genügenden Lehrmitteln, durch Einführung der Arbeitsunterrichtsmethode, durch Einrichtung von Schulgärten, von Unterrichtszimmern für Physik usw., in denen der Lehrer nicht nur Experimente vorführt, sondern wo die ganze Klasse Gelegenheit hat, selbst Experimente auszuführen und an ihnen zu lernen.

Die Mittel für solche Zwecke dürfen nicht mehr nur wohlwollend bewilligt werden, wenn ein besonders rühriges Lehr-

Flugblattverbreitung zur Stadtverordneten-Wahl!

Wir rufen alle Genossen und Genossinnen auf, sich am Sonnabendabend und Sonntag früh in den bekannten Ausgabestellen zur Flugblattverbreitung einzufinden. Hauptvorstand von Groß-Leipzig.

kollegium einer Schule sie fordert, sondern die notwendigen Einrichtungen müssen einheitlich nach bestimmten Grundrissen für alle Volksschulen geschaffen werden. Es kommt nicht darauf an, daß gleich hohe Summen für alle Schularten aufgewendet werden, sondern daß die Bedürfnisse jeder Schulart nach Möglichkeit befriedigt werden. Das ist aber bei den Volksschulen bisher am allerwenigsten der Fall gewesen.

Sogar auf die Haus- und Schul- und Turngeräte erstreckt sich die ungleiche Behandlung. Auch hier sieht sich der Rat in diesem Jahre gezwungen, für Anschaffung der nötigen Haus- und Schulgeräte der Volksschulen einen außerordentlichen Betrag von nicht weniger als 431 357 M. einzustellen, während an ordentlichen Mitteln nur 120 920 M. aufgewendet werden. Infolgedessen werden für einen Volksschüler 703 M., für einen höheren Schüler 627 M. verbraucht, die hohe außerordentlich zu bewilligende Summe verschleiert also das Bild.

Um so schärfer tritt die Zurückhaltung der Volksschule bei den Turngeräten hervor. 74 834 M. sind für die Volksschulen und 32 550 M. für die höheren Schulen vorgesehen, für den Volksschüler also 0,97 M., für den höheren Schüler 4,86 M. Man verleiht dazu die Ausgaben für Jugendspiele, und auch dem Unbefangenen muß sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß die Volksschulen auch in Bezug auf Lebenspflege eine außerordentliche Zurückhaltung erfahren. Der Eindruck wird noch verstärkt, wenn man erfährt, daß für Erteilung von Schwimmunterricht an höhere Schüler 8500 M., an Volksschüler aber nur 18 000 M. eingestellt sind. Dazu werden für Freibäder der 60 Klammern der Thomasschule 2065 M., für Freibäder der Schulländer in Schönfeld und Rodau jedoch ganze 2000 M. verbraucht.

Trotz der hohen Mittel, die für die höheren Schulen aufgebracht werden, kann sich der Rat bis jetzt immer noch nicht dazu verstehen, dem Antrag der unabhängigen Fraktion zu folgen und die Mittel für unentgeltliche Verlesung von Vermitteln auf durchschnittlich 10 M. pro Schüler zu erhöhen. Er hat nur 250 000 M. statt der beantragten 800 000 M. eingestellt und dem Kollegium bis jetzt noch keine Rückantwort auf den mit großer Mehrheit gefaßten Beschuß gegeben.

Welche Schulpolitik würde der Rat wohl treiben, wenn er eine bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit hinter sich wählte. Und auf welche Volksschulpolitik dürfte sich die Leipziger Bevölkerung wohl gefaßt machen, wenn eine bürgerliche Mehrheit mit den Deutschnationalen Wörner, Hidmann und Jeremias an der Spitze die Geschicke der Gemeinde und der Volksschule zu bestimmen hätte.

Die Leipziger Bevölkerung hat bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen sich zu entscheiden für die Festhaltung und Verschärfung der Volksschulen, wie sie die Folge der Politik der Deutschnationalen sein wird — oder für die Hebung und den Ausbau der Volksschule und die verständnisvolle Förderung aller Bildungsbestrebungen, wie sie einzig und allein von der Unabhängigen Sozialdemokratie angestrebt wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist die einzige Partei im Stadtverordnetenkollegium, die rücksichtslos für alle Schulforderungen eingetreten ist. Wer seinen Kindern eine gute Schulbildung erhalten will, kann nur die Liste der Unabhängigen Sozialdemokraten wählen.

### Die U. S. D. vertritt die Interessen der Mieter.

Wie die Leipziger Mieter-Zeitung mitteilt, hat der Mieter-Verein von dem Abstand genommen, anlässlich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl eine eigene Kandidatenliste aufzustellen, seine Tätigkeit vielmehr darauf beschränkt, durch eine Rundfrage an die Parteien deren Stellungnahme zu den Forderungen der Mieterchaft, und zwar:

1. Schaffung eines sozialen Wohnungs- und Siedlungsrechts.
2. Ausbau des Mieterratsystems und dessen gesetzliche Anerkennung.
3. Einführung einheitlich-sozialer Mietverträge durch zwingendes Recht.
4. Ausübung der Wohnungsaufsicht, -pflege, -fürsorge und der Wohnungshygiene.
5. Förderung und Ausbau des Siedlungs- und Verkehrswezens.
6. Förderung aller Verbraucherinteressen.
7. Bekämpfung des Miet- und Bodenwuchers.
8. Ueberleitung des gesamten Realcreditwesens auf öffentliche Körperschaften.
9. Sozialisierung des Wohnungswesens und des Grund und Bodens kennen zu lernen.

Die Parteileitungen haben geantwortet. Die Deutschnationale Volkspartei hat geschrieben:

Auf Ihren Brief vom 20. September wird Ihnen, gleichzeitig im Namen unserer Landtagsfraktion ergeben mitgeteilt, daß die Deutschnationale Volkspartei für alle berechtigten Wünsche des Mieterchaftverbandes eintreten wird, soweit diese nicht gegen die Grundzüge der Partei verstoßen. Letzteres scheint allerdings bei den von Ihnen angeführten Punkten 2, 8 und 9 zu beschränkt sein. Mit freundlichem Grusse ergeht ges. N. Wörner.

Die Deutsche Volkspartei hat unter anderem geantwortet:

Wenig versprechen wir uns von einer Durchsetzung Ihrer Punkte 2 und 8. Völlig unannehmbar ist für uns, wie für jede bürgerliche Partei, die rein sozialistische Forderung nach Sozialisierung des Grund und Bodens, die Sie unter Ziffer 9 aufstellen.

Hochachtungsvoll ges. N. H. Frank.

Deutschdemokratische Partei.

Auf Ihr Schreiben vom 20. ds. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß die Deutschdemokratische Partei für Leipzig und Umgebung aus grundsätzlichen Bedenken es ablehnen muß, sich und ihre Kandidaten für die Parlamente in Reich, Land und Gemeinde auf die Forderungen von Interessen und Berufsvertretungen irgendwie festzusetzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung J. A. gez. Ehrlich.

Von den bürgerlichen Parteien haben die Mieter also nichts zu erwarten. Sie lehnen jeden wirksamen Mieterchutz ab. Sie haben an anderen Stellen und offen erklärt, daß sie für die freie Wohnungswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens eintreten. Im anderen Sinne haben die sozialistischen Parteien geantwortet. Sie haben erklärt, daß sie für die Forderungen der organisierten Mieter wirken werden. Die U. S. D. hat nachstehendes Schreiben an den Mieterchaftverband gerichtet:

Unabhängige sozialdemokratische Partei.

Wir erheben Ihren Brief vom 20. September d. J. und antworten darauf folgendes:

Die Forderungen der organisierten Mieterchaft, die Sie in den neun Punkten zusammengefaßt haben, entsprechen im wesentlichen den Forderungen, die die Unabhängige sozialdemokratische Partei zum Schutze des Mieters erhebt.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei betrachtet es als ihre selbstverständliche Pflicht, die Forderungen der organisierten Mieter, die nicht mit dem Programm der U.S.D. im Widerspruch stehen, auf das energischste zu vertreten, und zwar nicht nur in den Gemeindeparlamenten, sondern auch im Landtag und im Reichstage. Die Vertreter der U.S.D. haben dies schon bisher getan und werden dies auch weiterhin tun.

Der Bezirksvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Leipzigs. J. A. gez. H. Eichner, Vorsitzender.

Die Mieter müssen daher am 13. November die Kandidaten der U.S.D. wählen.

### Ein krupelloser Wahlmanöver.

Jahrelang haben die Blätter vom Schlage der Leipziger Neuesten Nachrichten nach der freien Wirtschaft geschrien. Sie sollte der Bevölkerung billige Nahrungsmittel in ausreichender Menge verschaffen. Jetzt ist diese Wirtschaft da, und gerade das Gegenteil ist eingetreten. Die Nahrungsmittel steigen täglich im Preise, und außerdem werden sie — um weitere Preissteigerungen zu erreichen — zurückgehalten. In eine Menge Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, werden nach Frankreich, Belgien, Holland, England verschoben. Auf der britischen Insel ist man — entgegen über die Menge deutscher Kartoffeln. So wirkt die — freie Wirtschaft. Natürlich herrscht in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung Erbitterung, die täglich wächst. Ein Teil der bürgerlichen Zeitungen, der sich für die freie Wirtschaft begeistert hat, steht jetzt den Kopf in den Sand. Anders die U. S. D. Sie haben im Kleinbürgertum Leser, die auch große Not leiden, und krupellos, wie die U. S. D. nun einmal sind, bekommen sie es fertig, in einem Artikel über die Einführung der freien Wirtschaft zu zeteren und sich nach der Zwangswirtschaft zu sehnen! Sie weisen auf den Eigennutz eines großen Teils der Landwirte hin und behaupten, daß man die Zwangswirtschaft von heute auf morgen über Bord geworfen habe, anstatt wie beim Getreide durch ein Umlageverfahren den Mindestbedarf der Bevölkerung erst sicherzustellen.

Wir betonen, daß das Umlageverfahren von den Deutschnationalen, von der Deutschen Volkspartei, den Freunden der U. S. D. im Reichstage aufs schärfste bekämpft worden ist. Wir betonen weiter, daß die Leipziger Neuesten Nachrichten jetzt zu den Stadtverordnetenwahlen für eine Liste Propaganda machen, deren Parteien und Gruppen gegen die Zwangswirtschaft und für die freie Wirtschaft sind. Selbst der Wohnungsmarkt soll freigegeben werden. Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben mit ihrem Artikel den Gipfel der Heuchelei erklommen. Die Stimmen des Kleinbürgertums sollen für die Anhänger der freien Wirtschaft mit den Mitteln krupelloser Demagogie gewonnen werden, damit nachher erst recht der Profitwut freie Bahn gemacht werden kann. Jeder Leser der U. S. D. sollte auf diese Wahlmanöver aufmerksam gemacht werden.

### Wählerversammlungen für Laubstümme.

**Sonnabend, den 5. November, abends 7 Uhr, spricht im Volkshaus der Genosse Paul Wagner über die Bedeutung der Stadtverordneten- und Gemeindevahlen. Die laubstümmen Wählerinnen und Wähler müssen reiflos erscheinen.**

**Sonnabend, den 5. November, abends 1/8 Uhr, im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstraße „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ihre Bedeutung für die Volksschulen.“ Referent: Stadtverordneter W. Freitag.**

**Sonnabend, den 5. November, abends 1/8 Uhr, im Gasthof zum Sambrinus, Liebertwolkwitz „Die Aufgaben der U.S.D.-Gemeindevorteiler.“ Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Dennyharol.**

**Sonnabend, den 5. November, abends 8 Uhr, im Goldenen Adler, Zwenhau „Die politische Lage.“ Referent: Stadtverordneter Karl Schrörs, Leipzig.**

**Sonnabend, den 5. November, abends 1/8 Uhr, im Gasthof Podelwitz „Die politische Lage und die Gemeinderatswahl.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Arno Bruchardl.**

### Nationalistischer Jugenderzieher.

Es gibt noch manchen Lehrer in unseren Volksschulen, der das eine seiner wichtigsten Aufgaben in der Republik die nationalstische Beeinflussung der Jugend betrachtet. Ein solcher nationalistischer Verantwarter Lehrer scheint auch Herr Böhme, Lehrer der 4. Mädchenklasse in der 43. Volksschule zu sein. Er verlangte von seinen Schülerinnen, daß sie das bekannte Nationalistenlied: Deutschland, Deutschland über alles, lernen. Als die Mädchen über das Anstehen des Herrn Lehrers murmelten, weil selbst diese Kinder wissen, daß das Lied nicht mehr zeitgemäß ist, und nicht der Gesinnung ihrer Eltern entspricht, sagte Herr Böhme: „Schämt euch, alle deutschen Kinder müssen das Lied kennen.“ Das mag die persönliche Auffassung des Herrn Böhme und seiner Gesinnungsgenossen sein, der größte Teil der Arbeiterkinder ist darüber anderer Meinung: Sie wollen ganz entschieden die nationalstischen Erziehungsversuche des Herrn Böhme zurück und verlangen, daß fernerhin jede Handlung des Herrn Böhme unterbleibt, die Unfrieden zwischen den nicht nationalstisch gesinnten Eltern und ihren Kindern durch ähnliche Vorkommnisse stiften könnte.

### „Kaisers Geburtsstag im Versorgungsamt.“

Von einer Regierungsverordnung kann man nicht verlangen, daß sie bis in diejenigen Amtsstuben dringt, an die sie gerichtet ist — und wenn es wirklich geschieht, kann es vorkommen, daß der maßgebende Beamte keine Kenntnis davon nimmt. Kürzlich wurde eine Verfügung erlassen, wonach alle Bilder aus der herrlichen monarchischen Glanzzeit von den Wänden der Amtsstuben zu verschwinden hätten. Im Versorgungsamt hängt bei einem Beamten ein schönes Bild: Kaisers Geburtsstag. Mit klingendem Spiel zieht die Grenskompanie im Paradeanzug an Wilhelm vorbei. Man hört ordentlich die Pauke bumsen. Jedem alten Soldaten lacht das Herz im Leibe, so naturgetreu und erhebend ist die Darstellung. — Ja! Das waren noch Zeiten! — Nun gibt es aber Kriegsbefehdige, die nur deshalb aufs Versorgungsamt kommen, weil ihre Rentenverfahren gar nicht vorwärts gehen will. Denen steigen bei Anblick des „schönen Bildes“ Erinnerungen auf, die sich mehr auf ihre kaputtgeschossenen Knochen, als auf die „herrlichen Zeiten“ beziehen, und so äußerte kürzlich einer, der um seine Rente kämpft: „Es wäre schon besser, man riß den Lappen herunter und hing ein Plakat dafür hin mit der Ueberschrift: Wie schütze ich mich gegen Verschleppung meines Rentenverfahrens?“ Hk.

Der neue Eisenbahnsfahrplan, den die Leipziger Buchdruckerei U. G. an ihre Abonnenten zum Vorzugspreise von einer Mark abgibt, enthält genaue Angaben über die von Leipzig ausgehenden sowie über die anschließenden Bahnlinien. Er ist unentgeltlich für jede Familie. Alle Ausdräger und Filialen der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Ueberrahme des Sozialpädagogischen Frauenseminars in weibliche Verwaltung.** Am 10. November findet im Sozialpädagogischen Frauenseminar (früher Hochschule für Frauen) eine Feier statt, bei welcher der Vorsitzende der bisherigen Stiftung Hochschule für Frauen, Geheimrat Hofrat Professor Dr. Richard Schmidt, sowie Oberbürgermeister Dr. Nothe und Geheimrat Hinrichsen Ansprachen halten werden. Die Festrede hält Oberstudiendirektor Dr. Prüfer über das Thema: „Entwicklung und Ziele des Sozialpädagogischen Frauenseminars.“ Die Feier wird durch entsprechende Gesänge des Anstaltschors umrahmt. Der Unterricht fällt an diesem Tage aus.

Zu dieser Feier sind Proletarier ausnehmend nicht gern gesehen. Die Bekleidungsverwaltung, die der Karte mit ausgedruckt ist, weist sie höflich aber entschieden zurück: „Anzug: No!“ Proleten, die sich keinen Gehraß leisten können, dürfen zwar die Steuern aufbringen, aus denen die Zuschüsse gedeckt werden, sie dürfen auch um Freistellen für ihre Kinder bitten — als Festteilnehmer machen die armen Schüler aber keine gute Figur. Die Herrschaften wollen unter sich sein — in einem städtischen Bildungsinstitut!

**Ubermalige Taxerhöhung der Pferde- und Kraftdroshen.** Der am 25. 10. 1921 beantragte neue Tarif für das Droshengewerbe Leipzigs ist vom Postamt mit sofortiger Wirkung genehmigt worden. Ab 4. November 1921 fahren die Kraftdroshen mit zehnprozentiger Taxe und die Pferdetroshen mit achtprozentiger Taxe. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Berufsvereine des Droshengewerbes Leipzig infolge weiterer Steuererhöhungen der Preise für sämtliche Betriebsmaterialien, Futtermittel usw. schon wieder gezwungen, Taxerhöhungen zu beantragen.

**Bewölkungsvorgänge in Leipzig.** In der Woche vom 23. bis 29. Oktober fanden 153 Eheschließungen statt. In Geburten waren in der Woche vom 16. bis 22. Oktober zu verzeichnen: Lebendgeborene 244, uneheliche darunter 36, Totgeborene 8, Verstorbene 18 Säuuglinge unter einem Jahre, von denen 8 unehelich waren. Die Sterbefälle der Säuglinge, die auf Magen- und Darmataren zurückzuführen sind, haben sich vermindert. In diesen Krankheiten starben 5 Kinder unter einem Jahre. Der Tuberkulose erlagen 16 Personen. Durch Selbstmord endeten 2 Personen. Tödliche Unfälle erlitten 3 Personen.

Zur Gewinnung von Wagen zum Karosellverband sind die Güterabfertigungen am Sonnabend, dem 5., und Montag, dem 7. November, gesperrt, mit Ausnahme von Kartoffeln.

**Elternversammlungen.** 27. Volksschule, Montag, 7. November, 7 Uhr: Der erste Ausflug (Lehrer Möbius). — 37. Volksschule, Montag, 7. November, 8 Uhr, Schulsaal. Vortrag des Schulrates Dr. Nothe: Sexuelle Fragen in der häuslichen Erziehung.

29. Volksschule, Stötterich, Weisestraße, Montag, den 7. November, abends 1/8 Uhr, Elternabend. Tagesordnung: 1. Bericht des Elternrates. 2. Vortrag des Herrn Lehrers Pfefferkorn: Ueber Kinderauslagen. 3. Verschiedenes.

**Sozialistische Proletarier-Jugend Thonberg.** Sonntag, den 6. Nov., Treffen um 3 Uhr am Ostplatz zum Besuch der Puppenpiele „Papa Kleinert“, Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen. — Alle Mitglieder, die am Heine-Abend mitgewirkt haben, treffen sich am Dienstag, dem 8. November, in der Bibliothek Stötterich Straße, pünktlich 7 Uhr. — Mittwoch, den 9. November: Elternabend.

**Eine Berichtigung.** Unter Berufung auf das Preßgesetz schickt uns der Oberpostdirektor Michael eine Berichtigung, die in ihrem ersten Teil folgenden Wortlaut hat:

„Zur Notiz: Amtsmißbrauch bei der Post“ in Nr. 255. Es trifft zu, daß der Aushang, betreffend eine Aufklärungsverammlung über die Stadtverordnetenwahl, den der Obmann der U.S.D. am 20. 10. im Kantinenraum des hiesigen Postamts 18 angebracht hat, wieder entfernt worden ist. Dies ist von Amts wegen geschehen, weil nach dem Erlaß des Reichspostministers Bekanntmachungen politischer Vereine und Organisationen im Bereiche der Postanstalten grundsätzlich nicht ausgehängt werden dürfen. Das Verbot trifft gleichmäßig alle politischen Parteien.“

Als Fortsetzung der Berichtigung folgt dann eine Darlegung über den Deutschen Freipostbund, der angeblich politisch neutral sein soll; wir verweisen diese Stillübung in den Papierkorb. Dem Postdirektor wollen wir aber sagen, daß er sich amtlich als Postdirektor und nicht als Beauftragter und Vertrauensmann des Freipostbundes auszuweisen hat. In der Berichtigung heißt es dann weiter: „Befehle des Bundes sind in einem Falle ohne Wissen des Unterzeichneten und des Herrn Postdirektors Dr. Hammer durch die Schlüsselabgabe des Postamtes 18 verteilt worden. Der bestellte Beamte ist gerügt worden.“ Damit ist zugegeben, was in unserm Artikel behauptet worden war, nämlich der Amtsmißbrauch.

**Eine Berichtigung des Polizeidirektors.** „Hiermit erlaube ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten Nummer Ihres Blattes: In der Nummer Ihres Blattes vom 2. November 1921 ist in dem Artikel „Der Polizeidirektor als Wahlmacher“ die Behauptung aufgestellt, daß ich falsche Behauptungen verbreitet hätte, indem ich in einer Versammlung von Polizeibeamten erklärt hätte, es sei ein schwerer Fehler der Beamten, wenn sie sich den linksradikalen Parteien in die Arme werfen. Diese Parteien seien eine große Gefahr für die Berufsbeamtenschaft, denn sie würden dafür sorgen, daß in etwa 20 Jahren die Beamtenpensionen gestrichen würden. Diese Behauptungen hätte ich an einer Stelle ausgesprochen, wo mir von keinem Parteimann entgegen werden konnte. Ich hätte mich nicht scheut, mein Amt zur reaktionären Wahlmacher zu mißbrauchen. Etwas Derartiges habe ich nicht erklärt, die Behauptungen sind vollkommen unwahr und aus der Luft gegriffen. Bei der Versammlung war als Vertreter der Schuhmannschaft und Mitglied des Beamtenauschusses Herr Polizeiamtmeister Hennig zugegen, der auch Parteimann ist.“

Der Polizeiamt der Stadt Leipzig, Dr. Kubitz, Polizeidirektor.“ Wir werden auf die Berichtigung des Polizeidirektors zurückkommen, sobald wir mit unserm Gewährsmann gesprochen haben.

### Vollzeitsnachrichten.

**Bergewaltigungsversuch an einem Schulmädchen.** Kurz vor 7 Uhr abends am 29. v. M. ist in einem Hause am Matthäikirchhof ein 11jähriges Mädchen von einem unbekanntem Manne angefaßt und zu Boden gerissen worden. Da es ihm nicht gelang, dem Mädchen den Mund zuzuhalten, so daß es um Hilfe rufen konnte, ließ er sein Opfer los und ergriff schleunigst die Flucht. Der Täter ist 1,55 Meter groß, trug Augenklappe, schwarze Schürze und Spitzbart, einen hellen Gummimantel und Sportmütze. Angaben zu seiner Ermittlung erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

**Von einem Lastauto tödlich überfahren.** Ein 68jähriger Hospitalist ist am 3. d. M. auf dem Gerichtsweg beim Einsteigen von Pferdebedürfnis von einem Lastkraftwagen überfahren worden. Er wurde zunächst nach der nahen Sanitätskammer und von dort nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo er einig Stunden später an den Folgen seiner Verletzungen gestorben ist. Nach Zeugenaussagen soll kein unschuldiges Verhalten beim Nachsitzen des Autos den Unfall herbeigeführt haben. Weitere Beobachter des Vorfalles werden gebeten, ihre Adresse schnellstens der Kriminalabteilung mitzuteilen.

**Zeugen gesucht.** Von einer Kraftdroshke überfahren wurde am 2. d. M. gegen 1/2 Uhr abends in der Wilhelmstraße, gegenüber dem Eingang zum Hauptbahnhof, ein vorübergehend hier aufhältlicher 48jähriger Dreher. Er hat dabei ansehnlich schwere innere Verletzungen erlitten, weshalb er Aufnahme im Krankenhaus St. Georg fand. Ob fremdes Verschulden vorliegt, wird durch die eingeleitete Untersuchung festgestellt werden. Diejenigen Personen, die genaue Angaben über den Hergang des Unfalles machen vermögen, werden gebeten, sich möglichst sofort bei der Kriminalabteilung zu melden.

Gewarnt wird vor einem Betrüger, einem gewissen Hans Sonntag, der sich durch Diebstahl in den Besitz der Ausweispaapiere



„Frühzeit“.

Ein Profeten-Autobiographie. Von Oskar Maria Graf.

14]

Nachdruck verboten.

„Sprichst du was, Mühsam“, sagte ein Arbeiter zu dem Mann, dem ich vorgestellt wurde. Andere redeten wieder. Man diskuterte über die Sozialdemokratie, über die Polizeispindel, erzählte Berührungsgeschichten und dann redete Mühsam kurz über die Ziele des „Sozialistischen Bundes“.

Morax kam sehr freundlich zu mir: „Wollen Sie die Sache von jetzt ab machen?“ Ich sagte: „Ja“ und nickte. Daraufhin übergab er mir einen Stroh Brochüren, einen Band „Sozialist“ und Flugblätter und gab mir die näheren Anweisungen.

Den sollte ich jedem Flugblatt ausdrucken und unser Treffortat hinschreiben, den Tag und die Stunde. Ich sagte immerzu „Ja“ und war sehr erbaunt davon, daß man mir sofort einen solchen Posten zuschickte. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

„Das ist fein“, sagte ich im Treppenhinaufgehen zu meinem Zimmernachbarn, und drückte die Pakete fest zusammen. Ich malte mir eine ungeheure Tätigkeit aus und hielt mich in dieser Bewegung für unentbehrlich wichtig. Mein Talent hatte also doch seinen Entdecker gefunden. Mit Bücherverkauf und Zeitungen was zu tun zu haben, sie direkt vom Verlag geschickt zu bekommen, eröffnete immerhin Ausichten auf Gedrucktwerden.

„Andern Tages — meine Freude und meinen Erfolg mußte ich wem erzählen — holte ich Theres vom Geschäft ab. „Ich hab' jetzt eine feine Stelle“, sagte ich strahlend und lächelte freigeschener, „ich bin jetzt Sekretär bei den Anarchisten.“

„Was — bei den Anarchisten?“ „Ja“, sagte ich, und erzählte ihr, daß ich von nun an einen großen umfassenden Schriften- und Zeitungsvertrieb übertragen bekommen hätte. Es sprudelte alles nur so aus mir vor Freude.

„Gehalt?“ „Gehalt?“ „Ja, das haben sie mir noch nicht gesagt. Ich muß erst fragen.“ „Gehalt?“ „Ja, das haben sie mir noch nicht gesagt. Ich muß erst fragen.“

„Nein, gar nichts. Die Sachen kommen alle zu mir per Post und ich verkaufe sie in Versammlungen, ich versende die Zeitungen, und habe die ganzen Briefschaften zu erledigen und alle schriftlichen Arbeiten für den Verband“, erzählte ich ihr.

„Na, ja, schauen wir halt mal“, sagte Theres, als sie sich verabschiedete und sah mich besorgt an. Ich versprach, ihr sofort Bescheid zu geben oder am nächsten Samstag selber zu kommen und ihr alles zu sagen.

„Verzeihung, Herr Mühsam, meine Schwester läßt fragen, was ich da Gehalt bekomme und wie das ist mit meiner Anstellung?“ Morax, der daneben saß, brach in ein Gelächter aus. Mühsam sah mich beinahe mitleidig an und lächelte, legte mir die ganze Sache dar und fragte nach meiner sonstigen beruflichen Tätigkeit.

„Ich ging nicht zu Theres, ließ überhaupt nichts hören. Den Vertrieb gab ich trotzdem nicht auf und schrieb immer wieder neue Artikel, schickte sie ein. Antwort kam nie. Meine bis jetzt entstandenen Verse sammelte ich und schickte sie Mühsam mit einem sehr dünnen Brief. Der gab sie mir mit einer Empfehlung an Steinebach. Ich sollte Druckkosten zahlen. Ich war ganz verzweifelt, ließ die Sache sein.“

Der Himmel im November.

Das beispiellos heitere und schöne Sommerwetter, das uns in diesem einzigartigen Jahre bis weit über die Otobermitte hinaus freu geblieben ist, hat uns über das wirkliche Fortschreiten der Jahreszeit zu sehr hinweggetäuscht, daß wir jetzt, da die Luft kalt und der Himmel trübe geworden ist, erstaunt sind, wie kurz die Tagesdauer nur noch ist. Tatsächlich hat sich die Sonne bis zum Novemberbeginn schon 14 Grad südlich vom Himmelsäquator entfernt, und angesichts dieser starken südlichen Abweichung ist es

verständlich, daß der Tagebogen der Sonne schon winterlich kurz ist. Sie geht am 1. November um 7 Uhr 4 Minuten vormittags auf und um 4 Uhr 35 Minuten nachmittags unter; im Laufe des Monats verspätet sich der Sonnenaufgang um weitere 52 Minuten, während sich der Untergang des Tagesgestirns um 40 Minuten verfrüht. Die scheinbare Ungleichheit in der Abnahme der Tageshelle am Morgen und Abend ist eine Folge der Zeitgleichung, des Unterschiedes zwischen dem wahren und dem bürgerlichen Mittag. Die Zeitgleichung erreicht gerade Anfang November ihren größten negativen Betrag, so daß die Kulminationszeit der Sonne im November noch vollständig in die Vormittagsstunden fällt, und zwar am 1. November, berechnet für Berlin, auf 11 Uhr 50 Minuten. Die Mittagshöhe der Sonne beträgt in Berlin und dem mittleren Norddeutschland zum Beginn des Monats 27,2 Grad; Ende November, wenn die Sonne den 20. südlichen Parallelkreis erreicht hat, steht die Sonne schon so tief, daß die geringe Entfernung von 3 1/2 Grad bis zum Wendekreis des Steinbocks, den sie am 21. Dezember erreicht, praktisch nicht mehr erheblich ins Gewicht fällt. Es folgen dann vom 1. Dezember bis Mitte Januar die sechs dunkelsten Wochen des Winters; dem November entspricht in der Zunahme der Tageshelle der Zeitraum von Mitte Januar bis Mitte Februar. Wenn wir trotzdem im vorletzten Monat des Jahres den Einbruch der längeren Dunkelheit als von Mitte Januar bis Mitte Februar haben, so hat das vorwiegend meteorologische Ursachen, nämlich die meist sehr trübe Witterung, durch die sich der Spätherbst in unsern Breiten unangenehm auszeichnet.

Der Begleiter der Erde, dessen Probleme neuerdings die Astronomen wieder stark beschäftigen, erneuert gerade zu Beginn des Monats sein Umlauf, da am 31. Oktober Neumond war. Das erste Viertel fällt auf den 7., der Vollmond auf den 15. November, und am 22. zeigt der Mond das letzte Viertel, um am 29., dem nächsten Neumond, wieder völlig zu verschwinden.

Nächst man abends gleich nach Einbruch der Dunkelheit den Pleiad auf den Fixsternhimmel, so scheint dieser gegen den vorigen Monat kaum erheblich verändert, eine Folge des früheren Einbruchs der Nacht. So stehen über dem West- und Nordwesthimmel abends immer noch der Bootes mit dem rötlichen Arkturus und die sich daran anschließende Krone mit Gemma. Erst zwei Stunden nach Sonnenuntergang verschwinden diese Bilder unter dem Horizont. Der Große Bär steht jetzt jenseits des Himmelspols in unierer Kulmination und auch der Kleine Bär, der Drache und der Hercules haben sich erheblich dem Horizont genähert. Nur der Hauptstern des Reinen Bären, der Polarstern, bezeichnet unverändert den Himmelspol. Hoch im Zenit steht immer noch die Leier mit der weißschimmernden Wega; ihr folgt der Schwan, der nun in den späten Abendstunden ganz besonders deutlich als ein großes Kreuz darstellt, dessen Nordspitze von dem hellen Stern Deneb gebildet wird. Das berühmtere Gegenstück zu dem „Kreuz des Nordens“ ist das „Kreuz des Südens“, das unsern Augen allerdings verborgen bleibt, und das erst in der Breite von Nordafrika am Südhimmel auflaucht. Für den genauen Kenner der Sternbilder gehört das Aufstehen neuer, unbekannter Konstellationen am Firmament zu den härtesten Einübungen einer südlichen Breiten fahrenden Reise. Gerade im November erscheint in unsern Breiten ein heller Stern erster Größe über dem Horizont, der völlig der südlichen Halbtagel angehört und sich insolge seiner großen südlichen Abweichung vor mehr als 30 Grad bei uns nur eben noch über den Gesichtskreis erhebt. Es ist Fomalhaut im Wilde des südlichen Fische, ein Stern, der Mitte November gegen 7 Uhr abends ganz nahe dem Südhorizont kulminiert. Außerordentlich weitgedehnte Teile des Firmaments liegen zwischen dem Schwan und dem südlichen Fische; in der Region südlich vom Schwan findet man abends im Westen noch den Widder mit Atair und ein wenig östlich davon die kleine Figur des Delphins, dann folgt das große Pegasuskreuz mit der sich daran anschließenden Andromeda, während südlich vom Pegasus der Wassermann sich ausbeut. Wiederum südlich vom Wassermann gelangt man endlich in den Bereich des südlichen Fisches, und seinen hellsten Stern Fomalhaut erreicht man, wenn man die beiden weißlichen Sterne des Pegasuskreuzes nach Süden bis nahe an den Horizont verlängert. Nordöstlich vom Wassermann gelangt man in das Tierkreisbild der Fische, das nicht mit dem südlichen Fische zu verwechseln ist, dann folgt der Widder und daran anschließend der Stier, von dem zuerst die kleine Sternwolke der Plejaden im Nordosten erscheint. Das weite Gebiet südlich der Tierkreisbilder von den Fischen bis zum Stier gehört den sehr ausgedehnten auffälligen Konstellationen des Wassisches und des Erdnanus an. In diesen letztgenannten prengt im Norden der Stier und der Orion, dessen Gürtelsterne gegen 9 Uhr abends am Osthorizont erscheinen. Weiter nordöstlich folgen die Zwillinge mit Kastor und Pollux; nördlich davon das Gebiet des Fuhrmanns mit der hellen Kapella. In der gleichen nördlichen Breite wie der Fuhrmann, aber weiter nach Westen, befindet sich Perseus mit dem veränderlichen Algol; zwischen dem Polarstern und der Andromeda, in der Nähe des Zenits, ist das römische W der Kassiopeja nicht zu verkennen.

Die Planeten stehen auch im November mit Ausnahme des für das bloße Auge unsichtbaren Uranus noch sämtlich am Morgenhimmel, und wer ihrer ansichtig werden will, darf sich die Mühe des Frühaufstehens nicht verdrängen lassen. Denn sie erscheinen sämtlich so spät, daß es kaum angängig ist, in einer etwas „ausgedehnten“ Nacht ihr Aufgehen zu erwarten. Merkur war am 31. Oktober in unterer Sonnenkonjunktion und der Erde recht nahe; im Laufe des Monats tritt er aus den Sonnenstrahlen heraus und erscheint vor Tagesanbruch im Südosten, wo er Ende November fast eine ganze Stunde hindurch mit blohem Auge deutlich als ein weißfunkelnder Stern sichtbar sein wird. Venus dagegen entfernt sich immer weiter von der Erde; auch die Dauer ihrer Sichtbarkeit am Morgenhimmel wird zusehends geringer und beträgt Ende November nur noch wenig mehr als eine Stunde. Dagegen nimmt die Sichtbarkeit von Mars und gleichzeitig auch seine Helligkeit langsam zu; er kann Ende des Monats nahezu vier Stunden im Osten verfolgt werden. Das Gleiche gilt für Jupiter und für Saturn, der Ende November schon 4 1/2 Stunden beobachtet werden kann. Am 14. November wird sich Mars dem Saturn südlich bis auf 63 Grad, am 26./27. um Mitternacht dem Jupiter nördlich bis auf nur 10 Grad nähern, eine Konjunktion, deren Beobachtung man früh am Morgen des 27. nicht verkümmern sollte, da beide Gestirne einander so nahe sind, daß das bloße Auge sie kaum mehr voneinander trennen können.

Kleine Chronik.

Konzerte. Ein Konzert Mozartscher Klavier-Sonaten ist selbst in der Musikstadt Leipzig eine Seltenheit. Es ist darum Herrn Friz von Bose zu danken, daß er diese einfachen, aber wertvollen Perlen in einem Konzert einander gereiht hat. Als Schüler von Prof. Karl Reinecke (der seinerzeit der beste Mozartspieler war) hat Friz von Bose sich viel angeeignet, und er kann sich in den Mozartschen Geist sehr vertiefen. Sein Spiel ist sauber und ebel — ab und zu strömt es etwas Ralte aus —, doch sein Stil und Aufbau sind von gesundem Empfinden. Er trat in der A-Dur- und F-Dur-Sonate sowie auch in den drei reizenden Stücken: Ragio H-Moll, Rondo D-Dur, Menuett B-Dur (letzteres von Reinecke bearbeitet) die echte Mozartsche Art. In seiner Gattin Frau Julia von Bose fand der Künstler bei der Sonate D-Dur für zwei Klaviere eine gute

Partnerin. Ihr Ton und ihre Technik sind sauber und angenehm. Sie spielte das erste Klavier. Herr Friz von Bose am zweiten Klavier hätte sich mehr zurückhalten (nicht zu stark spielen) und so zeigen sollen, daß er tonangebend ist. In diesem Falle kann man schon ruhig einmal seiner Frau das Wort überlassen. — Ein junger Pianist mit guter Technik und hübschem Ton sollte doch, dieser zwei Eigenschaften wegen, nicht gleich seine Herkuleskräfte zeigen! Herr Willy Hüfner verwechelte den Romantiker Schumann mit einem expressivsten Komponisten. In der großen Fis-Moll-Sonate op. 11 von Schumann gelang ihm nicht ein Satz, weder im Aufbau noch musikalisch. — Da ich ein Verehrer des Frauenrechts bin, so glaube ich auch an die Fähigkeit der Frau zum Komponieren. Mit optimistischen Gefühlen wanderte ich also zum Volksstämmchen-Lieder-Abend der Komponistin Lena Stein-Schneider. Aber welcher Reinsfall! Ich geriet in einen Fine-o'clock-See. Keine Spur von Volksstämmlichkeit enthielten diese Lieder, nur Salon- oder besseren Kabarettstil kann man in ihnen finden! Damit sich das Publikum nicht langweilen sollte, hatte die Komponistin verschiedene Kräfte gewonnen. Ein Operntenor (Herr Walter Grabe) war zum ersten dazu auserkoren worden — über seinen Gesang sei Schweigen. Zum zweiten kam eine Berliner Opernsängerin, die einen übermodernen Salonvortrag mitbrachte. Zum dritten für die Kinderlieder eine hochintelligente Dame aus Leipzig, der man raten möchte, sich nicht von derartigen Veranstaltungen verlocken zu lassen. Als Mitwirkende war eine Klavierpedal-Virtuosin, Fräulein Käthe Kajes, damit beschäftigt, den armen Franz Rikt ordentlich zuzurichten.

Konzerte. Lände Brägger, eine jugendliche ungarische Pianistin, die sich im Kaufhausaal hören ließ, verfügt wohl über ein raffines, impulsives Temperament, doch fehlen ihr noch die überragenden Qualitäten, die der Pianist braucht. Ihr Anschlag ist bei aller Geläufigkeit noch unausgeglichen, hart im Forte, kalt im Piano, ihre formale Gestaltung noch voller dynamischer Ubertreibungen und unstatthafter Freiheiten im Tempo. Bei strenger Selbstkritik und Streben nach Maß wird aus ihrem Spiel sterchlich noch etwas Hervorragendes werden. Es wäre aber schade, wenn eine solche Begabung im bloßen Virtuositentum endete, eine Gefahr, die jetzt vorliegt. — Ernestine Färber-Strasser, die noch nicht lange Mitglied unserer Oper ist, gab einen Liederabend im Kaufhaus. Sie ist zweifellos eine von den glücklichen und seltenen Opernsängerinnen, die es getrost wagen dürfen, das Konzertpodium zu betreten. Ihr musikalisch sehr feiner Vortrag zeigt nur vereinzelt ein wenig stark und unermittelt aufgesetzte Akzente, die ihm von der Bühne her anhängen. Die prächtige Wärme dieser vorzüglich gekulsten Stimme kommt sonst in Liedern fast noch schöner zur Geltung als in dramatischen Opernpartien. Ihr Klangreichtum in der Tiefe und ihre quellende Milde im ganzen Bereich boten eine erlesene Freude für das Ohr der Hörschicht. Die Klavierbegleitung von Julius Burkart blieb trotz seiner Anpassung ein wenig trocken, vielleicht ein bedauerliches Zurücktreten des Begleiters in den Hintergrund, das jedenfalls nicht hörte.

Papa Kleiner hat für diesen Monat ein Märchenpiel auf sein Programm gestellt. Der Geist des Kleinen, der sich in der leibhaftigen Person des Direktors Kleiner tritt auf der kleinen Bühne mit den winzig erscheinenden Marionetten zusammen auf. Die bekannte Volkslage von dem gelähmten Vater und seiner gutmütigen Frau ist dem Spiel zugrundegelegt. Rühmlich ist der ungeschlagene, gutmütige Gelle, der die Menschen alle für böse, nichtsichtige Geschöpfe hält, und der doch schließlich durch seine Roboter eines Besseren belehrt wird. Natürlich kann er auch zaubern. Ost nimmt er Menschengestalt an, um die Bewohner der Gegend auszufragen, was sie über ihn denken. Einmal läßt er Samen austreten, aus denen Rüben entstehen. Aber wunderbarerweise sangen die einen lustigen, tollten Tanz an, verwandelten sich in Musikanten und trommelten einen schneidigen Marsch. Geschickt paßt sich hier das Klavierpiel ein und unterstützt die kleinen Rübenmännchen.

Die Gefahr des Kinder-Puppentheaters überhaupt liegt darin, daß die Verfasser der Stücke zuwenig sich auf die Kinder, namentlich die 8-12jährigen, einstellen und allzu hohe Anforderungen an das kleine Gehirn richten. Dieser Vorwurf kann auch Papa Kleiner nicht erspart bleiben, obwohl wir anerkennen müssen, daß er sich immer bemüht hat, die Stoffe so einfach wie möglich darzustellen; jedenfalls kann jedem, jung wie alt, zum Besuche des Märchenpiels geraten werden.

Städtische Theater. Die Vorstellungen am Sonnabend, dem 5. November, Spiegelmann und Sonntag, den 6. November, Ab dafür finden außer Anrecht statt, so daß sämtliche Plätze zum freien Verkauf zur Verfügung stehen.

Kleines Theater. 1. Tanz-Ratinee am Sonntag, dem 6. November, vormittags 11 1/2 Uhr. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Robert Corweigs-Darmstadt. Für die Tanzdarbietungen wurden gewonnen: Frä. Hildegard Hofmann (Schule Metzger), Frä. Elfriede Becker (Schule Dalcroze), die Charaktertänzerin Hellen Dären und das moderne Tänzerpaar Kast und Wami. Ermäßigter Preis.

Eingelautene Schriften.

El-Correi: Die aus der Brautgasse. Verlag August Scherl, G. m. b. H., Berlin.

Der Prozeß Talaat Pascha. Stenographischer Prozeßbericht mit einem Vorwort von Armin T. Wegner und einem Anhang. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Gesellschaft, G. m. b. H., Berlin.

Adolf Köster: Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen? Verlag für Politik und Wirtschaft, G. m. b. H., Berlin W. 35.

Heinrich Dittler: Das deutsche Leid am Rhein. Ein Buch der Anlage gegen die Schandherrschaft des französischen Militarismus. Verlag Wilhelm Köhler, Minden i. Westf. W. 350 Mt.

Tätigkeitsbericht der wissenschaftlich-technischen Institutionen der Republik für das Jahr 1920. Herausgeg. von der Wissenschaftlich-technischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates der russischen sozialistischen föderativen Räterepublik, Abteilung Wissenschaft und Technik im Ausland, Berlin.

Otto Schembar: Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Entstehung, Arten, Aufgaben und Arbeitsweise, Stand und Ausbaumöglichkeiten. (Veröffentlichungen der tsch. Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Heft 10.) Verlag von Zahn & Jaensch, Dresden. Preis 25 Mt.

Th. Busam: Der Irrtum Einsteins. Der Begriff, Raum und Zeit Relativität. Der Irrtum. Der Ausweg. Verlag von Theodor Busam, Baden-Baden. Preis 4,20 Mt.

Harry Schmidt: Weltlicher Elektrizität, Materie, Paul Hartung, Verlag, Hamburg. Preis geh. 14 Mt., geb. 18 Mt.

Dr. Harry Schmidt: Zahl und Form. Leichtfahliche Einführung in die Mathematik. Verlag Paul Hartung, Hamburg. Preis geh. 15 Mt., geb. 20 Mt.



Gewerkschaftsbewegung.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Nach der im Jahre 1919 stattgefundenen jährlichen Aufmarschbewegung der freien Gewerkschaften ist die Mitgliederbewegung 1920 in ruhigeren Bahnen verlaufen. Das Jahr stand mehr im Zeichen der Beistimmung des gewonnenen Bestandes. Die Aufwärtsbewegung war jedoch mit Ende des Jahres 1919 noch nicht völlig zum Abschluß gekommen, sie erreichte erst am Schlusse des 1. Halbjahres 1920 ihren Höhepunkt, um dann einer geringen Abnahme zu weichen, die zu einem Scharungsstadium bis Ende des Jahres überleitete.

Es gehören dem ADGB 52 Zentralverbände an, von denen 40 an der Statistik beteiligt sind. Die Verbände der Textil-, Hotelangestellten und Köche sandten keinen Bericht ein. Ihr Ausfall macht der Statistik keinen Abbruch, da sie erst 1919 bzw. 1920 dem Bund beigetreten waren und zur Zeit auch nicht mehr angehören. Die Kritiken gingen zum Asa-Bund über, die Köche schlossen sich dem Verband der Gastwirtschaftlichen an, der sich jetzt als „Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Cafésangestellten“ bezeichnet, und der Verband der Hotelangestellten schied aus dem Bund aus.

Die im ADGB vereinigten Zentralverbände hatten zusammen 27271 Zweigvereine. Die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Vorjahres 7337477 betrug, stieg bis zum 2. Quartal 1920 auf die Höchstzahl von 8144861, sie ging dann bis zum 3. Quartal auf 8025785 zurück und schloß mit 8025032 Mitgliedern am Ende des Jahres ab. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 688205 Mitgliedern = 9,1 Proz. und 3409 Zweigvereine zu verzeichnen.

Im Jahresdurchschnitt zählte der ADGB im Jahre 1920: 7500102 Mitglieder, darunter 6179341 männliche und 1320761 weibliche. Gegen das Vorjahr trat eine Vermehrung des Bestandes um 241020 Mitglieder = 4,0 v. H. ein. Es stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 1303035 = 4,2 v. H. und die der weiblichen um 517904 = 4,4 v. H.

Von den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden steht nach der Mitgliederstärke der Metallarbeiterverband mit 1647916 Mitgliedern an erster Stelle. Ueber 100000 Mitglieder haben nach folgenden Verbänden: Landarbeiter 605005, Fabrikarbeiter 613800, Transportarbeiter 565040, Textilarbeiter 491480, Bauarbeiter 470749, Bergarbeiter 456320, Eisenbahner 428174, Salzarbeiter 370381, Angestellte 376400, Gemeindegewerkschaften 258271, Bekleidungsarbeiter 143500. Von den übrigen Verbänden hatten 12 über 50000 bis 100000 und 25 unter 50000 Mitglieder. Bei 9 Verbänden überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder.

Die starke Geldentwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze geführt. So erheblich aber auch die Summen sind, die uns die Statistik für 1920 vor Augen führt, so können sie doch nicht nach ihrem realen Wert als ein Ausgleich der Geldentwertung angesehen werden. Unzweifelhaft steht die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zur Zeit hinter der in der Vorperiode eingenommenen Höhe noch zurück. Es besteht aber wohl kein Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften den früheren Stand der Leistungsfähigkeit bald wieder erreichen werden.

Es hatten die Verbände im Jahre 1920 eine Gesamteinnahme von 747114430 M., der eine Ausgabe von 543514015 M. gegenübersteht. Die Einnahme hat sich gegenüber der im Jahre 1918 erreichten Höhe verdreifacht, jedoch ist auch die Mitgliederzahl um das Dreifache gestiegen. Es kamen von den Gesamteinnahmen im Durchschnitt auf jedes Mitglied 1918: 31,93 M., 1920 dagegen 94,69 M.

Die Gesamteinnahme des Jahres 1920 setzt sich aus folgenden Posten zusammen: Eintrittsgelder 2465676, Verbandsbeiträge 529632361, förmliche Beiträge 144511288, Extrabeiträge 29398804, Zinsen 4512798 und sonstige Einnahmen 30655509 M.

Vorauszahlungen wurden für Unterstützungen, 104090212, Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 108549907, Bildungsweide und Verbandsorgan 58435918, Agitation, Konferenzen, Zeitschriften, Sekretariate usw. 80140637 und für Verwaltung 182697941 M. Die Ausgabe für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betrug im Vorjahre 45300049 M. Die erhebliche Steigerung dieses Postens beweist die zunehmende Intensität der wirtschaftlichen Kämpfe; die Bestrebungen der Arbeiterklasse, Lohnverbesserungen zu erreichen, stoßen auf den zunehmenden Widerstand der Unternehmer. Auch die Ausgaben für Unterstützungen sind erheblich, und zwar um 60047419 M. gewachsen. Sie haben sich trotzdem immer noch in erträglichen Grenzen gehalten, was darauf zurückzuführen ist, daß der größte Teil der neuen Mitglieder, die im Laufe des Jahres 1919 den Verbänden zufließen, 1920 noch nicht im vollen Umfange die Unterstützungsleistungen erworben hatten. Je älter wieder der neuengewonnene Mitgliederbestand wird, um so mehr werden auch die Unterstützungsansprüche steigen, deren Höhe natürlich auch abhängig ist von der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Wirklichkeit über den Vermögensbestand der im ADGB vereinigten Verbände ist leider nicht vollständig. Er wird in der Zusammenstellung mit 288469522 M. ausgewiesen. Es fehlt in dieser Summe der Kassenbestand des großen Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 darüber keine Angaben macht. Auch der Verband der Landarbeiter hat seinen Vermögensbestand für 1920 nicht angegeben.

Verbandsorgane geben alle Verbände heraus, 17 außerdem noch Nebenorgane. Das Organ der Buchdrucker erscheint wöchentlich dreimal, 22 Zeitschriften werden wöchentlich und 11 wöchentlich herausgegeben. 5 Zeitungen erscheinen als Monatsorgane, davon eine dreimal, 3 zweimal und eine einmal im Monat. Die Gesamtauflage aller Organe betrug am Schlusse des Jahres 1920 91900.

Die „Freie Arbeiter-Union“ als vertragsstiftende Organisation abgeschlossen.

Die Freie Arbeiter-Union, Wirtschaftsbund Mitteldeutschland, war bisher von allen Lohn- und Tarifverhandlungen der Reichsgewerkschaftsgemeinschaft angehenden Organisationen ausgeschlossen. Bis in die neueste Zeit waren ihre Anhänger grundsätzliche Gegner aller Verhandlungen mit Kapitalisten, sie wollten vielmehr durch „klassenlose Kämpfe“ schneller und umfassender vorwärts kommen. Dieses Verfahren scheint aber, da es wenig eintrachte, auf die Dauer von den Anhängern der Union nicht verlassen zu werden, und so beschlossen draca Führer, sich mit der Arbeitergemeinschaft an einen Tisch zu setzen. Als dies nicht durchgehen war, beantragte die Union, beim Schlichtungsausschuß in Leipzig eine Entscheidung auf Zulassung zu allen Verhandlungen herbeizuführen.

Der Schlichtungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 2. November den Antrag auf Zulassung zu Tarifverhandlungen abgelehnt. Die Freie Arbeiter-Union bleibt also, wie bisher, von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Bemerkenswert ist, was in den neugegründeten Statuten der Union, die zur Verhandlung vorliegen, gesagt wird. So heißt es in § 3:

Zweck, Ziel und Aufgabe der Organisation. Die Organisation steht klassenlos auf dem Boden des Klassenkampfes und lehnt jede Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmertum ab.

Das hindert die Union freilich nicht, im selben § 3, Absatz 1 zu sagen:

Zu den Aufgaben der Organisation gehört der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter anderem auch durch den Abschluß möglichst günstiger Tarifverträge (Beteiligung an Lohnverhandlungen).

Also möglich ist künftig sollen die Tarife ausfallen; schließlich muß man freilich den Mitgliedern auch klar machen, daß man sich mit wenig bequemen muß.

Damit aber ja nicht etwa eine Einigung der Arbeiter erzielt wird, hat man sich in demselben § 3, Absatz 1, zur Aufgabe gemacht, die

Einleitung und Durchführung eines klassenlosen Kampfes gegen die Amtlerdamer gelbe Gewerkschafts-Organisation und des Internationalen Arbeitsamtes des ADGB.

Und Leute mit solch wirrer Gesinnung haben den Mut, Arbeiter zu vertreten und sie gegen die strafforganisierten Arbeitgeberverbände in den Kampf zu führen.

Bedauernwerte Arbeiter, die solchen klassenfeindlichen konterrevolutionären Gesinnungsführern folgen!

Lohnverhandlungen des Arbeitgeberverbandes Sächsischer Gemeinden.

Am 3. November haben in Dresden Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie dem Metallarbeiterverband andererseits über die mehr als 1. August erhöhten Tarifsätze stattgefunden. Nach längeren Verhandlungen ist folgendes vereinbart worden:

Vom 1. Oktober ab werden die Stundenlöhne der volljährigen Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Ortsklassen um vorläufig 1,30 Mark erhöht. Die Verhandlungen wegen endgültiger Festlegung der Tarifsätze sollen erst nach dem Bekanntwerden der wäsenden Reichsregierung und den Spitzengewerkschaften in Berlin vereinbarten Lohnsätze erfolgen, da bei dem enen Zusammenhang zwischen Reich, Staat und Gemeinde eine übereinstimmende Regelung geboten erscheint. Für die weiteren Verhandlungen ist der 10. November in Aussicht genommen.

Tarifsatz für den Leipziger Großhandel.

Am 3. November wurden die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Leipziger Großhandels e. V. zu Ende geführt. Außer nicht unbedeutenden Verbesserungen des Manteltarifs wurden auch neue Lohnsätze erzielt.

Die neuen Lohnsätze betragen:

Table with 3 columns: Lohnklasse (bis von 16-17, 17-19, 19-21, 21-24, über 24), männliche (110, 185, 225, 290, 330), für weibliche (70 Proz. der Lohnsätze für männliche) (62, 129, 157, 202, 221).

Kraftwagenführer erhalten auf die vorstehenden Sätze pro Woche einen Zuschlag von 25 Mark. Sämtliche verheiratete männliche Personen erhalten pro Woche eine Verheiratenzulage in Höhe von 35 Mark. Auf Antrag wird diese Verheiratenzulage auch denjenige-gewährt, die laut behördlicher Nachweisung die alleinigen Ernährer ihrer erwerbsfähigen Eltern oder Geschwister sind. Außerdem werden für jedes unterhaltspflichtige Kind bis zur Beendigung seiner Schulpflicht pro Woche 10 M. Zuschlag gezahlt.

Die neuen Lohnsätze treten mit der am 31. Oktober beginnenden Lohnwoche in Kraft. Wo die Auszahlung wegen technischer Schwierigkeiten in dieser Woche nicht mehr stattfinden kann, wird die Nachzahlung in der nächsten Woche mit erfolgen. Tarifverträge können ab 15. November gegen Vorzeigung des Verbandsbuches im Verbandsbureau, Gerberstraße 1, II, Zimmer 21, entgegengenommen werden.

Als Wochenlöhne im Eisenhandel gelten ebenfalls die oben angeführten Lohnsätze.

Für die Holzspätharbeiter sind seitens des Arbeitgeberverbandes folgende Stundenlöhne angeboten:

bis 19 Jahre 5,75 M., bis 21 Jahre 7 M., über 21 Jahre 7,80 M.

Da dieses Angebot den Forderungen nicht entspricht, so sind Verhandlungen beantragt. Wir hoffen bis zur nächsten Lohnzahlung auch für die Holzspätharbeiter die Löhne neu festlegen zu können.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Leipzig.

Zur Lohnbewegung der Fleischergehilfen.

Trotzdem die Fleischer-Zunft in ihrer letzten Versammlung beschlossen hatte, den Kampf mit dem Zentralverband der Fleischer bis aufs Messer zu führen, pfeifen doch immer mehr Fleischermeister auf die Beschlüsse der Zunft. Die Solidarität der Arbeiterklasse ist stärker als der reaktionäre Wille der Zunft. Zunftführer haben es eine Anzahl Fleischermeister mit einer Denunziation bei der Polizei versucht, um die Polizeibeamten gegen unsere Flugblattverteiler einzusetzen. Aber die Polizisten wissen eben auch, daß wir einen 9. November 1918 hatten, der zum Mindesten der Arbeiterklasse ein freies Koalitionsrecht gegeben hat. Mit der Denunziation sind also die Fleischermeister abgefallen und die Bewilligungen nehmen zu. Wenn die Arbeiterklasse uns weiter unterstützt, wird der Kampf bald beendet werden.

Bisher haben den Schiedspruch durch Unterschrift anerkannt: Rich. Nöding-Lindenu, Albertstr. 10; Max Schmehl, Albertstr. 10; Ernst Richter, Al. Kronstr. 10; Ernst Müller, Al. Kronstr. 10; Erich Nauß, Al. Kronstr. 10; Alfred Beyl, Al. Kronstr. 10; Kurt Langendor, Al. Kronstr. 10; Hermann-L. Al. Kronstr. 10; Emil Schumann-L. Al. Kronstr. 10; Albert Nürnberger-L. Al. Kronstr. 10; Stöcker, Al. Kronstr. 10; Johann Götz-Sch., Al. Kronstr. 10; Dimpfelstr. 10; E. Schatz, Al. Kronstr. 10; E. Lehner-L. Al. Kronstr. 10; E. Schreiner-L. Al. Kronstr. 10; E. Köster-L. Al. Kronstr. 10.

Es haben aber mehrere Meister bewilligt; diese führten aber den Terror der Zunft und haben auf Veröffentlichung verzichtet. Arbeiterfrauen! Unterstützt die Fleischergehilfen weiter! Zentralverband der Fleischer, Leipzig.

Bei der Firma Zink, Kupferröhrenfabrik, in Böhlich-Chrenberg.

Ist heute morgen die Besetzung in den Streik getreten wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages. Wir erjuchen die Arbeiterklasse, dies zu beachten. Der Betrieb ist gesperrt. Zentralverband der Bäcker und Konditoren Leipzig.

Wie mit tranen Arbeitern umgegangen wird.

Der bei der Firma Christian Mansfeld beschäftigte Arbeiter M. wurde freilich entlassen, weil er sich krank melden und der Arbeit fernbleiben mußte. Der Meister Dinger, der für die Entlassung verantwortlich ist, begründete dies damit, daß M. nur „marliere“. Dabei legt M. ein Zeugnis des praktischen Arztes Dr. med. Kühner vor, in dem bescheinigt wird, daß M. einen schweren Krampf im Genick habe, der ihm das Arbeiten verbiete. Derartige Entlassungen werden nicht selten vorkommen. Dem Meister Dinger möchte bekannt sein, daß Entlassungen wegen Krankheit unzulässig sind. Wenn der Herr nur ein wenig soziales Verständnis hätte, würde er anders handeln. Wahr-

scheinlich hat Dinger aber ein sehr hartes persönliches Interesse an der Entlassung des M. Der Firma ist dringend zu raten, sich einmal mit der Entlassung des M. zu kümmern und ihre Rechte nicht willkürlich handeln zu lassen.

Neue Verhandlungen im Berliner Gastwirtschaftlichen.

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Berliner Gastwirtschaftlichen verhandelt. Es wurde vereinbart, den Streit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Schiedsgericht soll heute nachmittags in einer neuerlichen Zusammenkunft der beiden Parteien eingeleitet werden. Aus dem bisherigen Stande der Verhandlungen entnehmen die Blätter die Hoffnung, daß der seit sechs Wochen bestehende Streit in Kürze sein Ende erreichen wird.

Zur Lohnbewegung in der Schuhindustrie.

Zwischen drei Organisationen der Fabrikarbeiter und den Arbeitnehmergebänden der Schuhindustrie fanden am 3. November der Schuhfabrikantenzentrale zufolge Verhandlungen statt, die zur Zustimmung der von den Arbeitnehmern ausgehenden Kündigung des Tarifvertrages führten, nachdem sowohl für die Fabrik- als auch für die Heimarbeiter erhebliche Lohnsteigerungen zugesichert worden waren.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Die freien in der Gewerkschaftskommission zusammengefaßten Verbände zählten am Ende des Berichtsjahres 600828 Mitglieder. Inzwischen haben die öffentlichen Angestellten, die Ende 1920 136038 Mitglieder zählten, ihren Mitgliederbestand verdoppelt, so daß es in Österreich heute über eine Million freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellten gibt. Fast die Hälfte dieser Gewerkschaftsmitglieder befindet sich in Wien. Auch die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist außerordentlich gestiegen. Im Jahre 1913 zählten die österreichischen Gewerkschaften 12979 und im Jahre 1920 215175 weibliche Mitglieder. Das ist eine Steigerung von 400,1 Prozent, während in derselben Zeit die Zahl der männlichen Mitglieder von 372216 auf 655645, also um 48,23 Prozent, gestiegen ist.

Ganz bedeutend vermehrt haben sich im letzten Jahre die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften. 1919 wurden eingenommen 29241457,49 Kr. Die Ausgaben beliefen sich auf 20702713,17 Kr. Im Jahre 1920 erhöhten sich diese Summen auf 86718584,56 bzw. 60791241,08 Kr. Die Zentralverbände geben insgesamt 49 deutsche Fachblätter mit einer Auflage von 927350 Exemplaren heraus.

Arbeitslosen-Fürsorge in der Tschechoslowakei.

Das Parlament der Tschechoslowakei hat einer Änderung der Erwerbslosen-Fürsorge zugestimmt. Durch das soeben verabschiedete Gesetz vom 12. August 1921 werden alle bisherigen Bestimmungen der Arbeitslosen-Fürsorge beseitigt und ein einheitliches Unterstützungswesen geschaffen. Nach diesem Gesetz haben alle Angehörigen der Republik, welche der staatlichen Krankenversicherung unterliegen, unter bestimmter Voraussetzung Anspruch auf Unterstützung auch im Falle der Arbeitslosigkeit; Angehörige anderer Länder jedoch nur, wenn ihr Heimatstaat den tschechischen Staatsangehörigen einen gleichen Anspruch zubilligt.

Von der Unterstützung sind ausgeschlossen Strolche und Aussperrte, durch eigene Schuld Entlassene oder ohne wichtigen Grund Aussgetretene; Personen, welche infolge ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung einer regelmäßigen Beschäftigung nicht nachgehen können; Personen, welche Krankenunterstützung beziehen oder deren Einnahmen oder eigenes Vermögen ihren Unterhalt auch während der Arbeitslosigkeit gewährleisten; Personen, die sich außerhalb des Hauses befinden, wie auch die Saisonarbeiter, soweit den letzteren nicht durch besondere Verordnung der Regierung eine Unterstützung zugestimmt wird.

Der Anspruch auf Unterstützung erlischt erstens, wenn der Betreffende während sechs aufeinanderfolgender Monate Unterstützung bezogen hat (etwaige Unterbrechungen von weniger als vier Wochen werden nicht als Unterbrechung angesehen); für gewisse industrielle Zweige oder Bezirke kann die Bezugsdauer bis auf ein Jahr verlängert werden; zweitens, wenn der Arbeitslose ohne wichtigen Grund keine Meldung in öffentlichen Arbeitsnachweis unterläßt; drittens, wenn er die ihm dort angebotene Beschäftigung ohne wichtigen Grund ablehnt; viertens, wenn er eine Arbeit ablehnt, für welche die Bezahlung ebenso hoch ist wie die ihm zustehende Unterstützung; fünftens, wenn er ohne wichtigen Grund diese Arbeit aufgibt, nachlässig ausführt oder durch eigene Schuld entlassen wird.

Die tägliche Unterstützung beträgt 8 Kronen in Orten bis zu 7000 Einwohnern, sonst 10 Kronen. Sie erhöht sich täglich um 2 Kronen für die Frau und 1 Krone für jedes Kind unter 14 Jahren. Der Gesamtbetrag der Unterstützungen darf täglich 16 Kronen in den Orten unter 7000 Einwohnern und 18 Kronen in anderen Orten nicht übersteigen.

Das Gesetz gibt den Zentralbehörden auch das Recht, den Gemeinden und Bezirksverwaltungen die Ausführung öffentlicher Arbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen vorzuschreiben. Für diese Arbeiten kann ein Zuschuß bis zu 9 Kronen pro Tag und beschäftigter Arbeitsloser bewilligt werden.

Gewerkschaftliche Verschmelzungsbestrebungen in Schweden.

Schon 1900 setzte der schwedische Gewerkschaftskongress eine Kommission zur Untersuchung der besten Organisationsform ein. Diese Kommission, deren ausführlicher Bericht vom Gewerkschaftskongress 1912 aufgegeben wurde, empfahl die Schaffung von Industrieverbänden, ohne daß diese Anregung bisher viel Erfolg gezeitigt hätte.

Nur in der Lebensmittelindustrie dürfte jetzt der Industrieverband bald zur Wirklichkeit werden. Einem von den Vertretern der Verbände der Bäcker, Schlächter und Müller ausgehenden Verschmelzungsentwurf stimmte der Verbandstag der Bäcker zu, während die Abstimmung der Schlächter eine Mehrheit dafür ergeben dürfte und die Müller in der Abstimmung beschloßen, einen Verbandstag zur Erledigung der Frage einzuberufen. Auch der Vorstand des Verbandes der Hotel- und Restaurant-Angestellten ist für die Verschmelzung, doch erklärten die Brauer, daß sie an der Frage nicht direkt interessiert seien, zumal sie jetzt der Internationale der Lebensmittelarbeiter angehören.

Die Verbände der Seelente und Maschinenisten stehen ebenfalls in Unterhandlungen zwecks Verschmelzung. Der Verband der Seelente beschloß durch Abstimmung, den Vorstand zu ermächtigen, mit dem Verband der Maschinenisten und Heizer Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten. Einige Ortsgruppen des letzteren Verbandes haben schon eine ähnliche Entscheidung getroffen.

Aus der Umgebung.

Bortih. Eine sehr gut besuchte Einwohnerversammlung nahm am 27. Oktober Stellung zu dem Treiben der hiesigen Bürgerlichen gegen die sozialistische Gemeindevverwaltung. Ein von unsrer Partei ausgegebener Einladungszettel mit der Aufschrift: Die Mitwirkenden des Gemeinderates und der Riva der Gemeinde hatte neben der denkenden Arbeiterklasse auch alle übrigen Einwohner, ja selbst die Dreckseute auf die Beine gebracht. Nach einem Bericht unsrer Genossen, der mit Zustimmung und Beifall aufgenommen wurde, nahmen auch zwei „Erläuterte“ das Wort als Sprachrohr der Grobpartier und „Parteilosen“. Beide beschäftigten noch den letzten Rest ihres Vertrauens beim anständigen

Teil des W. ... So haben sie unter andern die Dreifaltigkeit zu behaupten, für Bauhofflieferungen an die Baugenossenschaft habe die Gemeindevorwaltung mit dem Gemeindevorstandem gutgeheißen. In Wirklichkeit waren den Lieferanten die Erfüllung ihrer Forderungen aus den Baukostenzuschüssen zugesagt worden, aber aus dem Gemeindevorstandem. Noch mehr schändliche Vorkälle hatten sich bei beiden Sprachhören aufbinden lassen und brachten sie nun aus Dankbarkeit für reichliche Kartoffelbelieferung mit gekünstelter Überzeugung zum Vortrag. Unsere Genossen war es ein Leichtes, diesen Wahlschwundel aufzuklären. Die blamierten Orpelsleute, die den beiden Sprachhören einige Züllingsproben verabreicht hatten — kurz vor der Versammlung sollen beide nochmals eine starke Spritze erhalten haben — versetzen zähneknirschend den Saal und fanden nicht den Mut, sich zum Worte zu melden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Gemeindevorversammlung verurteilt es auf das entschiedenste, daß sich ehemalige Vertreter der Arbeiterschaft bereitgefunden haben, Handlangerdienste für großagrarische Orpelsleute zu leisten. Alle Anwürfe und Verdächtigungen haben sich als Verleumdungen und gemeine Unwahrheiten herausgestellt, welche den Zweck verfolgen, die sozialistische Mehrheit des Gemeindevorstandes mit Schmutz zu bewerfen, um auf diese plumpe Weise Stimmung für die Wahl Bürgerlicher zu machen. Die Einwohnerschaft spricht der Gemeindevorverwaltung ihr volles Vertrauen aus und wird alle Kräfte dafür einsetzen, daß Orpelsleute und deren Handlanger nichts im Gemeinderat zu suchen haben.“

**Tauscha.** Aus der letzten Gemeinderatsitzung ist zu berichten, daß die Lehrer Wolf-Tauscha und Schiller-Dewitz zu ständigen Lehrern gewählt worden sind. Unsere Partei konnte sich mit der Anstellung des Lehrers Wolf nicht einverstanden erklären, da nach der bisherigen Tätigkeit in Tauscha er unser Vertrauen nicht hat. Da die Kreishauptmannschaft die Vorlagen über die Gewerbe-, Wohnungsluxus- und Jagdpachtsteuer abgelehnt hat, wird die Gewerbesteuer nunmehr wie folgt abgeändert: Bei einem Reineinkommen von 20 000 bis 25 000 M. 1 Prozent, 25 000 bis 40 000 M. 2 Prozent, 40 000 bis 60 000 M. 3 Prozent, 60 000 bis 70 000 M. 4 Prozent, 70 000 bis 80 000 M. 5 Prozent, über 80 000 M. 6 Prozent. Die Wohnungsluxussteuer soll nunmehr nach den Richtlinien der Regierung eingereicht werden. Wegen der Jagdpachtsteuer soll nochmals mit dem Bezirk Rücksprache genommen werden. Interessant war die Haltung der Kommunisten zu den Steuerentwürfen. Die Gewerbesteuer lehnten sie grundsätzlich ab, denn die Steuern würden ja doch nur auf die Verbraucher wieder abgewälzt, während sie für die Wohnungsluxussteuer eintraten. Genosse Franke hielt den Kommunisten ihre Inkonsequenz vor Augen, in der letzten Sitzung traten sie für die Gewerbesteuer ein und in der nächsten Sitzung lehnten sie die Steuer grundsätzlich ab. Bei der Stadtverordnetenwahl wird die Stadt in drei Wahlbezirke eingeteilt: Restaurant Güte Quelle, Goldener Löwe und Reichsfänger. Die Wählerlisten sollen von vormittags 8 Uhr bis abends 9 Uhr in der Polizeiwache ausliegen. Angenommen wurde ein Antrag zur Disziplinardisziplin, betreffend Befreiung vom Fortbildungszulassung in Tauscha bei Besuch der Leipziger Fortbildungsschulen und der Sonntagsgewerbeschule der Polytechnischen Gesellschaft. Auch bei dieser Gelegenheit traten die Kommunisten für den Besuch der Sonntagsschule ein. Statt den jungen Leuten den Sonntag zu gönnen, will man sie Sonntags in die Schule schicken, was natürlich auch der Demokrat Nothher unterstützte. Eine rege Debatte entspann sich über die Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr zu den Ausschüssenwahlen der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Anlässlich einer Zusammenkunft der Freiwilligen Feuerwehr hat man Stellung zur Ortskrankenkassenwahl genommen und auch eine Liste aus den Kreisen der Feuerwehr aufgestellt; natürlich war kein organisierter Arbeiter darunter. Genosse Franke beantragte deshalb, der Feuerwehr in Zukunft die Mittel zu verweigern.

**Nauhof.** Daß das Bürgerium im Absterben begriffen ist, beweist eine Lokalanzeige in der Sonntagsausgabe der N. N., welche die aufgestellte „Einheitsliste“ der bürgerlichen Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl bringt. Die langjährigen Bemühungen des Spitzenkandidaten, des deutschnationalen Strippengiebers, werden damit in das rechte Licht gerückt. Das Ergebnis sieht recht zusammengefaßt aus, und besonders stolz kann der Vorliegende Schimpf auf sein Werk nicht sein. Diese oberdeutschen einseitigen Interessensvertreter und monarchisch gesinnten Beamten sind wenig geeignet, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Der organisierten Arbeiterschaft kann es nur recht sein, um so mehr Anhang wird ihre aufgestellte Liste bei der werktätigen Bevölkerung, bis weit in die bürgerlichen Kreise, finden.

Eine weitere Notiz in denselben Blatte bringt zur Kenntnis, daß auf einmal auch die Beamten ihr Herz sozialistisch schlagen fühlen und das Bedürfnis zum Anschluß an eine Organisation haben. Anstatt sich nun aber dem seit langen Jahren bestehenden, starken und bewährten Ortsverein der USV. anzuschließen, läßt es jedenfalls deren mangelndes Verständnis nicht zu, mit den organisierten Klassenbewußten Arbeitern der „bösen“ USV. gemeinsame Sache zu machen. Man hatte sich vielmehr im geheimen einen Rechtssozialisten von Leipzig verschrieben, um sich von diesem die nötigen politischen Kenntnisse eintrichtern zu lassen, deren Ergebnis zur Gründung einer Ortsgruppe führte. Nun könnte man ob dieses Ergebnisses ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht feststände, daß dabei bisherige „Arbeitervertreter“ ihr schändliches Handwerk betrieben haben. Einer dieser ehrenwerten Herren ist der während des Krieges von Leipzig-Plagwitz nach hier übergesiedelte und auch dort bestens bekannte „alle ehrliebe Geschäftssozialist“ Algenrandfabrikant Ernst Krübler. Bei Ausbruch der Revolution verstand es derselbe, sich mit an die Spitze des Ortsvereins der USV. zu stellen, und er wurde mit in den Stadtgemeinderat gewählt. Dem aufmerksamen Parteigenossen war dessen Schwandane, Kleinbürgerliche Politik schon lange bekannt. Wenn er es dennoch verstand, für sich Sympathien zu erwerben, so auf Grund seiner unehrlichen Handlungsweise. Eine ganz erbärmliche Rolle spielte er in der letzten Mitgliederversammlung, wo er unter dem Einfluß des Alkohols sich die nötige Courage beschafft hatte und nun ein Bekenntnis seiner schönen Seele ablegte. Man war anständig genug, selbst in Berücksichtigung seines Zustandes, ihm dieses als ehrliebe Handlungsweise anzuerkennen, indem man annahm, daß er sich vom politischen Leben zurückziehen würde. Statt dessen aber präsentiert sich derselbe als Vorsitzender der neugegründeten Ortsgruppe der Rechtssozialisten. Diese Handlungsweise spricht für sich und kann nicht tief genug gehängt werden.

Parteiengenossen und Genossinnen! Beweist durch intensive Mitarbeit, daß euch derartige Schiebermanipulationen nicht entnütigen können. Benutzt die Zeit, sorgt für rege Agitation in den Betrieben und in Bekanntenkreisen zur Stärkung der Organisation der USV. Helft mit zum Siege bei der kommenden Stadtverordnetenwahl!

**Banitzsch.** Wählerlisten einsehen! Vom 5. bis 13. November liegen im Gemeindevorstand die Wählerlisten aus. In beiden Sonntagen von 10 bis 12 Uhr. Es ist Pflicht der Arbeiter und Arbeiterinnen, sich zu überzeugen ob sie in der Wählerliste eingetragen sind oder nicht. In letzterem Falle ist der betreffende Beamte darauf aufmerksam zu machen, damit er die Eintragung sofort nachholt. Wählen können alle Personen beiderlei Geschlechts, welche am Wahltag (27. November) 20 Jahre alt sind. Wer es vorzieht, sich zu überzeugen, ob er in der Wählerliste eingetragen ist, muß gewärtig sein, daß er seines Wahlrechtes verlustig geht. Eine Nachtragung nach Ablauf des 13. Novembers findet nicht statt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß es Pflicht einer jeden Person ist, sich kein Wahlrecht zu sichern, da es auf jede einzelne Stimme ankommt. Seid also nicht so gleichgültig wie sonst und seht eure Schatzkammer einmal ab. Das gilt natürlich auch für die Wahl am 27. November.

**Seehausen.** Die Gemeinderatswahl findet in unserem Orte Sonntag, den 13. November, statt. Die Bauern sind eifrig am

Werte, eine ihren Interessen günstige Wahl zustandzubringen. Sie verabschieden es nicht, zu diesem Zwecke mit der Arbeiterschaft zu verhandeln. In der einen Hand das Zunderholz, in der andern die Peitsche. Durch kleine wirtschaftliche Portelle, wie Abgabe von Körnern und Kartoffeln, verstehen es die Herrschaften in angeborener Bauernschlauheit, die mit der wirtschaftlichen Not kämpfenden Arbeiter und ihre Frauen sich gefällig zu machen. Harmlose merken es gar nicht, wie sie eingeklistert werden. Auf diese Weise ist es unser schlimmsten Gegnern sogar gelungen, eine ganze Anzahl Arbeiter in den deutschnationalen Verein hinüberzuziehen. Aber auch im Schreiberverein wird es ausgezeichnet verstanden, die Arbeiter von Politik fernzuhalten und sie so zu Paaren zu treiben. Am besten haben die Seehausener Bauern und ihre Trabanten die Unabhängige sozialdemokratische Partei, weil sie ihre zellulare Politik fürchten. Ihnen graut vor dem Zeitpunkt, wo auch die Seehausener Arbeiterschaft einig wird und sich in der Unabhängigen Partei zusammenfindet. Das beweisen am besten die Schmähsungen, die ein einflussreicher Landwirt gegen die verhasste USV.-Mehrheit des Wiederrißcher Gemeinderats sich erdreistet auszustreuen. Arbeiter und Arbeiterinnen von Seehausen! Die deutschnationalen Volksausbeuter arbeiten mit allen unauteren Mitteln. Indem sie den Wählern auf ihrer Liste auch einige Arbeiter präsentieren, gehen sie auf den politischen Gimpelzug. Laßt euch damit nicht einfangen. Laßt euch auch nicht einfangen durch die parteilose Liste. Hier sind Leute mit aufgestellt, die die Arbeiterinteressen verraten haben. Bei der vorigen Wahl durch die Unabhängigen Partei auf den Schild erhoben, sind sie nach der Wahl mit den Bauern durch dick und dünn gegangen. Diese Kuharbeiter haben es nie für nötig befunden, sich sogar gefürchtet, ihren Wählern über ihre Tätigkeit im Gemeinderat Bericht zu erstatten und Rechenschaft zu geben. Arbeiter und Arbeiterinnen! Wenn ihr euch schlißen wollt vor Enttäuschungen, dann wählt die Liste der Unabhängigen Partei. Diese allein gibt euch die Gewähr, daß im künftigen Gemeinderat proletarische Politik getrieben wird. — Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, findet in Kuchels Restaurant eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Bruchardt-Wiederrißch die Stellung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zur Gemeindevorwahl darlegen wird. Es wird erwartet, daß die Arbeiterschaft von Seehausen zahlreich erscheint und so kundtut, daß sie geschlossen hinter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei steht.

**Viebertswitz.** Elternabend Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr, im Schiffsaale. Vortrag: Berufsberatung von Herrn Kroneberg-Geisig. Nachdem Aussprache. Alle Eltern werden eingeladen, zu erscheinen. Der Elternrat.

**Veuscha.** Am 7. November, abends 1/2 8 Uhr, findet in der Schulküche ein Elternabend statt. Herr Lehrer Vogel-Geisig spricht über die Arbeitsschule. — Ferner weisen wir auf den Hans-Sachs-Abend hin, der am 15. November, abends 7 Uhr, im Schwarzen Jäger abgehalten wird. Es kann nur dringend zum Besuch der Veranstaltung geraten werden. Jeder sollte sich an den derben Späßen des Altmeisters erfreuen.



## Die Wahlen kosten viel Geld!

### Sammelt Wahlpulver!



**hr. Dehsh-Marktleberg.** Aus dem Gemeinderat. Der Bau einer Ufermauer aus Zement im Familienbad muß aufgegeben werden wegen der hohen Zementpreise. Die Vergößerung der Wasserfläche soll im Frühjahr noch einmal zur Sprache kommen. Eine größere Ausparade verzurichte die Obstbaumanlage an der Roberter Straße. Kein Wunder! Handelte es sich doch um die Frage der eigenen Bewirtschaftung. Die beiden sozialistischen Parteien beantragten die eigene Bewirtschaftung und drückten sie durch. Mit diesem Beschluß wird verhütet, daß man eine große eingezäunte Landfläche mit tausend, wenn auch noch jungen Obstbäumen einem Privatunternehmer auf 10 bis 15 Jahre zur Ausbeutung überläßt. Wir sind überzeugt, daß die Gemeinde gut dabei fährt, wenn die Arbeit von Fachmännern besorgt wird. Die Bürgerlichen versuchten durch alle möglichen und unmöglichen Einwürfe Stimmung gegen die Regiarbeit zu erzielen. Ein besonders schlaues leistete sich die Prophezeiung, daß ein Kohlrabibrot in eigener Regie auf 20 Mark kommen würde. Die Arbeiterschaft muß auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß keine Sabotage getrieben wird, dann werden auch die Gemeinde-Kohlrabibrot zu erschwinglichen Preisen abgegeben werden können.

**Wiederrißch.** Öffentliche Gemeinderatsitzung. Die weiteren Mitprüfungen haben keine Fällungen ergeben. — Dem 12. Nachtrag zur Gemeindevorwahlordnung, Luftbarkeitssteuer betreffend, wird zugestimmt, desgleichen dem Nachtrag zum Wertzuwachssteuergesetz. — Für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen wird beschlossen, blaue und weiße Briefumschläge zu verwenden, um eine Statistik der Beteiligung für männliche und weibliche Wähler zu erheben. Die Wahlen finden statt am Sonntag, den 27. November, vormittags von 10 bis nachmittags 7 Uhr. 1. Wahlbezirk: Neuer Galtshof, Bornestel; 2. Wahlbezirk: Krells Restaurant. Die Wählerlisten liegen aus auf dem Gemeindevorstand vom 6. bis mit 13. November, wochentags in den Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Die Wahlvorschläge müssen mindestens 12 Namen enthalten und mit 15 Unterschriften unterzeichnet sein; Listenverbindung ist zu beantragen. — Bezüglich des Sportplatzes auf dem Baugelände des Architekten L. Stenzer sollen Verhandlungen mit Sachverständigen angahnt werden. — Dem Kleintierzüchterverein Wiederrißch werden hundert Mark als Ehrenpreis zur Ausstellung bewilligt. — Auf Antrag des Finanzausschusses wird die Gemeindefinanzrechnung für 1919/20 richtiggestellt. — Die Umgehungsgebühren für die Bezirkshauptmannschaft werden aufgehoben. — Die Kartoffelverordnung in der Gemeinde hat den Gemeinderat schon wiederholt beschließt, ohne daß es möglich gewesen wäre, den Bedarf zu angemessenen Preisen sicherzustellen. Während in früheren Jahren von hiesigen Landwirten ca. 1000 Zentner Kartoffeln unter dem Patronat der Verhältnisse geliefert wurden, konnte in diesem Jahre die Gemeinde noch nicht einmal hundert Zentner erhalten, obwohl bedeutend mehr Ackerland mit Kartoffeln bebaut wurde. Unter offener Luft in den Gärten haben die Grochbauern es verstanden, mehrheitlich zu Mischkulturen, dies wichtigste Rohnahrungsmittel für die ärmere Bevölkerung nach außerhalb zu verfrachten. Herr Gemeindevorstand März machte unsern Genossen Krone den Vorwurf, nicht vorzüglich genau beim Einkauf der Kartoffeln gewesen zu sein. Die Einwohner hätten zur Hälfte unannehmbare Kartoffeln erhalten, das erkläre die hereditäre Aufregung bei der letzten Kartoffelaussgabe. Die Aufführung erlaub aber, daß nicht unter Genosse die Schuld daran traut. Es wurde festgestellt, daß gerade Herr Gutsbehalter Krüßche (Wiederrißch) die allerbesten Kartoffeln geliefert hat. Im Frühen seien die Wählerversteherart geblieben, daß bald unter 100 M. pro Zentner Kartoffeln überhaupt nicht mehr zu haben seien. Einem Antrag des Sekretärs Krone, 5000 M. aus Gemeindevorstand zu bewilligen zum billigeren Verkauf von Kartoffeln, wurde dann einstimmig zugestimmt. — Wegen die Thüringer Gasanstalt in Mähren wird wiederholt Beschwerde erhoben wegen der schlechten Gaslieferung, ebenso wird das rigorose Vorgehen der Gesellschaft gegen die

ärmere Bevölkerung (Automatenabnehmer) bei eventueller Zahlungsunfähigkeit verurteilt. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

**d. Veuscha.** Aus dem Gemeinderat. Die Erhöhung des Ruhegehalts für die Hebammen a. D. Koch wird, nachdem sich die Mehrzahl der zum Hebammenbezirk gehörenden Gemeinden dagegen ausgesprochen hat, von Veuscha ebenfalls abgelehnt. In der Wohnungsversorgung ist es der Gemeinde unmöglich, alle Wünsche befriedigen zu können. Gegen die Beschlagnahme der Wohnungen im Wäpelschen Grundstück hat Herr L. Beschwerde eingereicht. Die Entscheidung liegt nun beim Kleinteilungsamt Grimma. — Zur Freigabe des vom Finanzministerium gesperrten Geländes im Bebauungsplan sollen die nötigen Schritte unternommen werden. Nach dem Bericht des Gemeindevorstandes ist durch eine Vereinbarung zwischen Verbrauchern und Erzeugern die Kartoffelversorgung im Bezirk sichergestellt. Nach den bisherigen Erfahrungen müssen wir sehr stark daran zweifeln, ob die Erzeuger ihr gegebenes Versprechen halten. Wegen der Neuregelung, die durch die Auflösung der Schulgemeinden notwendig wird, ist mit den betreffenden Gemeinden eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten. Das vor längerer Zeit aufgestellte Ortsgesetz zur Regelung der Gehälter der Gemeindebeamten und Angestellten ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Die festgelegten Bestimmungen weisen große Abweichungen auf, die nach der Besetzungsordnung nicht zulässig sind. Bei der derzeitigen Bezahlung hatte man wohl ausschließlich Persönlichkeiten behandelt, denn nach dem Wortlaut des nun nicht genehmigten Ortsgesetzes muß man das ohne weiteres annehmen. Dem ist nun abgeholfen und die Zahlung der Gehälter erfolgt nur noch nach der Besetzungsordnung für Sachsen. — Es ist immer wieder vorzuziehen, daß die Pächter von Parzellen diese ohne Wissen des Verpächters an dritte weiterverpachten, obwohl es laut Pachtvertrag unzulässig ist. Die Pächter tun besser, wenn sie ihre Parzelle nicht mehr benutzen wollen, diese der Gemeinde zur weiteren Vergebung zurückzugeben. Durch Nichterhaltung des Pachtvertrags entstehende Nachteile für die Pächter bleiben in Zukunft unberücksichtigt. — Die Gemeinderatswahl findet am 20. November d. J. statt. Als Wahllokal ist der Gasthof Reichstrone bestimmt. Die Wahlhandlung beginnt vormittags 10 Uhr und endet um 6 Uhr abends. Für jeden eingereichten gültigen Wahlvorschlag werden durch die Gemeinde 1000 Stimmzettel geliefert. Einmalige Mehrbedarfe der verschiedenen Gruppen kann durch die Gemeinde bezogen werden. Ein Antrag des Genossen Krone, bei der Wahl für Männer und Frauen verschiedene Umkleekabinen zu verwenden, wurde gegen die Stimmen unser Genossen abgelehnt. Die Bürgerlichen hatten nicht das geringste Verständnis hierfür. — Der Snorttsch scheint sich zu einem Tummelplatz für Kleinwüch und Gefällig herauszuwachsen. Daß von den betreffenden Einwohnern zu wenig Rücksicht genommen wird, veranlaßt den Gemeinderat, hancenen Stellung zu nehmen. Sollten die Hochstände durch eine Mahnung an solche Viehhalter nicht beiseite geräumt werden, werden strenge Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müssen. Wir wollen hoffen, daß es nicht soweit kommen muß. — Die Wählerlichen verlangen von unsern Genossen, daß sie ihren Wahlvorschlag zur Gemeindevorwahl zurückziehen. Welch ein lächerlicher Einfall. Im übrigen gab Herr Krone eine recht interessante Erklärung zu dem Verhalten dieser Wählerlichen. Die Bürgerlichen durch ihre Haltung erreicht, daß die Wahl schon um geraume Zeit zurückgestellt eventuell ganz überflüssig wird, da die Wählerlichen durch ihre Haltung auch das Interesse immer mehr schwindet. Wenn die Bürgerlichen im allgemeinen nicht großes Verständnis und Energie in der Gemeindevorwahl aufzubringen vermögen, so hatten sie jedenfalls das Bedürfnis ihre „Anwesenheit“ im Gemeindevorstand einmal zu demonstrieren, und das bei einer Gelegenheit, die weniger Anstrengung des Gehirns erforderte. Märe der 20. November d. J. durch die Nachankunft und rege Tätigkeit der Parteigenossen dafür sorgen, daß die Räume unserer „Mischgemeindevorwahl“ nicht in den Himmel wachsen. Götth können die einzig richtige Antwort auf die „innuitische Wahl von Arbeitervertretern. Auf, an die Arbeit!

## Quittung Nr. 14.

Für das hungernde Ausland wurden im Sekretariat der USV. abgeliefert: Männerchor Harmonie, L.-Kleinlochher, Extratour 52.70, Gartenverein L.-West, Kunststad 440.—, Extratour der Fußballabteilung Schöna 58.10, Frik Meyer 30.—, Ungenannt 10.—, B. D. 50.—, Männerchor Marktleberg, Herbstkonzert 56.—, Extratour Harmonikklub Leipzig-Neustadt beim 27. Stützungsfest 35.—, Wählerversammlung Dehsh 50.—, Beim Bergnügen der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler Kleinlochher 40.— M. C. r. u. s.

## Briefkasten der Redaktion.

Sichtpost. 1. Ja. 2. Ja. 3. Können wir nur abdrucken, wenn uns der Name des Einlers bekannt ist.

B. R. 14. Grundsätzlich ist der 1. Oktober des vergangenen Jahres für das laufende Steuerjahr 1921, aber der 1. April 1921 für den Familienstand maßgebend. Verändern sich die Familienangehörigen während des Steuerjahres, hat man für die Steuerermäßigung für das ganze Jahr. Berechnen sich die Familienangehörigen um mindestens zwei oder mehr, so erhält man für diese nur Steuerermäßigung vom 1. April an, wenn dies bis zum 31. März beim Finanzamt beantragt wird.

F. S. 4. Das läßt sich nur nach genauer Prüfung der Familienverhältnisse sagen. Wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen — Erwerbsunfähigkeit Ihres Mannes, Wohlstand Ihrer Eltern — haben Sie darauf keinen Anspruch, da in erster Linie Ihr Mann und dann Sie selbst für solche Dinge zu sorgen haben. Sind z. B. Ihre Eltern wegen Armut nicht in der Lage gewesen, Ihnen eine Aussteuer zu geben, so können Sie von Ihnen auch nicht solche Gegenstände verlangen. — 1 M. Parteikasse.

Magd 10. Direkte Netzwerke werden nicht veranstaltet, wohl aber Bildungsturse, die vom Arbeiterbildungsinstitut arrangiert werden. Die Bedingungen für die Teilnahme an diesen Kurzen sind in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht worden. Wenden Sie sich an das Arbeiterbildungsinstitut, Braustraße 17. — 2 M. Parteikasse.

S. R. 1. Hier kommt § 1568 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Frage, der aber dem Ermessen des Richters weiten Spielraum gewährt. 2. Es muß ein Sühnetermin vor dem Amtsgericht beantragt werden. 3. Das können wir unmöglich voraussetzen. 4. Darüber gibt es Literatur. Maßgebend ist das Bürgerliche Gesetzbuch. 2 M. Parteikasse.

G. S. 35. Darüber gibt Ihnen die Hebammenschule der Unterstädt-Frauenklinik, Trierisches Institut, Stephanstraße 7, Auskunft. — 2 M. Parteikasse.

# DUNLOP

## Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

# Die Steuervorlagen vor dem Reichstag.

Berlin, den 4. November.

Vizepräsident Dr. Bell präsidiert.

## Kleine Anfragen.

Abg. Hergt (D.Nat.) bringt eine Reihe der von den Deutschen ausgetragenen angeblichen Vergewaltigungen gegenüber Teilnehmern nationalistischer Veranstaltungen vor und fragt, was die Regierung zur Bestrafung der Schuldigen getan hat.

Ein Regierungsvizepräsident entgegnet, die Beantwortung derartiger Anfragen sei Sache der Landesregierungen.

Abg. Hergt (D.Nat.) beschwert sich, daß von der sächsischen Regierung eine für den 2. November anberaumte Verammlung des Deutschen Offiziersbundes, Ortsgruppe Dresden, verboten wurde, und fragt an, ob die Regierung das geschilderte Vorgehen der sächsischen Regierung mißbilligt.

Ein Regierungsvizepräsident erklärt, die Regierung habe zu einem Einschreiten gegen die sächsische Regierung keinen Anlaß.

Abg. Hergt (D.Nat.) verliest im weiteren noch etliche Dutzend von Fällen, in denen Angehörigen der Rechtsparteien „unerhörte Gewalt“ angetan, oder „schwerste Verbrechen“ verübt worden seien.

Der Regierungsvizepräsident erklärt einen Teil durch die bereits gegebenen Antworten für erledigt und ruft mit seinen weiteren sachlichen Bemerkungen „rauschenden Jörn“ des Herrn Hergt hervor.

Abg. Dr. Breitsheld (USP.): Was hat die Regierung getan, um die künstliche Hochhaltung der Preise für Chlorsalzpeper und eine den Preis künstlich hochtreibende Preisvereinbarung zu verhindern?

Mit dieser Anfrage verbunden wird eine ähnliche des Abgeordneten Janshof (SPD).

Die Regierung läßt durch einen Regierungsvizepräsidenten antworten, daß die Ausfuhrerlaubnis von der Regierung nur gestattet wird, wenn sie ohne Schädigung des deutschen Landes möglich sei.

Abg. Herz (USP.): Wie hoch ist die bis zum 15. Oktober abgelieferte Menge Roggen, Weizen, Gerste und Hafer?

Ein Regierungsvizepräsident: Bis 15. Oktober und 15. Dezember waren von den insgesamt 2,5 Millionen Tonnen je ein Viertel also 625 000 Tonnen, abzuliefern. Bis zum 2. November sind rund 1 150 000 Tonnen, das sind 46 Prozent, abgeliefert worden. Die auf den ersten Liefertermin (bis 1. Oktober) fallenden 25 Prozent sind rechtzeitig abgeliefert worden, 963 000 Tonnen, und zwar 77 728 Tonnen Weizen, 834 674 Tonnen Roggen, 49 683 Tonnen Gerste und 1719 Tonnen Hafer.

Die Interpellation Müller-Franken, betr. Ententforderungen wegen Stilllegung von Reichsbetrieben will die Regierung in der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Zeit beantworten.

## Das Steuerprogramm der Regierung.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Bei Aufstellung der Steuergeheimwürde wurde davon ausgegangen, daß jede Steuerquelle bis zum äußersten ausgenutzt werden soll, jede Ueberpannung aber zum Zusammenbruch des Wirtschaftslebens führen und die Quellen verstopfen müsse. Ich bin mir bewußt, daß die Steuern die ungeheuerlichste Belastung darstellen, die je einem Volke zugemutet worden ist. Gigantisch, wie der Kampf war, den das deutsche Volk geführt hat, sind auch die Folgen für uns, die wir schließlich der Uebermacht unterlegen sind. Ich habe aber die Zuversicht, daß die Steuerlast getragen werden kann, wenn alle Kräfte, die im deutschen Volke ruhen, vereint und zur Höchstleistung angepannt werden. Die Anregungen über die neuen Steuerquellen und -formen sind zahlreich. Sie haben ein so großes Interesse gefunden und das Streben weiter Kreise des deutschen Volkes regiert, an der Befreiung der Finanzen mitzuwirken. Alle Anregungen sind gründlich und vorurteilslos geprüft worden. Sie haben zum Teil wertvolle Gedanken enthalten, deren Verwirklichung vielfach einer späteren Zukunft vorbehalten ist. Die nähere Prüfung hat aber ergeben, daß im gegenwärtigen Augenblick auf ihre Verfolgung verzichtet werden muß. Die neuen Einnahmen müssen möglichst rasch und ohne Störung des Wirtschaftslebens zum Nutzen gebracht werden. Dies kann nur dann geschehen, wenn der Zusammenhang mit der bestehenden Steuergeheimgebung gewahrt und Experimente vermieden werden. Das Gesetz wegen Ueberänderung der Kohlensteuer steht noch aus. Es ist vom Reichsrat schon angenommen worden, mußte aber noch zur Ueberprüfung der neuen Vor schläge des Reichsfinanzrats zurückgestellt werden. Zu den Einzelheiten der Geheimwürde Stellung zu nehmen, möchte ich mir heute verweigern. Die Ausschussberatungen werden hierzu ausreichend Gelegenheit bieten.

Die Geheimwürde verfolgen das Ziel, einen gerechten Anonleich in der Befreiung des Verbrauchs und der Befreiung des Besitzes zu schaffen. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob die Scheidung unter dem Gesichtspunkte Verbrauchs- und Besitzbesteuerung noch Berechtigung hat. (Sehr gut rechts.) Den Hauptteil der Besitzsteuern bildet die

## Vermögenssteuer.

Sie ist notwendig geworden, um den Gedanken, der in dem Reichsnotopfer enthalten ist, aber durch die Geldentwertung noch nicht

hat verwirklicht werden können, in einer den veränderten Verhältnissen angepassten Weise zur Durchführung zu bringen. Es soll eine laufende Vermögenssteuer erhoben und von drei zu drei Jahren nach dem Maßstabe veranschlagt werden, der den jeweiligen Wert der Vermögen richtig ergibt und damit den Veränderungen im Bestande der Vermögen sowohl als auch in ihrem Werte Rechnung trägt. Auf die Dauer von 15 Jahren soll ein Zuschlag erhoben werden, der so bemessen werden muß, daß er einen vollwertigen Ersatz für das Reichsnotopfer darstellt.

Die Durchführung dieser Steuer wird die Steuererwartungen vor neue große Aufgaben stellen. Die Steuerbehörden sind schon jetzt mit der Durchführung der betreffenden Gesetze in einer Weise belastet, die höchste Anforderungen an sie stellt. Deshalb müßten die Entwürfe möglichst einfach gestaltet sowie darauf Bedacht genommen werden, daß für die Aufbringung der jetzt vorhandenen Rückstände einige Zeit zur Verfügung bleibt. Die Veranschlagung der Vermögenssteuer konnte aus diesem Grunde erst für das Jahr 1923 in Aussicht genommen werden. Da aber mit der Heranziehung des Besitzes nicht bis 1923 gewartet werden kann, ist in dem Vermögenssteuergesetzentwurf vorgesehien, daß für 1922 über die im Gesetz vom 22. 12. 1920 vorgesehene Beschleunigung zur Entziehung des Reichsnotopfers hinaus ein weiterer Teil des Reichsnotopfers einzuhellen ist. Nicht minder wichtig ist die richtige und rasche Veranschlagung und Erhebung der betreffenden Steuern. Ich will auf die Ursache der Verzögerung nicht eingehen. Ich kann nur versichern, daß ich mit allem Nachdruck und mit allen Mitteln auf eine rasche Erledigung hinarbeiten werde. Einen besonderen Erfolg verspreche ich mir von dem neuangeordneten Buch- und Betriebsprüfungsdienst, für den im dritten Nachtrag zum Haushalt rund 25 Millionen angefordert sind. Ich betrachte diese Ausgabe als verbund, denn die Buch- und Betriebsprüfung wird das Bewußtsein des Aufwandes, den sie erfordert, durch erhöhtes Steuererwartungen aufbringen. Auf die Bedürfnisse der Länder und Gemeinden ist in den Geheimwürden weitgehend Rücksicht genommen. Der Notlage der Kleinrentner ist im Vermögenssteuergesetz Rechnung getragen. Sie sollen nicht nur von der Vermögenssteuer befreit, sondern es sollen auch bereits gezahlte Reichsnotopferbeiträge wiedererstattet werden können. Ueber den

## Ertrag der neuen Steuern

kann kaum eine Voraussage gemacht werden. Immerhin glaube ich, bei vorsichtiger Schätzung den Mehrertrag mit 40 bis 42 Milliarden Markt veranschlagen zu dürfen. Sie werden mit Recht fragen, ob diese auszubringende Summe überhaupt ausreicht, um unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und Ultimatum zu erfüllen. Ich muß diese Frage verneinen. (Hört, hört rechts.) Bisher sind an Ausgaben aus dem ordentlichen Etat 48,3 Milliarden bewilligt. Dazu werden nunmehr neuangefordert 65,3 Milliarden, so daß sich die Ausgabe des ordentlichen Etats auf 114,4 Milliarden belaufen. Es werden angefordert 55,1 Milliarden für Ausführung des Friedensvertrags. Nach den bisherigen Einnahmehöchstschätzungen für 1921 werden 44,2 Milliarden erwartet. Nach den Ansätzen des dritten Nachtragssetzes weitere 17 Milliarden, so daß sich zusammen 61,2 Milliarden für 1921 ergeben. Es bleiben also im ordentlichen Haushalt Fehlbeträge von 53 Milliarden Markt. Ohne die Kontributionen hat der Haushalt einen Ueber schuß von 2 Milliarden, denen Kontributionsausgaben von 55 Milliarden gegenüberstehen. Von den Kosten in Ausführung des Friedensvertrags 26,6 Milliarden sind 20 Milliarden auf den ordentlichen Etat übernommen. Dafür hat aber der Haushalt in einer anderen Weise von Seiten sehr stark Erhöhungen erfahren. 10 Milliarden von diesen Erhöhungen fallen auf die Reichseisenbahnen. Allein 10,4 Milliarden auf Einföhrung der schwebenden Schuld der früheren Eisenbahnstaaten. Der Rest des hier bei den Eisenbahnverwaltungen verbleibenden Mehrbedarfs ist auf die gewaltige Teuerungswelle zurückzuführen, deren Ausmaß durch Tarifserhöhungen für 1921 noch nicht völlig möglich war. 37,9 Milliarden sind insgesamt ungedeckt, die sich im außerordentlichen Etat für 1921 auf 57 Milliarden erhöhen.

## Der Anleihebedarf des Reichs

für 1921 beläuft sich auf die gewaltige Summe von 110 Milliarden Markt. (Hört, hört! rechts.) Der Mehrbedarf, der durch eine geplante weitere Erhöhung der Beamtenbezüge entsteht, ist hierbei noch nicht berücksichtigt. Wie sich der Reichshaushalt für 1922 gestalten wird, läßt sich heute nur mit allem Vorbehalt sagen. Die Schätzungen, die von der Reichsfinanzverwaltung vorgenommen worden sind, ergeben sich aus folgenden Hauptzahlen, in denen die Wirkung der kommenden Besetzungszulagen noch nicht voll zur Geltung kommen. Laufende Einnahmen werden 97,7 Milliarden im allgemeinen ordentlichen Etat erwartet. Ausgaben 69 Milliarden. Im außerordentlichen Haushalt sollen nur Ausgaben enthalten sein, die nach gesunden finanzpolitischen Grundsätzen aus Anleihen bestritten werden dürfen. Vorkäufliche aus allgemeinen Reichsmitteln an Betriebsverwaltungen sind von diesen aus ihren eigenen Einnahmen zu verzinsen und zu tilgen. Nach den bisherigen Schätzungen ergibt sich ein Fehlbetrag von 48,9 Milliarden, der sich durch den außerordentlichen Haushalt für Kontributionen um weitere 12 Milliarden erhöht. Die schwerste Belastung bildet der

Haushalt der Kontributionen, durch den ja überhaupt die ganze Finanznotlage des Reichs bestimmt wird. Wie hoch die Summe ist, die infolge des Friedensvertrags geleistet werden muß, ist nur mit großem Vorbehalt zu schätzen. Dieser Haushalt weist neben den zwei Goldmilliarden Annuitäten noch die veränderliche Größe von 26 Prozent Ausfuhrabgabe auf. Ist beim Ausfuhrverfahren schon die auf Gold eingestellte Grundsumme variabel, so wird der Vorschlag noch mehr erschwert durch die Geldentwertung. Der Betrag, der an Devisen ins Ausland abgeführt werden muß, steht unter dem gewaltigen Druck der Valutawankungen, der überhaupt nicht vorausberechnen ist. Bei der mitgeteilten Berechnung ist eine Goldleistung von 3,3 Milliarden Markt und ein durchschnittlicher Entwertungsfaktor von 20 angenommen. Dabei würde sich ein Gesamtbetrag in Kontributionshaushalt 1922 von 60,9 Milliarden ergeben. Bei einem Entwertungsfaktor von 30 würde der Fehlbetrag 83,9 Milliarden Markt, bei einem Entwertungsfaktor von 40, der etwa dem jetzigen Dollarkurs entspricht, 126,9 Milliarden Markt ausmachen. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. (Zustimmung.) Die Reichsregierung steht gleichwohl auf dem Standpunkt, daß alles geschehen muß, um unsere Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege, soweit als möglich, zu erfüllen. Das deutsche Wirtschaftsleben hat noch dem Zusammenbruch nicht aus Verschleppung oder Trost die Hände in den Schoß gelegt, sondern sich mit aller Energie ungesäumt an seinen Wiederaufbau herangemacht. Die Reichsregierung tritt mit der dringenden Bitte hervor, die vorliegenden Gesetze auf dem raschesten Wege zur Erledigung zu führen. Nur so kann der erste Wille des deutschen Volkes zu tun, was möglich ist, zum Ausdruck gebracht werden. Ein wirksamer Ausweg aus unserer Finanznot wird sich erst dann finden, wenn sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt hat, auch bei unsern Gegnern, daß im Interesse ihrer eigenen Völker die durch die Teuerung überschüssig noch wesentlich verschärfte Lage des deutschen Volkes durch eine vernünftige Anpassung seiner Verpflichtungen an seine Leistungsfähigkeit berichtigt werden muß. Es mehren sich die Stimmen, daß auf dem bisherigen Wege all die schweren Aufgaben nicht zu lösen sind. Das sind die ersten Zeichen einer wirtschaftlichen Wendung. In welcher Zeit diese Erkenntnis sich verbreiten und in die Tat umsetzen wird, vermögen wir heute nicht zu sehen. Inzwischen bleibt uns keine andre Möglichkeit, als alle Anstrengungen zur größtmöglichen Erfüllung des Vertrags zu machen. (Lachen rechts.) Ich habe das feste Vertrauen zu den beteiligten Kreisen, daß sie sich der unerhörten Not des Vaterlands nicht verschämen. (Lachen links.) An diesem hohen Hause liegt es nun, durch die Tat zu beweisen, daß es auch seinerseits bereit ist, den vorgezeichneten Weg zu gehen. Ich weiß, daß die vorgelegten Geheimwürde an die politischen Anschauungen aller Parteien Anforderungen stellen. Ich weiß aber auch, daß dieses hohe Haus sich der Verantwortung vor dem deutschen Volke bewußt ist. Einzelne Geheimwürde müssen aus technischen Gründen unbedingt am 1. Januar in Kraft treten. Sie würden keinen Ausschub. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die Beratungen noch in diesem Jahre zu Ende zu führen. Die Aufgabe ist gewaltig, aber der gemeinsame Wille, dem Lande zu dienen, wird auch den Weg finden.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Steuerdebatte. Schluß 3 1/2 Uhr.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Reaktionäre Ablenkungsmanöver.

#### Die Verchwörer „berichtigten“.

Der Mann, der die sächsische Reaktion gefesselt hielt, als Minister Lipinski im Landtage die Fäden der konterrevolutionären Geheimorganisationen aufdeckte, fängt langsam an zu weichen. Als Lipinski den Zusammenhang und das Zusammenarbeiten zwischen Industriebaronen und Krautjüngern auf der einen und über geheime Mörderorganisationen auf der andern Seite aufmerksam beleuchtete, sank den Herren auf der rechten Seite des Hauses das Herz gewaltig in die Hose. Die Kundigen verstummten nach ein paar aberneren Zwischenrufen, die ihre Verlegenheit verdecken sollten, weil sie die Wahrheit der Lipinski'schen Anlagen nicht entkräften konnten. Erst nach und nach hat sich die Gesellschaft wieder etwas erholt. Es kam ihnen der „Mut“, nämlich jener traurige Mut der starken Worte, mit dem das monarchistische Gefindel im entscheidenden Augenblick immer seine bodenlose Freiheit verbergen möchte. Im Lande freilich ist es noch merkwürdig still. Die meisten der reaktionären Blätter begnügen sich damit, die alberne Behauptung des famosen Dresdner Bürgerausschusses zu kopieren, die ganzen „Entstellungen Lipinski's“ seien nur ein Wahltrick, oder sie heulmelken, der Minister habe in ein schwebendes Verfahren eingegriffen und dadurch die Rechtsgrundlagen verlehrt. Aber in Leipzig und Dresden, vor allem in Leipzig, wo das Verchwörergesindel seinen Hauptsitz hat, wird es allmählich lebendig. Und nachdem Justizrat Dr. Wildhagen den Anfang gemacht hatte, haben sich auch einige andre der Befassten zu sogenannten „Berichtigungen“ aufgeschwungen, bei denen, wie selbst das bürgerliche Leipziger Tageblatt feststellen mußte, die Ver-

## Dem toten Führer.

Von Karl Marchionini.

Am 6. November 1919 starb Genosse Hugo Haase, der Vorhänger der USPD, an den Folgen eines Attentats, das ein Unzurechnungsfähiger auf ihn verübt hatte. Es ist nicht festgestellt worden, welche Kreise es waren, die dem Täter allmählich die Meinung beibrachten, Haase sei sein Feind, ein Schädling, der beseitigt werden müsse. Daß hier dunkle Mächte im Spiele vorliegen haben, die dem Täter den Revolver in die Hand gedrückt haben, das steht für jeden fest, der einige Einsichten in die Treiben der Gegenrevolution gewonnen hat. Sie hatte ein hohes Interesse daran, Haase ermorden zu lassen. Die Behörden werden den Fall längst zu den Akten gelegt haben, wenn von ihnen überhaupt etwas zur Klärung der Vorgänge unternommen worden ist.

Was Haase als Politiker geleistet hat, ist der weitestest Kreise bekannt. Sein früher Kampf gegen den völkerverwundenden Imperialismus war von weltgeschichtlicher Bedeutung. Als Volksbeauftragter in den ersten Monaten der Revolution war Haase unermüdet für das Proletariat tätig. Im Juni 1918, als Sturm gelaufen wurde gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags, war es besonders den Bemühungen Haases zu verdanken, daß die deutsche Bevölkerung endlich den Frieden erhielt, den sie notwendig brauchte, weil sie völlig erschöpft war. Daher auch der große Haß der nationalistischen Meute auf Haase.

Weniger bekannt ist Haase als Jurist. Auf diesem Gebiete kennen ihn nur näher diejenigen, die sein Wirken als Verteidiger verfolgt haben. Haase war ein Anwalt, wie es heute nur wenige gibt. Er besaß umfassende juristische Kenntnisse, einen ungewöhnlichen Scharfsinn, eine vorzügliche Auffassungsgabe und ein glänzendes Rednertalent. In seinen Ausführungen blieb er immer ruhig und sachlich, nie polterte er. Es war ein hoher Genuß, seinen geistigen Ringen mit der Klassenjustiz beizuwohnen. Sprach Haase vor Geschworenen, mußte er an deren Gefühl appellieren, so waren seine Reden durchglüht von einem starken Mit-

gefühl für die Opfer der kapitalistischen Weltordnung, und er wußte auf diese Weise Erfolge zu erzielen. Auf den Geschworenenbanken saßen damals nur Bekannte meist Agrarier, und trotzdem zwang er sie in den Bann seiner Darlegungen, so daß er häufig milde Urteile oder Freisprechungen erzielte.

In Königsberg, wo Haase einige Jahrzehnte als Verteidiger tätig war, wütete eine besonders brutale Klassenjustiz. Sie ist seinerzeit allgemein bekanntgeworden durch den Hochverratsprozeß zugunsten des Faren und durch den Schandfäulprozeß. Hatte man doch extra einen besonders erbitterten Gegner der Sozialdemokratie aus der Mitte des Reiches, den Staatsanwalt Schubert aus der Urzeit, nach Königsberg i. Pr. versetzt und zum Landgerichtsdirektor befördert, damit er mit Energie gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen sollte. Befähigte Strafrichter und Staatsanwälte gab es fast nicht in Königsberg. Als Erster Staatsanwalt fungierte ein Justizgenie fünfser Güte, der deshalb auch Geheimrat geworden und an die Spitze der Staatsanwaltschaft gestellt worden war. Als ihm in der Presse während der Hauptverhandlung des Hochverratsprozesses „märchenhafte Unpöschlichkeit“ vorgeworfen wurde, stellte er wohl wegen Beleidigung Strafantrag. Er zog ihn aber bald zurück. Wahrscheinlich hatte man ihm das nahegelegt, um eine weitere schwere Niederlage der königlich preussischen Justiz-Analysten zu verhindern. Gehilfe dieses „Ersten“ Staatsanwalts war ein mächtig begabter Herr, dessen Wille sich nach aufwärts richteten und dem die Prozesse gegen die Sozialdemokratie eine willkommene Gelegenheit waren, in die Höhe zu klettern. Das waren im wesentlichen die Gegner, mit denen Haase den Kampf zu führen hatte.

Wie die Justiz damals vorging, dafür nur ein Beispiel: Das Königsberger Parteiblat hatte einen objektiven Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen Loebe in Breslau wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gebracht. Es war genau derselbe Bericht, den auch große bürgerliche Blätter (Frankfurter Zeitung usw.) veröffentlicht hatten. Gegen das Königsberger Parteiblat wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Das war aber noch lange nicht der Höhepunkt. Der Redakteur (Genosse Crispin!) wurde

aus der Redaktion heraus verhaftet, und zwar mit Rücksicht auf die erwartende hohe Strafe. Das Urteil lautete auf — 200 Mark Geldstrafe!

Haase schenkte dieser Justiz nichts. Wo er konnte, stellte er sie bloß. Einmal bereitete er den Richtern persönlich eine empfindliche Niederlage. Die Orstrankenfasse hatte einen Kampf gegen betrügerische Bauunternehmer zu führen, die wohl ihren Arbeitern die Krankenkassenbeiträge abzogen, sie aber nicht an die Kasse abführten, sondern unterschlugen. Stellte die Orstrankenfasse Strafantrag gegen die Betrüger, so wurden sie entweder gar nicht angeklagt, oder sie erhielten 30—40 Mark Geldstrafe, so daß die Unterklagung der Krankenkassenbeiträge ein lohnendes Geschäft für diese Sorte von Bauunternehmern war. Schuberer dieser Kerle war Landgerichtsdirektor Schubert, für den die Orstrankenfasse ein — „sozialdemokratisches Unternehmen“ war, und der deshalb seinen Richterkollegen empfahl, möglichst von der Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Betrüger abzusehen. Das war zur Kenntnis Haases gekommen, der keine Informationen aus dem Verantwärtlichen im mer der Richter bezogen hatte. Er ließ in einer Verhandlung die Richter als Zeugen antanzen und sie über diese Dinge vernehmen.

Es war eine seltene Komödie, diese Justizleute in ihren Urteilen und Urteilen zu beobachten. Zunächst betonen sie vor Ueberzeugung nicht ein Wort aus dem Munde. Dann aber schloßen sie haltend das — „Amtsgeheimnis“ vor. Es stimmte also, was Haase vorgebracht hatte, denn er war nur zu gut unterrichtet worden. Als er die Richter fragte, ob auf dem Wege nach Hause Herr Schubert sie im Sinne des Richterskreises gegen die Bauunternehmer beeinflusst hätte, bejahten sie auch diese Gespräche auf dem Heimweg als — „amtliche“ nur um sich vor irgendeiner Auslage zu schützen. Das war ein fürchterliches Fena der Klassenjustiz. Freilich die bürgerliche Presse nahm davon keine Notiz. Noch manche andre Episoden könnten mitgeteilt werden, wie Haase die Klassenjustiz angegriffen hat.

Die Partei erkannte schon früh die große juristische Be-

Tageheit aus jeder Zeile spricht. Ein Major a. D. Wille — in dem Anklagematerial Lipinski ist von einem Leutnant und späteren Hauptmann bei der Landespolizei Wille die Rede — verleiht, daß er nie etwas mit den gegenrevolutionären Organisationen zu tun gehabt habe. Der „Eble“ droht, er kenne die frühe Quelle, aus der diese haarsträubenden Lügen stammen und werde mit allen ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln vorgehen. Wir sind schon jetzt überzeugt, daß es der Herr Major a. D. bei dieser Großmütigkeit bewenden lassen und sich hüten wird, die Angelegenheit an die große Glocke zu hängen.

Auch der Leipziger Finanzausschuss hat ein schlechtes Gewissen. Er erklärt:

„Herr Lipinski erweist sich durch diese Behauptung als vollkommen falsch unterrichtet, denn

1. gibt es keinen „Finanzausschuss Leipziger Industrieller“, sondern nur einen „Leipziger Finanz-Ausschuss“;
2. hat dieser Leipziger Finanz-Ausschuss weder mittelbar noch unmittelbar der Organisation der Brüder vom Stein Geld-zuwendungen zuteil werden lassen;
3. sind die Mittel, die der Leipziger Finanz-Ausschuss dem Leipziger Bürgerausschuss zur Durchführung seiner Organisation monatlich zuweist, nur so knapp bemessen, daß davon eine Abzweigung an fremde Organisationen vollkommen unbenutzbar ist. (gez.) Hofrat Kell. (gez.) Emil Berg, Geschäftsführer.

Diese alberne Verdrehungs- und Ableugnungsmethode ist selbst dem Leipziger Tageblatt zu dumm, das dazu bemerkt:

„Bei dieser Erklärung ist bemerkenswert, daß der Leipziger Finanzausschuss einen auffälligen Wert auf seine Firmierung legt, obwohl es doch jedem klar ist, daß Minister Lipinski diesen und seinen andern Finanzausschuss meinte. Ferner ist zu beachten, daß Lipinski, wie in dem vorstehenden Auszug seiner Rede zu lesen ist, nachdrücklich den Zusammenhang des Leipziger Finanzausschusses mit dem Sportverein „Silberner Schild“ betont, während das „Deinert“ den Zusammenhang mit einer ganz andern Organisation verneint. Der dritte Passus in der obigen Erklärung ist sowieso nicht beweiskräftig. In diesem Zusammenhang sei mitgeteilt, daß der Finanzausschuss im gleichen Gebäude mit dem Bürgerausschuss untergebracht ist und daß die beiden Herren, die die Erklärung unterzeichnet haben, zu den leitenden Mitgliedern des Vereins Brüder vom Stein gehören oder gehören, was aus einem in der Vorkriegszeit veröffentlichten Mitgliederverzeichnis hervorgeht.“

Den gleichen Wert hat eine weitere „Berichtigung“, die folgendermaßen ausieht:

„1. Der Verein „Silberner Schild“ ist nicht Mitte des Jahres 1920, sondern bereits im November 1919 gegründet worden.

2. Uebereinstimmung in der Aufstellung der ehemaligen Zeitschriften-Führer und der Abteilungsleiter im Verein „Silberner Schild“ besteht nicht. Keiner der aufgeführten Herren ist jemals Abteilungsleiter im Verein gewesen; die Herren Wille, Raupach, Gupel, Lange, Krebs und Meißner sind, wie wir erfahren (!) Red., außerdem niemals Kompanie-führer im Zeitschriften-Regiment gewesen.

Beständig der übrigen Unrichtigkeiten Ihrer Veröffentlichung erwarten wir Klärung durch das von Herrn Lipinski in Aussicht gestellte Gerichtsverfahren.

Hochachtungsvoll J. A.: Hoffmann.“

Herr Hoffmann hat nebenbei die Dreistigkeit, sich auf § 11 des Preßgesetzes zu berufen. Zunächst einige Fragen: Wer hat denn Herrn Hoffmann beauftragt? Woher hat Herr Hoffmann — erfahren, daß die Herren Wille, Raupach, Gupel, Lange, Krebs und Meißner „niemals Kompanieführer im Zeitschriften-Regiment gewesen sind“? Warum hat Herr Hoffmann sich selber den „Mut“, sich herauszulassen? Vielleicht ahnet sich Herr Hoffmann einmal darüber; vielleicht auch nicht.

Erwähnt sei noch, daß auch die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ und die im Westend organisierten Studenten sich einige faule Ausreden zurechtgemacht haben und versichern, daß sie die Wort des Ministers „nur mit harter Verwunderung und offener Enttäuschung“ gelesen haben.

Jedenfalls zeigt die ganze Art, wie diese „Berichtigungen“ fabriziert werden, daß die erlangten Geheimblinder nicht in der Lage sind, das erdrückende Beweismaterial Lipinski's zu zerkräften. Die L. N. N., das Leiborgan der Gegenrevolution, bemüht sich denn auch krampfhaft, die Sache auf ein andres Gleis zu schieben. Wozu haben wir denn ein reaktionäres Regiment im Reiche? Wozu eine Justiz, deren Seelenverwandtschaft mit den Orghelbanditen offensichtlich ist, wenn sie sich nicht gegen sozialistische Minister mißbrauchen läßt? Jedenfalls will die Leipziger Schwindelzentrale kein Mittel unverzagt lassen. In der Abendpost, einem Ableger der L. N. N., verdächtigt ein Herr F. von Brosch den Minister, er habe unlautere Mittel angewandt. Er sagt:

„Es ist dem Herrn Minister bekannt, daß der mit der Untersuchung beauftragte Staatsanwalt Ahnus dringend erucht hat über die ganzen Vorgänge nichts in die Presse zu bringen, da er sonst nicht in der Lage wäre, Veröffentlichungen von anderer Seite hintanzuhalten? Ist es dem Herrn Minister bekannt, daß solche Veröffentlichungen seitens der angegriffenen Organisationen bisher in launlicher Weise unterblieben sind? Woher stammt das in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichte Material, das merkwürdigerweise gleichzeitig in den Dresdner und Chemnitzer unabhängigen Blättern, ebenso wie in der Leipziger Freien Presse erschienen ist? Ist der Herr Minister davon unterrichtet, daß der satirisch bekannte Kriminalkommissar Werber nach Dresden geschickt ist, um auf dem Parteimittingenwege über auf verantwortlichem Posten stehende USP-Leute die Verhaftung der in den „Entüllungen“ genannten Persönlichkeiten herbeizuführen und daß, nachdem dieser Wunsch an der gesetzlichen Unmöglichkeit scheitert ist, diese Proskriptionsliste

in die Öffentlichkeit gebracht wurde, um so durch den Druck der Straße dem Wunsch der Parteibonzen Geltung zu verschaffen?“

Und in der heutigen Morgennummer der L. N. N. wird derlei Faden weiter gesponnen. Da wird die Justiz scharf gemacht, nicht nur gegen den Minister, sondern auch gegen die sozialistischen Zeitungen vorgegangen, die in ein schwaches Verfahren eingegriffen und gegen den § 17 des Preßgesetzes verstoßen haben, weil sie amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses vor der öffentlichen Verhandlung veröffentlicht haben. Sie fordern weiter, daß ihnen die bürgerlichen Parteien des Landtages bei ihren Denunziationen der sächsischen Regierung schlichtlich sein sollen. Der berüchtigte „Dresdner Mitarbeiter“ hatte sogar schon vorzeitig berichtet, daß die Deutschnationalen bereits im Landtage eine Besprechung beantragt hätten. Die Deutschnationalen haben das aber schleunigst dementiert und das Leipziger Schwindelorgan verweist sie darauf, eine andre passende Gelegenheit, nämlich eine Anfrage, die sich gegen den Kultusminister Heißner richtet, zu einem Ausfall gegen Lipinski zu benutzen.

Das gegenrevolutionäre Mördergebinde scheint also sehr viel Vertrauen zur bürgerlichen Justiz zu haben. Verwunderlich ist das nicht. Und die Hoffnung, daß den schuldigen Reaktionen durch die Justiz nicht allzu viel geschehen wird, ist nicht unbegründet, denn die Reichsverordnungen und Erlasse, die ohne weiteres ein gerichtliches Eingreifen ermöglchen, sind derart abgefaßt, daß sie einer auf alle Fälle zugeschnittenen Amnestie für die monarchistischen Verbrecher verdammt ähnlich sehen. Aber eines müssen sich die Herrschaften gefast sein lassen: Ihr Vertrauen auf eine reaktionäre Justiz mag noch so stark sein, die Arbeiterklasse ist auch noch da. Und sie wird sich nicht nehmen lassen, bei der weiteren Entwicklung der Dinge ein entscheidendes Wort mitzusprechen.

### Auflösung der konterrevolutionären Organisationen.

Die Vereine „Die Brüder vom Stein“ und „Silberner Schild“ sind auf Anweisung des Ministeriums durch das Leipziger Polizeiamt aufgelöst worden.

### Rechtssozialistische Komödie.

Hartha. In der am 29. Oktober abgehaltenen Mitglieder-versammlung unter Ortsgruppe konnte zunächst konstatiert werden, daß der Schaden, der uns durch den Sprengungsversuch Lehmanns und Genossen verursacht worden, zwar beträchtlich ist, aber keineswegs derart, daß wir Ursache hätten, den Kopf zu verlieren. Das zeigte auch der gute Verlauf unserer Versammlung und der Geist, der die anwesenden Genossen beherrschte.

In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Fritz Reimer und Borsack, Vorsitzende; Helm Kaffiser; Löhner und Jungnickel, Schriftführer; die Unterassistenten sollen dem Vorstand als Beisitzer angehören.

Es wurde beschlossen, eine Liste zur Stadtverordnetenwahl aufzustellen. Das Nähere wurde einer Kommission übertragen. Interessant war hierbei zu erfahren, daß der BVPD auf ihr Ansuchen um Listenverbindung von den Rechtssozialisten ein Schreiben zugegangen ist, wonach dem Wunsche der Kommunisten entsprochen werden soll, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie einwilligen, die USPD von der Listenverbindung auszuschließen. Dieser Beschluß ist von den Rechtssozialisten gefast worden auf Antrag Lehmanns. Diese elende, stumpf arrangierte Komödie der Rechtssozialisten muß jeden anständigen Politiker anekdoten. Erst kürzlich hat die Rechtssozialisten mit aller Kraft gegen die Einbeziehung der BVPD in die Listenverbindung, darauf stellen Lehmann und Genossen in ihrem Sprengungsversuch unter Ortsgruppe, um die Sache schmachvoller zu machen, zum Schein die Bedingung für die Vereinigung mit auf, daß die BVPD in die Listenverbindung einbezogen wird. Diese Forderung wird, nachdem die Rechtssozialisten zunächst mit Entrüstung ablehnen, bewilligt, aber, um die Komödie zu vollenden, mit der Bedingung, daß die USPD von der Listenverbindung ausgeschlossen wird. Wenn wir bei diesem Ganzen Spieß nicht läßt? Wie laßt es denn? Auch illegitime Mittel, Lüge, Trug usw. sind erlaubt. — Nach diesen Worten handeln auch die Harthaer Rechtssozialisten. Auf diese Weise hoffen jedenfalls die Rechtssozialisten, während der Wahlkampagne den Wählern Sand in die Augen streuen und den Beweis erbringen zu können, daß sie die Einigung des Proletariats erstrebt hätten. So selten also die Rechtssozialisten den „sächsischen“ Wahlkampf zur Gemeinderatswahl ein und so etwas trägt sich zu in einer Zeit, da alle einsichtigen Genossen, rechts wie links, eine Basis suchen, um eine friedliche Annäherung der Parteien herbeizuführen, die allein die Einigung des Proletariats bringen kann.

### (Nichtigstellung.)

In dem Artikel unserer Zeitung über den rechtssozialistischen Sprengungsversuch unter Harthaer Ortsgruppe hat sich bei der Angabe über das Stimmenergebnis der Sprengungsversammlung ein Druckfehler eingeschlichen, der von der gesamten Presse nachgedruckt worden ist. Nicht mit 30 gegen 2 Stimmen ist in der Sprengungsversammlung der Ansicht an die Partei der Rechtssozialisten beschlossen worden, sondern mit 30 gegen 20 Stimmen. Darnach hat sich bei einer Ortsgruppenstärke von 150 Mitgliedern ein sehr geringer Prozentsatz in der Versammlung für die Rechtssozialisten entschieden.

### Neue Anträge an den Landtag.

Ein demokratischer Antrag, die Rinderzulagen für die Beamten und Lehrer in Sachsen denen im Reiche völlig anzupassen, insbesondere die Unterstützung bis zum 21. Lebensjahre auszudehnen, ist beim Landtag eingegangen. Ferner gingen sechs Anträge der Deutschen Volkspartei ein. Sie eruchen die Regierung, Grundzüge darüber aufzustellen.

Marienburg hatte ausdrücklich zum Landrat gesagt: „Schicken Sie mir recht viel Kreuze der Maurer. Wir werden dann schon das Weitere veranlassen.“ So sollte mit der Unterstützung der Streik niedergeschlagen werden. Die Justiz war die Magd des Staates. Man wende nicht ein, daß es heute schon besser sei. Die Periode nach der Revolution hat gezeigt, wie Richter ganz offen Handlangerdienste für die Gegenrevolution geleistet haben. Und wie zahlreiche Mitglieder der Justiz im Dienste der „Rechtspflege“ in den Diensten des rauen und klutigen Imperialismus stellten, ist allgemein, beiderseits in Leipzig bekannt.

Haake hat in Mannheim nachgewiesen, wie die Kriminalität vor allem von der wirtschaftlichen Lage eines Volkes abhängt, und daß man sie mit einer wirksamen Sozialpolitik, mit Wohnungskultur, mit einer besseren Versorgung der Hungernden, mit einer modernen Schulpolitik bekämpfen müsse. Auch müßten die kleinen Freiheitsstrafen beseitigt und durch Geldstrafen ersetzt werden, und die Geldstrafen müßten nach der Höhe des Einkommens bemessen werden. Haake verwarf die Stellung der Vorberichter unter Polizeiaufsicht, er nannte es roh und unnützlich, obdachlose Bettler zu bestrafen, und er trat für einen humanen Strafzwang ein.

Auf diesen Gebieten hat die bürgerliche Gesellschaft verjagt. Strafprozeß und Strafpolizei richten sich auch heute noch vor allem gegen das Proletariat. Man läßt die Opfer schuldig werden auf Grund der unhaltbaren sozialen Zustände, und dann überläßt man sie erbarmungslos der Pein. Eine Justizreform ist dringend nötig. In den Zuchthäusern und Gefängnissen waltet noch der alte Geist. Nicht einmal die Anfänge einer Umgestaltung werden sich bemerkbar. Verjagt hat die alte Gesellschaft, verjagt hat die republikanische Gesetzgebung nach der Revolution. Man hat sie früher für die Besiegten des gesagten und die Religionen mit Phrasen abgepeilt. Anders kann es erst werden, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat. Dann kann es im Haasechen Sinne die Reformen durchzuführen, die unbedingt erforderlich sind.

welche Fachbildung bei Befehl der einzelnen Beamtenstellen im Staatsdienst in der Regel gefordert wird, für etwaige Ausnahmen ein Verzeichnis vorzulegen, wonach Abweichungen von diesen Grundzügen aus anderen als rechtlichen Gründen ausgeschlossen sind und die Grundzüge und erlassenen Verfahrensbestimmungen im Landtag mitzuteilen, ferner sich mit der Reichsregierung ins Benehmen zu setzen, um zu erreichen, daß auf Verlangen, die gegen Reichsverwaltungsstellen wegen ihrer Tätigkeit im Freistaat Sachsen erhoben werden, durch Vertreter der Reichsregierung im sächsischen Landtag Antwort erteilt wird; weiter beim Reichseisenbahnverkehrsministerium dahin zu wirken, daß der Ueberfüllung der 4. Wagenklasse, insbesondere in den Früh- und Abendzügen, die vornehmlich der Arbeiterbeförderung von und zu der Arbeitsstätte dienen, durch hierzu geeignete Maßnahmen begegnet wird; ferner die im September 1921 vom Arbeitsminister erlassenen Bestimmungen wegen Ueberfüllung zurückzunehmen; ferner alsbald einen Nachtrag zum Beamtenbesoldungsgesetz vorzulegen, der die sächsischen Staatsbeamten hinsichtlich der Rinderzulagen den Reichsbeamten gleichstellt.

### Unterstützungsausschüsse für die Landespolizei.

Der auf einen deutschnationalen Antrag hin eingesetzte Unterstützungsausschuss über die Zustände in der Landespolizei hat heute seine erste Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Müller-Cheymly (Soz.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Bürger (D. Sp.), zu Schriftführern die Abgg. Sacke (USP.) und Dr. Herrmann (D. Sp.) gewählt. Zu Berichterstattern wurden bestellt die Abgg. Dr. Reinhold (Demokr.) und Schnitz (USP.).

### Die Brennholzversorgung in Sachsen.

Da die Zwangsabemittlung des Brennholzes aufgehoben ist, hat die Ueberweisung von Brennholz an die Gemeinden durch die Kreisbrennholzstellen aufgehört. Um den Uebergang zur freien Brennholzwirtschaft zu erleichtern, hat das sächsische Finanzministerium die Fortverordnungen angewiesen, einen Teil des bei ihnen zur Abgabe gelangenden Brennholzes zu billigen Preisen freihändig an die benachbarten Gemeinden abzugeben zur Verteilung an Minderbemittelte und Schwerkranken, und hat sie ermächtigt, im Einverständnis mit den Oberförstereien erforderlichenfalls auch das gesamte bei ihnen anfallende Brennholz zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Trotzdem laufen Klagen von Gemeinden ein über die geringe Belieferung von Holz. Es ist dies in folgenden Ursachen begründet:

In den letzten Jahren mußte auf Anordnung des Reiches mehr Holz beschlagen werden, als sich davon aus den Wäldern gewinnen läßt. Dieser Mehrverbrauch läßt sich aber ohne Gefährdung der Wälder nicht weiter fortsetzen. Der Holzschlag der Staatswaldungen mußte daher neuerdings auf das mit einer geordneten Volkswirtschaft verträgliche Maß eingeschränkt werden. Dabei ist aber der Brennholzbedarf gegen früher um ein Vielfaches gestiegen, weil die Bevölkerung die teuren Kohlen durch das billigere Brennholz zu ersetzen bestrebt ist. Da nun schon vor dem Kriege Sachsen seinen damaligen Brennholzbedarf nicht selbst decken konnte und größere Mengen von auswärts einführen mußte, ist es heute erst recht unmöglich, den sächsischen Bedarf aus den heimischen Forsten zu decken.

### Zusammenbruch des letzten Dresdner Wettkongress.

Wie aus Dresden gemeldet wird, wurde von der Kriminal-polizei der letzte dort noch bestehende Wettkongress, der Jockei-Kongress, aufgehoben. Die Inhaber, der Handlungsgesellschaft Kerschmar und der Mechaniker O.H.J. wurden festgenommen. Beide Inhaber hatten bei der Polizei einen Einbruch angezeigt, bei dem ihnen eine Geldtasche mit 1000 Mk. und eine Schreibmaschine gestohlen worden sein sollten. Zu dem Einbruch hatten sie den Mechaniker Zimmermann gewonnen und ihn mit 1000 Mk. abgefunden. Bei Prüfung des Diebstahls mußten die Inhaber zugeben, daß der Diebstahl fingiert war, um die am 1. November fälligen Gelder nicht auszahlen zu brauchen. Zimmermann ist ebenfalls festgenommen worden.

### Eine Hilfsaktion für Sozialrentner.

Die ungeheure Notlage der Arbeiter-Invaliden und Altersrentner, deren ausreichende Unterstützung eigentlich Aufgabe des Reiches wäre, hat in Burgstädt zu dem Vorschlag geführt, die jetzt so gut verdienende Industrie zu den Lasten heranzuziehen, die der Stadt durch den Unterhalt der bei ihrer Rente verunglückten mühsamen Sozialrentner erwachsen. Nach vorheriger Zustimmung durch die hiesigen maßgebenden Fabrikanten, die sich grundsätzlich dazu bereit erklärten, wurde von den städtischen Kollegien ein Entwurf angenommen, der besagt, daß jeder hiesige Fabrikant pro Kopf der bei ihm beschäftigten Arbeiter jede Woche 1.50 Mk. abzugeben habe. Grundsätzlich hat ja das Reich die Verpflichtung, den Sozialrentnern ein menschenwürdiges Existenzminimum zu garantieren und so hat die in Burgstädt beschlossene Hilfsaktion jedenfalls auch nur den Sinn, die Unglücklichen solange über Wasser zu halten, bis das Reich durch das neue Versorgungs-gesetz seinen Verpflichtungen nachkommt. Hoffentlich geschieht das bald, denn es gibt genug Gemeinden, die infolge Fehlens zahlungsfähiger Kreise außerstande sind, ihre Invaliden- und Altersrentner in der von den städtischen Kollegien in Burgstädt beschlossenen Weise zu unterstützen.

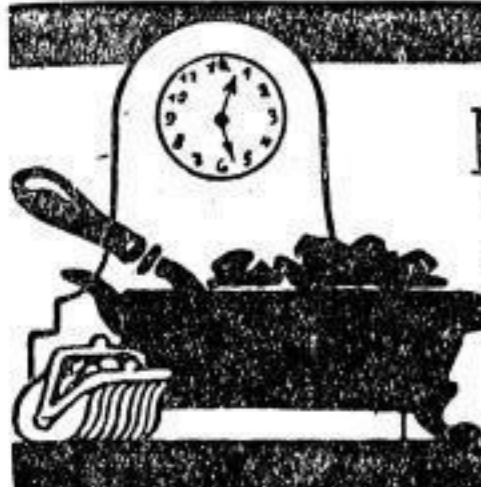
### Unterstützungserhöhung der Knappschafts- und Pensionskasse für Sachsen.

ob. In der Generalsversammlung der Allgemeinen Knappschafts- und Pensionskasse für Sachsen, die am 29. Oktober in Chemnitz stattfand, wurde der Antrag der Knappschaftsämter auf Erhöhung der Ansprüche auf Invaliden- und Witwenpension für die vorhandenen aktiven Mitglieder angenommen. Die Invalidenpension soll künftig für jede Mitgliedschaftswoche — auch für die bereits erlittenen — 1.50 Mk. betragen. Die Witwenpension drei Fünftel hiervon. Die Begräbnisgelder sind auf 1000 Mk. (früher 500 Mk.) bei Invaliden, 800 Mk. (400 Mk.) bei Invalidenfrauen und Witwen, 400 Mk. (150 Mk.) bei Invalidenkindern und Waisen erhöht worden. Für die Invaliden wurde die Teuerungszulage um 100 Prozent, auf 180 Mk. für Invaliden, 100 Mk. für Witwen und 30 Mk. für Waisen monatlich erhöht. Die hierfür erforderlichen Mittel werden zur Hälfte von den Werken und zur Hälfte von den Arbeitern getragen.

Dresden. Aus dem Geschäftszimmer des Vergnügungslokals Weidewere auf der Brühlischen Terrasse in Dresden wurden nachts rund 200 000 Mk. an Bargeld gestohlen. Hierzu teilt das Dresdner Polizeipräsidium noch mit: „Mit 208 000 Mark in Taubendarmstücken ist der Agent Saloch aus Wismar zum Nachteil des Schanklokals Lang von dort flüchtig geworden. Lang war am 28. Oktober mit Saloch nach Dresden gekommen, um hier einen Grundstückskauf zu bewirken. Während er sich in einem Vergnügungslokal befand, ging Saloch mit dem Gelde, das in einer Aktentasche aufbewahrt wurde, durch.“

Planen i. B. Aus der benachbarten Tschelch-Slowakei kommen infolge des bebauerlichen Tiefstands unter Marx zahlreiche Personen in die sächsischen Grenzorte und kaufen alle erdenklichen Waren in großen Vollen auf. Diese Einkaufsreisen erziehen sich nach Planen. Infolgedessen macht sich hier ein beträchtlicher Warenmangel geltend. Deshalb hat die Handelskammer Plauen energische Vorstellungen erhoben, daß wie anderwärts, so auch im hiesigen Grenzbezirke sofort die Wünsche von Grenzständen des täglichen Bedarfs im sogenannten „kleinen Grenzverkehr“ unterbunden wird.

fähigen Haare, und auch die Bourgeoisie hätte sie, denn sie übertrug ihm die Führung wichtiger Zivilprozesse. Im Jahre 1906 referierte Haase in Mannheim auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie über „Strafrecht, Strafprozeß und Strafverfolgung“. Die Vektüre seiner Ausführungen ist auch jetzt noch liberalt notwendig und äußerst aktuell, denn gerade auf dem Gebiet des Zivilrechts sind Reformen dringender erforderlich. Die meisten Missetaten, die Haase in Mannheim geahndet hat, bestehen heute noch, ja, sie sind zum Teil sogar gewachsen. Haase hat von der Justiz gesagt, daß sie weiter nichts sei, als ein Organ der herrschenden Klassen, das die Aufgabe habe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu stützen. Haase erklärte weiter: „Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir in Deutschland eine Klassenjustiz haben, und diese Klassenjustiz wird in einer Weise ausgeübt, daß die Empörung immer irreführender Massen wachgerufen wird, ja, daß von Zeit zu Zeit selbst bürgerliche Kreise von dieser Empörung in Mitleidenschaft gezogen werden.“ Er schilderte dann, daß es kaum möglich sei, das rechtliche Reaktionsrecht auszuüben, ohne mit dem Strafrecht in Konflikt zu kommen, daß der berüchtigte § 153 der Gewerbeordnung nur gegen Arbeiter, aber nicht gegen Unternehmer angewandt würde, daß man vor allem die „Ehre“ der Streikbrecher schütze, und daß es vor Gericht leichter wäre, die Freisprechung wegen Missetatsbeleidigung zu erzielen als wegen — Ehrverletzung eines Streikbrechers! Waren doch in Preußen Straftatend: zu Gefängnis verurteilt worden wegen „Ehrverletzung“ der sozialistisch organisierten Streikbrecher, weil sie „verurteilt“ hatten. Sodann wurde der katholische Arbeiterverein die Pflicht der Ehrverletzung wurde in dem ironischen Vorschlag erblickt, mit dem der Ruf begleitet gewesen sein soll. Haase kritisierte die Wahl der Richter durch das Volk, die Teilnahme der Frauen an der Rechtsprechung, er wies nach, welches Unheil die schablonenhafte Anwendung der Unterdrückungssatz auf die Weiblichen anrichtete. Wurde die: Haase hat doch in Anwendung gebracht gegen Proletariat wegen Uebertretung des Polizeivorkriffs, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Ein Amtsrichter in



**Kohlen  
Zeit u.  
Geld**

sparen Sie durch Gebrauch  
des selbsttätigen Waschmittels „Persil“.  
Ohne Chlor oder schädliche Bestandteile)  
**Wäscht und bleicht gleichzeitig**  
bei nur einmaligem 1/4-stündigem Kochen.

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**  
auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

**Persil**  
das selbsttätige  
Waschmittel!

**Preis das Paket Mark 5.—.**

**Achtung!**  
**Stiefelsohlen billigst**  
Für gutes Material und saubere Arbeit wird garantiert  
**Hermann Fischer**  
elektrisch-mechanische Schuh-Reparatur-Werkstatt  
Zeltzer Straße 51 Dufourstraße 18  
Dorotheenpassage 3

Offertiere  
**Prima Rostfleisch**  
sowie diverse Sorten Wurstwaren  
in bekannter Güte.  
Spezialität: Rostfleischwurst.  
Rostfleischerei Wlh. Mahler  
Lange Straße 17.

**Zuckerversorgung und Zuckerpreise**  
Der gegenwärtige Zuckermangel ist verursacht durch verspätete Ernte, mangelhafte Wagengestellung und dadurch verzögerte Rüben- u. Kohlenzufuhr.  
Der Verbrauchszucker diesjähriger Ernte kommt zu normalen Preisen in ausreichenden Mengen im Laufe des November in den Verkehr.  
Die der Zuckerwirtschaftsstelle angeschlossenen Verbrauchszuckerfabriken haben sich verpflichtet, bei Lieferung ab Fabrik an Großabnehmer für gewöhnlichen gemahlten Zucker nicht mehr als 350.— bis 357.— Mk. für 100 Pfund je nach geographischer Lage zu berechnen.  
Einige der Zuckerwirtschaftsstelle nicht angeschlossene Fabriken sowie unläutere Elemente des Handels benutzen die augenblickliche Knappheit, um übertriebene Aufschläge zu nehmen.  
**Zucker-Wirtschaftsstelle  
des Vereins der Deutschen Zucker-Industrie.**

**Wäscherei-Maschinen**  
Kompl.-Einrichtungen  
Oberhemden Pressen, Plätt-Maschinen  
— Wasch-Maschinen, Zentrifugen —  
**Franz Ullrich** Telefon 7079, Leipzig  
Dresdner Straße Nr. 2,  
Engros-Lager: Bleifelder Glanz-Stärke  
**Remy, Hoffmann, Nielsen-Reis-Stärke**  
Mk. 9.50 pro Pfd., Kisten 50 und 80 Pfd.

Gewerkschaft  
**Leipzig-Döllitz Kohlenwerke**  
Liefert im Landabsatz ab Grube in Leipzig-Döllitz  
**Nasspresssteine** je 1000 Stück etwa 20 Ztr. — 208.30  
**Stückige Braunkohle** für Hausbrand Ztr. — 4.35  
Für Mengen von 30 und mehr Zentnern wird Anfuhr wegen besondere Berechnung werkseits übernommen.  
Verkaufzeit 8-11 und 12-2 Uhr. — Tel. 36073.

**Paul Baumann**  
**Fischwaren-Groß-Handlung**  
Tel. 14122 Windmühlenstr. 42  
**Trotz Sturm**  
und schlechter Fänge  
erhalte heute direkt v. Fangort  
**1 Waggon blutfrische  
See-Fische**  
zum bill. Tagespreis.  
**Probieren Sie**  
die guten  
**Boll-Heringe** 1.50 Ztr.  
1.25 Ztr. 500-600 Stück von 175 Markt an.  
Fette Schotten u. Doll-Heringe,  
Fette Büdinge, Neue Rastheringe,  
Bismarckaden, Delfardinen  
zu billigsten Tagespreisen.

**Läuse** flöhe Schwaben Holzwanne  
**Wanzen**  
Exterminieren Sie unter Garantie in 1/2 Stunde  
nur mit  
zu haben: Leipziger, Talbrönnerie J. Achenbach, Talstr. 12b.  
Verlangen Sie nur **Edolda**.

**MEIN STOLZ**  
  
**DER GASHERD**  
VON DER  
**THÜGINA**  
THÜRINGER GASGESELLSCHAFT INSTALLATIONS-ABTEILUNG  
**LEIPZIG**  
FERNRUUF 3985/1095/9034  
Ditttrichring 15, Eisenbahnstr. 154

Wir empfehlen in prima Qualität preiswert:  
**Kammgarnstickwolle**  
**Baumwollgarne**  
Stick-, Stopf- und Nähgarne  
Schnürsenkel, Mako und Eisengarne  
Lagerbesuch empfehlenswert.  
Fernsprecher 3806. Nur en gros.



JACOBY-BOY  
  
**HALPAUS**  
**RARITÄT**  
Die unübertroffenen  
Qualitäts-Cigaretten.  
SPECIAL 60 Pfg  
+  
EXTRA 70 Pfg  
+  
DELIKAT 80 Pfg  
+  
LUXUS Mk. 1.—

Jetzt pflanzt man Obstbäume!  
**10000 Apfelbuschbäume**  
nicht preiswert ab  
**Töpfer, Seebenisch**  
Belter Zug 1.45 nachmittags ab Plagwitz, ausrüst 1 Uhr.

**Stadtbekannt**  
ist, daß ich für ausgekämmte  
**Frauenhaare**  
die höchsten Preise bezahle, da ich keine Einkäufer ins Haus schicke.  
**Haarnetze**  
Einzelverkauf direkt an Private  
Größtes Lager in allen Sorten: Hauben- und Stirnnetze, einfach wie doppelt, auch in weiß und grau, aus echtem Haar.  
Beachten Sie im Schaufenster meine neuen Haarnetzpreise.  
**Deutsche Haarfabrik Otto Wunderlich**  
Windmühlenstraße 2.

**HEN-SCHU-Kautabak**  
hergestellt von  
**Hendess & Schumann, Nordhausen**  
Vertreter:  
**Fritz Merkelbach, Leipzig, Sophienstr. 41**  
Fernsprecher 8318.

Das Beste vom Besten in  
**la bay Schmelz-Margarine**  
1 Pfund Mk. 25.—  
Großverbraucher und Wiederverkäufer Sonderpreise.  
**Rud. Pfaff, Städt. Markthalle, Erdgesch. 40. 1/2**

**Billige Korsetts**  
Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß, von meinen oder auch zugegebenen Stoffen  
**Heinrichs, Leipzig-Schleußig, Körneritzstr. 15. 1/2**

**Lederschürzen**  
empfiehlt  
**Lederhandlung Heinrich Berthold**  
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

**CREMON**  
EXTRA  
Feinster  
Schuh- u. Lederputz  
  
Silberne Medaille Leipzig 1910  
Hohe Auszeichnung Grimma 1910  
**Hans Günther & Co, Chemische Fabrik**  
Leipzig-Körnerstr. 1/2, Fernspr. 31850

Bitte täglich meine Schaufenster mit billigen  
**Hutpreisangaben**  
zu beachten!  
**Carl Emil Ahlemann**  
Leipzig, Thomasgasse 11  
Größtes Spezial-Putzgeschäft Sachsens.

**Zähne** 16.—  
inkl. Platte u. Klammern pro Zahn von  
**Ohne Platte** inkl. Platte u. Klammern 25.—  
pro Zahn von  
**Unter schriftlicher Garantie.**  
Plombierungen nur bestes Material von 10.—  
Reparaturen in einem Tage.  
**B. Zihang** Schützenstrasse 21.

# Ämtliche Bekanntmachungen.

## Stadtverordnetenwahl.

1. Die Wahl findet **Sonntag, den 13. November 1921** statt. Die Wahlhandlung beginnt 9 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

2. Jeder Wähler hat eine Stimme.  
3. Das Wahlrecht kann nur in dem Wahlbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte wohnt und in die Wählerliste eingetragen ist. Im allgemeinen ist der Wähler in der Wohnung eingetragen, die er am 15. September 1921 innehatte. Bei Wohnungswechsel nach diesem Zeitpunkt ist die alte Wohnung maßgebend. Inhaber von Wahlstimmen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen. Der Wahlschein ist bei der Wahl abzugeben. Jeder darf nur in einem Wahlbezirk wählen.

4. Ein Wähler, der in die Wählerliste eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.  
1. wenn er in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wahlbezirks sich aufhält.

2. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist und deshalb in einem Wahlraum wählen will, den er leichter erreichen kann, als den Wahlraum seines Wahlbezirks.  
3. Ohne Eintragung in die Wählerliste wird auf Antrag mit einem Wahlschein versehen.

1. wer wegen Ruhens des Wählrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen war, wenn der Grund hierfür nachträglich weggefallen ist.  
2. wer in die Wählerliste nicht eingetragen ist und ohne sein Verschulden die Frist zur Eintragung eines Einspruchs hietragen verläuft hat.

6. Verlegt ein Wähler nach Ablauf der Frist zur Ausübung der Wählerliste seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen.  
7. Wahlscheine können bis Sonnabend, den 13. November 1921, 4 Uhr nachmittags, in den in dieser 5 bezeichneten Fällen auch noch am Wahltag, ausgestellt werden.

8. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist auf Erfordern glaubhaft zu machen. Ueber seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Entgegennahme des Wahlscheines muß sich der Antragsteller oder Empfänger gehörig ausweisen.  
9. Die Wahlscheine werden im Wahlamt, Neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 185 - Eingang am Burgplatz - ausgestellt.

10. Das Wahlrecht ist persönlich und unter Abgabe eines Stimmzettels auszuüben. Der Stimmzettel, 12 cm groß, muß von weißem oder weißlichem Papier und darf mit keinem

Kenntzeichen versehen sein. Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzelnen Wahlvorlage enthalten. Ein Name genügt. An Stelle der Namen oder neben ihnen darf der Stimmzettel auch die Nummer des Wahlvorlages aus der amtlichen Bekanntgabe enthalten. Die Angabe einer Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Weitere Angaben machen den Stimmzettel ungültig.

11. In jedem Wahlraum ist eine Einrichtung getroffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeschadet in einen amtlichen Umschlag legen kann, den er im Wahlraum erhält.

12. Die Stimmzettelumschläge sind für Männer von blau und für Frauen von grüner Farbe.  
13. Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettels gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene auf verschiedene Wahlvorläge lautende Stimmzettels sind ungültig.

14. Der den Stimmzettel enthaltende Umschlag ist persönlich dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter zu übergeben, der ihn sofort unerschlossen in die Wahlurne legt.  
Die Stadt Leipzig ist in 273 Wahlbezirke eingeteilt worden.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Wahlräume sowie die Wahlvorsteher und Stellvertreter werden in der amtlichen Bekanntmachung über die Stadtverordnetenwahl im Leipziger Tageblatt vom 5. November dieses Jahres veröffentlicht, auf die hiermit hingewiesen wird.  
In den nächsten Tagen wird an den Tafelwänden ein alphabetisches Straßennverzeichnis veröffentlicht werden, aus dem die Wahlbezirke und Wahlräume für die einzelnen Straßen zu ersehen sind.

Die öffentliche Sitzung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorläge findet **Montag, den 7. November** dieses Jahres, 1/2 Uhr mittags, im Wahlamt statt.  
Das endgültige Wahlergebnis wird **Mittwoch, den 10. dieses Monats, 12 Uhr mittags**, im Wahlamt durch den Wahlausschuss festgestellt.  
Leipzig, den 3. November 1921.  
Der Rat der Stadt Leipzig.  
Wahlamt.

**Gelunden**  
wurden in der Zeit vom 16. bis mit 31. Oktober 1921 folgende Gegenstände: Beträge von 85,45, 50, 20 und 5 Mt. Geldscheine mit 200,40, 60,51, 60,23, 50,56, 25,45, 25,21, 18,00, 18,40, 8, 7,78, 4,50, 4, 3,30 und 2,50 Mt., 1 goldene Damenuhr mit Federarmband, 2 silberne Damenuhren, eine mit Riemens, 1 Damen-Ridelluhr mit Riemens (im März 1921), 1 goldener Ring, 1 Brillantring, 1 goldener Siegelring mit den Buchstaben G. H., 2 Trauringe, 1 goldenes Armband, 2 silberne Halsketten mit Anhängern, 1 Wachsperlenkette, 1 Granatbroche, 2 andere Brochen, 1 gold. Nadel, 2 Anhängel, 1 Manschettenknopf, 3 Klemmer, 5 Brillen, 6 Schirme, 3 Spazierstöcke, 2 Handtaschen, 3 Zunderbeutel, 1 Wachsstocktasche mit 18,20, 1 Altentische mit Klapphül, 2 Tischmesser, 2 Pfeifen, 1 Feldstecher, 1 Buch: Lehrproben

über Kirchenlieder, 1 Toppfaffen mit Mausea, 1 Mantelgürtel, 1 Damenbluse, 1 Kindermantel, 2 Pelztragen, 1 Herrenkittel, 1 Damenlamt, 1 Kinder-Matrasenmütze, 1 Kinderhaube, 1 Schürze, 1 Herbede, 4 Poliertücher, 1 Kinderwagenbede, 1 Kopfkissenbezug und 1 Bindel, 2 Paar Handschuhe, 3 einzelne Handschuhe, einer im Juni, 1 Hauschuh, 2 Kinder-Schmückstiefel, 2 Gummiunterlagen, 1 Paarstiefel, eine Anzahl Schlüssel, 1 Kabelaue, 1 Schachtel Zigarren, 1 Rudel mit Inhalt, 6 Strähne Korbhaare, 10 Bogen Durchschlagpapier, 3 Buchenaufkörbe, 2 Felle, 1 Korb mit Äpfeln, 1 große Regenbüchse, 1 Wappfallen mit 100 Päckchen Neuwärte, 1 Kistchen, 1 Rohr-ange, 1 Kinderwagen-Gummireifen, 18 Schachteln Delfarbenroben, 1 Fahrrad-Laterne, 1 Blechlampe mit Del, 1 Bündel Korbhaare, 4 eiserne Tüllen, 1 zweirädriger Handwagen; ausgelauten sind 2 Hunde.

Ferner wurden als vermutlich gestohlen hier eingeliefert: 1 Reisekoffer und 1 Reisehandtasche (1918), 4 Platten Sobleleder und 1 Haarschneidemaschine (im September 1920), 4 Treppenläufer (1919), 1 Sack Holzstöße (im April 1921), 1 zweirädriger Handwagen (im August 1920).

Zur Ermittlung der Eigentümer wird dies hierdurch bekanntgemacht.  
Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die im Oktober 1920 bei uns eingelieferten Fundgegenstände, zu denen sich keine Eigentümer gemeldet haben, von den Findern gegen gehörigen Ausweis in unserem Fundbüro, Dittlisdorf 35, II., wieder in Empfang genommen werden können.  
Leipzig, den 1. November 1921.  
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

**Marxranstädt.**  
Die Wahlvorläge zu den Stadtverordnetenwahlen sind bis zum 19. November 1921, Erklärungen über Verbindung von Wahlvorlägen sind bis zum 27. November 1921 bei dem Wahlleiter einzureichen.  
Der Stadtrat.

In der hiesigen Gemeinde ist die **Gemeindevorstandsstelle** umgehend neu zu besetzen. Der bisherige Inhaber tritt am 1. Dezember 1921 in den Ruhestand. Bewerbungen werden bis 15. November 1921 entgegenzunehmen. Gehalt nach Gruppe 7 eventuell 8, zurzeit Ortsklasse C, persönliche Vorstellung nur nach vorheriger Einladung.  
Sommerfeld bei Leipzig, am 4. 11. 1921.  
Der Gemeinderat.

**Sparkasse Knauthal-Knautkleberg.**  
Geschäftsfotol: **Schule Knauthal**, 5 Minuten vom Bahnhof Knauthal, 25 Min. von der Straßenbahn 1. Endstation Großschöcher. Geschäftst: Täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr. **Tägliche Verzinsung zu 3% Proz.** Kontrollmarken. Postcheckkonto: Leipzig 20214.

# Sparkasse Böhlitz-Ehrenberg

Geschäftszeit 8-1 Uhr.  
Postcheckkonto Nr. 43200.

# Sparkasse Leubsdorf

Geschäftsfotol: **Montag bis Freitag 8-2 Uhr** Sonnabends 8-1 Uhr. **Tägl. Verzinsung mit 3% Proz.** Postcheckkonto Nr. 14601 Leipzig. Girokonto Nr. 65 bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35.

**Stadt Sparkasse Brandis.** Tägl. Verzinsung Einlagenrenne eines Sparkallendbuches 20000 Mt. Aufbewahrung u. Verwaltung von Wertpapieren. Vermietung von Schlösschen. Konto 1 der Girokassa Brandis. Postcheckkonto Leipzig Nr. 6731. Geschäftst 8-1 und 2-4 Uhr. Fernspr. 35.

# Sparkasse Thekla (Rathaus).

Geschäftst 8-12 und 1-4, Sonnabends 8-2 Uhr

# Sparkasse Wahren

im Rathaus. Fernspr. Nr. 50037 u. 50863. **Ressourcen: ununterbrochen v. 8-1/2 Uhr.** 27 Millionen Mark Einlegerguthaben. 3% prozentige tägliche Verzinsung. Rollenlose Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Girokonto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Postcheckkonto: Leipzig, Nr. 6762.

# Debsch = Markfleberg.

Gemeindevorstand Debsch **Rathaus Markfleberg** Postch. Leipzig 14999 Postch. Leipzig 50357 Fernspr. 35771 Fernspr. 35473. **Zinsfuß 3 1/2 %.** Geschäftst 8-1 Uhr. Girokonto: Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Aufbewahrung u. Verwaltung von Wertpapieren. An- und Verkaufvermittlung. **Stahlhammer. Schließfächer.**

**Goldner Adler, Lindenau**  
Tel. 43127. Inh.: Franz Sperling. Ungerstr. 40.  
**Sonntag ab 5.30: Elite-Ballfest**

**Papiermühle**  
Fernr. 8261. Straßenbahn 5, 6, 19. Inh. K. Faßmann.  
**Morgen Sonntag 6 Uhr, Freitag 7 Uhr**  
**FEINER BALL.** Erstklassige Musik  
Stelzner-Orchester

**Pantheon**  
Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957  
**Sonntag u. Freitag Großer Elite-Ball.**

**Gasthof Stünz**  
Morgen Sonntag von 4 Uhr an  
**Großer Kirmes-Ball.**

**G.H. Gesellschaftshaus Schönfeld.**  
Straßenbahnlinie 17/Telephon 14389  
Jeden Sonntag und Mittwoch:  
**Großer Elite-Ball**  
Original-Jazz-Band

**„Goldner Helm“**  
L.-Eutritzsch Inh.: Max Sonntag Straßeb. 10  
Jeden Sonntag und Freitag **Der vornehme Ball**  
Original-Jazz-Band  
Die eleganteste **DIELE** des Nordens  
Der große Saal ist noch einige Sonnabende frei

Ein unerreicht  
**günstiges Angebot**  
in  
**Damen-Hüten**

**Filz- und Wollvelourhüte 2450**  
hochmodern, in viel. Formen u. Farben, m. tl. Schönheitsfehlern  
**Aparte kleine Filzhüte 3800** allerneueste Formen  
**Prima Filzhüte 4800** in vielen modernen Formen  
**Besteckte Filztuchkappen 4800** sehr elegante mod. garn.  
**Samt-, Seiden- u. Zylinder-Plüschhüte 5800** 14500, 12500, 9500  
**Saar-Velourhüte 6500** in verschied. Farben  
**Prima Felbehüte 9500** in modern. Formen

Unsere reichhaltige  
**Spielwaren-Ausstellung**  
ist sehenswert.  
Geschäftszeit von 9-6 1/2 Uhr.

**Brüder**

**Carroll Müller**  
auch u. Schiedsrichter  
**Schnelldienst Leipzig**  
Tägliche Besuche von 8 bis 12 Uhr  
Leipzig, Marktstr. 11

**Zigaretten**  
tells mit Preisdruck  
30-60 Pfg. versteuert zu  
**10, 15 und 30 Pfg.**  
alles goldgelber Tabak  
liefert in jeder Menge nur  
solange Vorrat reicht  
**Zigaretten-Spezialhaus**  
Leipzig, Bücherstr. 11.

**Oswald Rudolph**  
Gravier-Anstalt  
Kautschuk- u. Metall-  
**Stempel**  
Tür- u. Firmenschilder  
Fotografie und  
Sachliche und  
Leipzig, Zeitstr. 3, T. 15957

In unserm Verlage  
ist erschienen:  
**Gerhart Seger**  
**Kunst und histor. Materialismus**  
Ein Beispiel neuer  
Kunstbetrachtung.  
**Preis 2 Mk.**  
Bestellungen nehmen  
Austreger und Filialen  
der Volkszeitung ent-  
gegen.  
Leipziger Buchdruckerei A.-G.  
Abteilg. Buchhandlung  
Faulbacher Straße 19/21.

# Wer auf Qualität sieht, kauft



# MAGGI'S Fleischbrühe-Würfel

Sie sind unerreicht in Güte und Wohlgeschmack







# Sachsenkeller

Strassenbahnlinie 2, 3 und 5  
Morgen Sonntag, ab 4 Uhr

## Der vornehme Ball

mit anerkannt Leipziger  
bestem Tanzorchester

**!! Wirklicher Stimmungsbetrieb !!**  
Küche und Keller erstklassig!

Wohin gehen wir morgen?  
**Ballhaus**

# „Drei Lilien“

Vom Augustplatz u. Hauptbahnhof nur 5 Min.  
Strassenbahnlinien: 5, 6, 8, 20 und 21  
Sonntag 5 Uhr, Dienstag 7 Uhr

## Der große Ball-Betrieb

mit dem erstklass. Künstler-Orchester  
Neue Besetzung. Kapellmeister Mohner.  
Montag, 7. November: Seidel-Sänger.

# Kasslers Festsäle

Leipzig-Vo., Elisabethstraße 15  
Morgen Sonntag

Feine Musik Neueste Tänze

## TANZEN FREI

Gute Stube Der stadtbekannteste Betrieb  
bel feiner Schrammelmusik

# TANZ-PALAST

Gasthof Windorf

Morgen Sonntag

## Der feine Ball

# Verein der Saal- und Konzert- Lokalhaber Leipzigs (G. V.)

# Drei Mohren

Inhaber: Bruno Pflaß  
Sonntag ab 5 Uhr  
Montag ab 7 Uhr  
im festlich decorierten Saal

## Großes Biedermeier-Fest.

Ein heiterer Ballabend vor 100 Jahren.  
8 Uhr: Auftreten der Filmkünstlerin Sel. Wita Wehse.  
Humor - Stimmung - Betrieb.

# Eiskeller

L. v. Connewitz  
Sonntag 4 Uhr, Freitag 7 Uhr

## Der große Ballbetrieb.

# Gasthof Neustadt

Leipzig - Neustadt  
Ritzstraße 10  
Fernruf 13948  
Inh. Arno Köhler

Morgen Sonntag  
von 4 Uhr an

## Großer Elite-Ball.

# Grüne Schänke

Sonntag  
Freitag

## Ball.

# Löwenpark

Gasthof Leipzig-Stötteritz  
Straben. 6 u. 10 Fernruf 14700  
Inhaber: Paul Graubner.

Sonntag, 7 Uhr  
1/2 Uhr

## Großer Kirmes-Ball.

Gute Küche - Hohe Preise.

# Wodka, Alter Gasthof

Inhaber: E. Löschner  
Fernruf 4457

Sonntag Großer Eliteball.  
Montag 9 Uhr: Kontor.  
Nächsten Mittwoch: Großer Kirmesball.

# Neuer Gasthof Gohlis

Gohlisstraße  
Fernruf 51297  
Bel. Frau  
A. Klöppel

Sonntag 1/2, 5. Dienstag 1/2, 7 Uhr:

## Großer Elite-Ball.

Dienstag 2 Kapellen.

# Schillerschlößchen

L. v. Gohlis  
Mendelsstraße  
Straben. 6, 12, 13

Sonntag 5 Uhr, Montag 7 Uhr:

## Großer Elite-Ball.

Da ist Betrieb!

# Tanz-Palast Friedrichshallen L. Co.

Besitzer: Eugen Schulz.  
Fernruf 35426.

Sonntag, von 4 Uhr, jeden Freitag von 1/2, 7 Uhr an

## Der vornehme Ball.

Im Restaurant: Täglich Konzert.

# Volkshaus

Heute im großen Festsaal:  
Großer Kunstabend  
d. Deutschen Transport-  
Arbeiter-Verbandes.

Im Gesellschaftssaal:  
Bergnügen der Försterbrüder.

Morgen Sonntag  
ab 4 Uhr:

## Ball.

Mittwoch, den 9. November  
Große Revolutions-Feier.

**Achtung!**

# Terrasse Wahren

**Achtung!**

Gebe hiermit bekannt, daß das Gerücht ein falsches ist, ich wäre gewillt, die Bewirtschaftung des Etablissements „Zur Terrasse“ aufzugeben. Bitte meine werten Gäste, Vereine und Gesellschaften, mir ihr Wohlwollen auch weiter entgegenzubringen. Empfehle meinen großen und kleinen Saal mit Theaterbühne werten Vereinen und Versammlungen auch Sonntags zu günstigsten Bedingungen.  
Fernsprecher 51323.

Möbel gibts auf jeden Fall  
Reichlich jetzt und überall!  
Brangt Du auch, wie's damit  
steht

In Bezug auf Qualität?  
Es ist leider nicht egal  
Wie beim Kauf Du trifft  
die Wahl!

Womit bewahrt feinsten gut  
Gei darum teils auf der Gut.  
Nobling hier, der liefert gut.

**Bayersche Str. 32.**

# Alle Sorten Korbwaren

Korbmöbel  
Reisekörbe  
Coupéköcher  
Wäschekörbe  
Siubanwagen  
Transportkörbe  
Waschkübel  
Arbeitskörbe  
Spankörbe

**G. Weißflog**  
Markt 3 Rechts Hof  
Tel. 17023, Gebr. 1840.

Tapeten, Rolle 1.00 an  
Borte, Meter 5 Wfa. an  
100 Brolm. % 25.  
Geschäftsumschl. 100.3. v  
Wachstuchreste billig.

# Tapeten-Körner

Ellenstraße 54, Ecke Körnerstr.  
Kein Laden!

# In Markranstädt

kaufen Sie bekannt  
gut und billig

Schürzen, Hands, Wisch-  
und Tischentlicher,  
Strümpfe, Woll-,  
Barchentbeiden,  
Kinderkleider usw. bei  
**Kühne**  
Zwenauer Straße 1. 1.

# Alle Düngemittel

Für Garten und Feld liefern  
Günter, Sellmann & Co.  
Leipzig-Pl., Rauchh. Str. 5 a  
Telephon 40653  
Verkaufsstelle Ellen  
Ecke Lora- u. Volksgartenstr.

# Reklame- Drucksachen

Fernruf Nr. 4596

Leipziger  
Buchdruckerei AG  
Tauschertstraße 19/21

# Offene Beine

Unterentzündung,  
Schwäche,  
Nervenleiden, Blasen-  
entzündung, Hämorrhoiden  
nach veralteter Methode  
Apoptherapeut, Hauptmann,  
L. Gohlis, Markbachstraße 2,  
Strassenbahn 8, Sprechzeit  
10-1 3-5, Sonnt. vorm.

# Bandwurm

m. Kopf  
u. andere  
Wormer  
entfernt

ohne Hungerkur  
C. Blase, Leipzig II, Promenaden-  
straße 22

# Geschlechts- + Haut-, Geschlechts-

u. Hautleiden, giftige Be-  
handlung. Ferner innere u.  
äuß. Krankheiten, Frauenleiden, ic.  
behandelt mit Homöopathie und  
Lichttherapie. W. Schönitz,  
Rohlgartenstr. 20, 8-12, 3-7

# Weißfluß,

Frauenleiden behandelt  
Ida Mandori  
Zeilner Straße 2, 1.  
Natur- u. Lichtheil-Institut,  
Sprechzeit 9-11, 1-3, 5-7

# A. Mushake

Görschenstr. 9, beh. homöopath.,  
Bettläger., Rheumatismus,  
Schlaf-, Gicht-, Blute-, Aus-  
schlag-, Weisfluß,  
Sprechzeit: 9-12 und 2-5,  
Sonntags 9-11 Uhr.

# Morgen Sonntag Ball

Verein der Saalhaber im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig.  
Geschäftsstelle: Gasthof Zwenauendorf - Telephon 7642.

# Baunsdorf Gasthof

A. verw. Fritzsche Öffentliche Fernsprechstelle

Nächsten Mittwoch, den 9., und Donnerstag,  
den 10. November: **Ortskirmes u. Ball**

# Böhlitz-Ehrenberg Große Elche

O. Richter Tel. 44052

**Cröbern Gasthof** Inhaber: O. Liebezelt

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Crostewitz Gasthof

Telephon 172  
Inh.: G. Naumann Amt Gaschwitz

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Dölzig Gasthof Holländische Mühle

Inhaber: Otto Kohlmann

Anfang 5 Uhr **Ortskirmes** Anfang 5 Uhr

# Dölzig Gasthof zum goldenen Löwen

Inhaber: Eduard Wast

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Engelsdorf Gasthof

Inh.: Rob. Hesse Telephon 60672

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Eythra Grüne Elche

Telephon 394  
Inhaber: Heinrich Limpert Amt Zwenkau

**Gasthof Schießgraben** bei Göhren  
Inhaber: E. Mühlberg  
Tel. 104, Amt Gaschw.

Großdeuben Gasthof zum weißen Roß  
M. Kühn Tel. 187, Amt Gaschwitz

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Großmiltitz Gasthof

Telephon 348  
Inh.: R. Deubel Amt Markranstädt

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Großstädteln Feldschloß

Oeffentliche Fernsprechstelle  
Franz Winter

Großzschocher Gasthof zum Trompeter  
A. verw. Hoppel Tel. 41085

Hänichen Sächsisch. Haus  
Inhaber: Karl Kühn  
Oeffentl. Posthilfsstelle  
Außenbahn Schkeuditz bis Schule-Hänichen

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Hartmannsdorf Gasthof

Oeffentl. Fern-  
sprechstelle  
R. Neuhold jun.

Holzhausen Sächsisches Haus  
Inh.: M. Schweitzer Tel. 16366

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Knautkleeberg Gasthof zum weißen Roß

Inh.: H. Schlippe Tel. 40030

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes und Ball**

# Gasthof Althen

Sonnta. 6. November  
Montag, 7. November

## Orts-Kirmes

# Tanzpalast Sommerfeld

Neu eröffnet! // Modernstes Ballhaus!

Morgen  
Sonntag

## Großer Elite-Ball

# Parthenschlößchen

Leipzig-Schönefeld :-: Straßenbahn 1 und 17  
Sonntag sowie jeden Freitag 7 Uhr:

## Die beliebten Ballfeste

Die neue Bewirtschaftung

# Gasthof u. Ballhaus zum Bienitz

Burghausen. Besitzer D. Schardt.  
Sonntag, den 6. November

## Kirmes-Nachfeier.

Von 4 Uhr an: **Ballmusik.**  
Neueste Tänze. - Weidelnde Musik der beliebtesten  
Hauskapelle. Leitung: Herr D. ....

# Leutzsch Alter Gasthof

Inhaber: Emil Schäfer Telephon 43876

Sonntag und Montag  
**Großer Kirmesball**

# Leutzsch Schwarzer Jäger

Inhaber: Ernst Diecke Telephon 43848

Jeden Freitag **Der beliebteste Jugendball**

# Liebertwolkwitz Drei Linden

Inh.: O. Karst Tel. 1848

# Lindenthal Alter Gasthof

Inh.: Karl Fischer Teleph. 50505

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Lützenscha Gasthof

Inh.: Ernst Lindner Tel. 50812

# Markkleeberg Gasthof Heiterer Blick

I. verw. Meckler Tel. 35651

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Oetzsch, Gasthof zur Linde

Tel. 35642

Sonntag (4 Uhr) Montag (6 Uhr)  
**Ortskirmes**

# Plaunzig Gasthof

Oeffentliche Fernsprechstelle  
Inh.: Hermann Fiedler

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Portitz Gasthof

Inhaber: Richard Polter

**Kleinkirmes**

Rückmarsdorf Gasthof zum Sandberg  
L. Czontzmann Tel. 44022

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Schönau Neuer Gasthof

Inhaber: Joh. verw. Geißler

# Stahmeln Gasthof zur grünen Linde

Inh.: Otto Baßler Telephon 50385

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Störmthal Gasthof

Telephon 199  
Artur Zeidler Amt Liebertwolkwitz

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Wahren Birkenschlößchen

Inhaber: Otto Lehmielke Tel. 16948

Jeden Mittwoch **Hausball**

# Wahren Terrasse und Obstweinschänke

Inh.: Wilhelm Krümer Tel. 61323

Sonntag: **Ortskirmes**

# Wiederitzsch Neuer Gasthof

Paul Bornkessel Tel. 11981

Sonntag und Montag  
**Ortskirmes**

# Zöbiger Damhirsch

Inhaber: M. Schulz Teleph. 35202  
15 Min. von der Endstation „Sternbahn“

# Zwenauendorf Gasthof

Inh.: B. Petzold Tel. 7642

# Zwenkau Ratskeller

Inhaber: Richard Wagner

# Deuben b. Wurzen Kleine Schänke

Sonntag u. Montag,  
6. und 7. November  
zur Orts-Kirmes  
Albert Hitzer.

ladet freundlichst ein

# Tanzpalast Drei Linden, Liebertwolkwitz

Sonntag, den 6., und Montag, den 7. November  
im vollständig künstlerisch neuausgestatteten Festsaal

## Grosser Kirmes-Ball

Gemüthlicher Familienverkehr Küche und Keller vorzüglich  
Vorbereitung - Bohnentafel nach Karlsruher Art.  
Sachverständig Otto Karst.

# Alter Gasthof Paunsdorf

Endstation 8 Endstation 8

Kinder können während der Anwesenheit der Eltern im Spielsaal abgegeben werden.

Gemüthliche Restaurations-Räume

Der ideale Familien-Aufenthalt, gr. renovierter Ballsaal, Wiener Musik

Nächsten Sonntag:  
Auf zur Klein-Kirmes

Besitzer:  
R. Albrecht

**Der Schicksalstag**  
Drama in 5 Akten mit  
**Mady Christians**  
bekannt aus: Eine Dame von Welt, Der Mann ohne Namen. Sie stellt in diesem Film die Weltkämpferin, die verführerische Arbeiterin, das Modell eines Malers, die Nonne meisterhaft dar. Der Film ist ein Prachtwerk der Aufnahme und Darstellung.

**ASTORIA**  
Windmühlenstrasse 31

**Der erste Chaplin-Film**  
**Die Chaplin-Quelle**  
Grotteske in 2 Akten mit  
**Charles Chaplin**  
Die Presse über diesen Film: Gelacht, geschrien und in Lachkrämpfen gewälzt, buchstäblich gebrüllt hat man über diesen Film. Die Parkett- und Logenreihen bogen sich vor Lachen

«UFA»

Roßplatz 12-13 **COLOSSEUM** Fernruf 18195-96  
Täglich: Beginn 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr

**Die Brillantenmiese**  
Sittenfilm aus der Berliner Lebe- u. Verbrecherwelt in 2 Teilen  
1. Teil mit Ria Alldorf - Ethel Orff - Margarete Kupfer  
Nachdem  
**Das Patentmädel**  
Lustspiel in 3 Akten  
**Köslin in Pommern.** Naturaufnahme

**Lindenfels**  
Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195-96  
**Grausige Nächte**  
Fabelhafte Glanzleistungen eines Zwerges. 5 Akte mit  
Edith Poska - Alfred Abel  
**Das kommt von der Liebe**  
Lustspiel in 3 Akten mit  
Arnold Rieck  
Schwarzwaldbahn. Naturaufnahme

**Wintergarten**  
Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195-96  
**OSSI OSWALDA**  
im Lustspiel in 5 Akten  
**Amor am Steuer**  
**Der Mann aus d. Westen**  
Drama in 5 Akten  
Radolfzell. Naturaufnahme

**Der Film dieser Woche**

**Lotte Neumann**  
im 4-Akter  
**Der ewige Kampf**  
(Der Kampf um die Liebe) / Ein prachtvoller Film  
Dazu: **Von Brillanten und Detektiven**  
4 gediegene Akte

Roßplatz 6 Fernruf 18195-96 **UNIVERSUM** Café Bauer

«UFA»

**Eröffnung.**  
Nach vollständigem Umbau und Neueinrichtung eröffne ich Dienstag, den 8. November, in  
**Richard-Wagner-Str. 15**  
(Plauensche Passage) ein erstklassiges Café und Restaurant unter dem Namen  
**Café und Restaurant Passage.**  
Gute Wiener Küche. — Eigene Konditorei.  
Abends Künstler-Konzert.  
Um gütigen Zuspruch bittet  
Paul Triebwasser.

**Ritterschlößchen**  
BÜHLITZ-EHRENBERG

Angenehmer Aufenthalt für Familien und Gesellschaften, in Kegelbahn, ff. Französisches Billard, Vorzügliche Küche, Oase, Weine, gutgepflegtes Bier

Jeden Sonntag von 4 Uhr an: **Ball-Fest**  
Erreichbar mit der 17., 18., 19 und A-Bahn

**Favorit-Schnitte**



erhältlich bei der Hauptvertretung  
**Emil de Beer**  
Petersstraße 38  
Tel. 8102 Tel. 8102  
sowie bei den dort zu erfragenden Filialen in allen Teilen der Stadt.



Billigste Bezugsquelle in Schuhwaren  
**Lehmann, Dresden, Strasse 69**

**Hauschneiderei**  
Am 15. November \* beginnen wieder unsere neuen Kurse zur Erlernung der Hauschneiderei u. des Weidnäbens. Anmeldungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle d. Leipziger Hausfrau, Grimm, Str. 20, 1

**Filan**  
Herzogstr. 10  
Wissens- u. Lehrmittel-Verlag  
Leipzig

für Haus und Gewerbe. Auf Wunsch Zahlungserr.  
**Viehweg & Carl**  
Riebeckstraße 1a  
Spezial-Geschäft für Nähmaschinen und Fahrräder.



**Grosslager Popp**  
Leipzig  
gegr. 1893 Leipzig gegr. 1893  
Panorama, Rossplatz 5  
Filiale  
**Mädler-Passage**  
Neumarkt 14  
**Kinderwagen**  
Gelegenheitskauf  
**Puppenwagen**  
**Kindermöbel**  
**Korbwaren**  
Es empfiehlt sich, jetzt schon für Weihnachten zu kaufen, da sämtliche Lagerbestände noch ohne Preisaufschlag verkauft werden.



Auf jede Reparatur 5 Jahre Garantie.  
**Wilh. Garbade, Dorotheenplatz 2**  
Fernsprecher 15 090.

**Skatspieler** finden ab 2 Uhr Anschluss.  
**W. Schäfer, Berliner Str. 26.**

**Weinbrand-**  
Berichmitt, 1/2 Liter 37.—  
**Jamaica Rum-**  
Berichmitt, 1/2 Liter 45.—  
empfehlen in la Qualität  
**L. O. Kaspar Nachfolger**  
E.-Blagwitz, 3140er Straße 30



Elegantés Wein- und Bierhaus  
**Tanz-Palast Sächsischer Hof**  
Leipzig-Schö., Löbauer Straße 2, Straßenbahn 17.  
Morgen Sonntag  
**S.-H.-Ball**  
Kapelle: Reinh. Neumann  
Anfang 1/2 5 Uhr  
Fernruf Nr. 61356

**Olympia-Tanzpalast**  
Leipzig — Tel. 61 246 — Wurzner Straße 77.  
Seule Sonnabend  
**Ein Ballfest in der Schweiz**  
Auftreten des berühmten Tänzerpaares Lisa und Hardy.

**Licht-UT-Spiele**

Erstaufführung! **Erstaufführung!**  
Täglich bis 9. November  
**Grosses Doppel-Programm.**  
Der vielgelesene Courths-Mahler-Roman:  
**Was tat ich Dir?**  
Sittendrama in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Courths-Mahler.  
Außerdem der neueste Film der beliebten Violette Napierska  
**Die Kette der Schuld**  
Sitten- und Gesellschaftsdrama in 5 Akten.  
Sonntags Anfang 3 Uhr  
Hainsir. 19. Riebeckbräu

Telef. 3187 Durchgang 3187  
Im Herzen der Stadt

**Lichtspiele Alberthalle**

Nur noch bis Montag  
11 Akte! Doppelprogramm! 11 Akte!

**Das Radiumgeheimnis**  
Dritter Teil

Der grosse amerikanische Sensationsfilm in 6 Abteilungen 8 Episoden 36 Akten.  
Fabelhafte Cowboy-Reiterszenen



Der dritte Teil übertrifft den zweiten Teil an Sensationen noch bei weitem, darum versäumen Sie auch nicht, den dritten Teil zu bewundern

**In der Gewalt eines Wahnsinnigen**  
6 Akte! 6 Akte!  
Außerdem  
**Die Nacht der tausend Seelen**  
Fabelhafter Sensations-Detektivfilm in 5 Akten.  
In der Hauptrolle: **Jack Mylong.**  
Regie: **Adolf Wenter.**  
Herrliche Winteraufnahmen aus dem bayrischen Hochgebirge sowie tadelloser Wintersport und erstklassige ... Sensationen machen diesen Film hochwertig ...  
Anfang 1/2 5 Uhr nachmittags — Beginn der letzten Vorstellung 1/2 9 Uhr  
Kommen Sie rechtzeitig, damit Sie den ganzen Spielplan sehen!



